

Wirtschaft und Politik



Kurt W. Rothschild
Alternative Konzepte
der Wirtschaftspolitik

Brigitte Unger
Internationale Wirtschaftsverflechtungen
und die Macht der Finanzmärkte

**Wilfried Altzinger und
Margit Schratzenstaller**

Krisenursachen, Krisendynamiken,
Maßnahmen

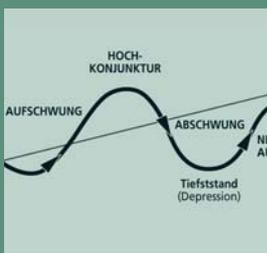


Markus Marterbauer

Finanzkrise: Neue Herausforderungen für
Sozial- und Beschäftigungspolitik

Katharina Mader

Gender Budgeting. Geschlechtergerechte
Gestaltung von Wirtschaftspolitik



Otmar Höll

Entwicklungspolitik im Kontext
der Wirtschaftspolitik

Herbert Pichler

In Wirtschaftspolitik einsteigen. Sieben
Trittsteine für EinsteigerInnen



Alfred Germ und Thomas Hellmuth
Politik und ihre wirtschaftspolitischen
Handlungsspielräume

Irene Ecker

Die Macht der KonsumentInnen –
Chancen für ein wirtschaftspolitisches
Handlungsfeld

Die *Informationen zur Politischen Bildung*,
herausgegeben vom Forum Politische Bildung,
erscheinen zweimal jährlich.

Redaktionsadresse:
Forum Politische Bildung
A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5
Tel.: 0043/1/512 37 37-11
Fax: 0043/1/512 37 37-20
E-Mail: office@politischebildung.com
www.politischebildung.com

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Wirtschaft und Politik
Forum Politische Bildung (Hrsg.). – Innsbruck; Wien;
Bozen: Studien-Verlag, 2010
(*Informationen zur Politischen Bildung*; Bd. 33)
ISBN: 978-3-7065-4993-6
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign
Lektorat: Irmgard Dober
Druck: Berger, Horn, Printed in Austria, 2010

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift
Informationen zur Politischen Bildung: Fachzeitschrift für Politische
Bildung mit informativen Beiträgen zum Thema, einer Fachdidaktikrubrik
und konkreten Umsetzungen für den Unterricht. Die veröffentlichten Beiträge
geben nicht notwendigerweise die Meinung des Herausgebers wieder.

Bildnachweis Umschlag:
Fotolia.de, [wikimedia commons](http://wikimedia.commons/)/Eric Chan, Der Rat der Europäischen
Union

Bildnachweis Collage S. 4:
Dalilah Reuben-Shemia ([Attac Berlin](http://Attac.Berlin)), Parlamentsdirektion/Peter Korrak,
www.sozialpartner.at, Europäisches Parlament, Der Rat der Europäischen
Union, OSWALDO FORTE/EPA/picturedesk.com, Peer Grimm/dpa/picturedesk.com,
OECD, Fotolia.de, IMF

Wir haben uns bemüht, alle InhaberInnen von Bildrechten ausfindig zu
machen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, werden
wir nach Anmeldung berechtigter Ansprüche diese entgelten.

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden unterstützt vom
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Abteilung Politische Bildung

bm:uk

Forum Politische Bildung (Hrsg.)

Informationen zur Politischen Bildung

Nr. 33 • 2010

Wirtschaft und Politik

Forum Politische Bildung:

Mag. Barbara Blümel, *MAS Parlamentsdirektion*

Univ.-Prof.i.R. Dr. Herbert Dachs *Universität Salzburg*

Mag. Gertraud Diendorfer *Demokratiezentrum Wien*

Mag. M.Ed. Irene Ecker, *Msc. FDZ GSK/PB der Universität Wien, HTL Ettenreichgasse*

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann *Institut für Geografie und Regionalforschung, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier, *Dep. für Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems*

Univ.-Prof.i.R. Dr. Hans-Georg Heinrich *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Ao.Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll *Österreichisches Institut für Internationale Politik*

Ao.Univ.-Prof. Dr. Reinhard Krammer, *Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka *Central European University Budapest*

Mag. Herbert Pichler *Schulzentrum Ungargasse, Fachdidaktikzentrum Geographie und
Wirtschaftskunde, Universität Wien*

Vizerektorin Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher Riekman *Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Prof. Dr. Wolfgang Sander *Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. i. R. Emmerich Tálos *Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien*

Mag. Dr. Gerhard Tanzer *Schulzentrum Ungargasse*

Univ.-Prof. Dr. Brigitte Unger *Utrecht School of Economics*

Em. Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl *Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien*

Em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan *Universität für Bodenkultur Wien*

Mag. Dr. Elfriede Windischbauer *Pädagogische Hochschule Salzburg*

In Zusammenarbeit mit

MR Mag. Manfred Wirtitsch, *BMUKK, Abteilung Politische Bildung*

Redaktion:

Mag. Gertraud Diendorfer (Gesamtredaktion)

Mag. Petra Mayrhofer (Redaktionelle Mitarbeit)

Inhalt

3 Einleitung

Informationsteil

5 Kurt W. Rothschild

Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik

13 Brigitte Unger

Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte

25 Wilfried Altzinger, Margit Schratzenstaller

Krisenursachen, Krisendynamiken, Maßnahmen

35 Markus Marterbauer

Finanz- und Wirtschaftskrise: Neue

Herausforderungen für Sozial- und Beschäftigungspolitik

44 Katharina Mader

Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik

50 Otmar Höll

Entwicklungspolitik im Kontext der Wirtschaftspolitik

Für den Unterricht

56 Alfred Germ

Didaktische Rubrik: Schnittstellen des ökonomischen und politischen Lernens

58 Herbert Pichler

In Wirtschaftspolitik einsteigen. Sieben Trittsteine für EinsteigerInnen

76 Alfred Germ, Thomas Hellmuth

Politik und ihre wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume

85 Irene Ecker

Die Macht der KonsumentInnen – Chancen für ein wirtschaftspolitisches Handlungsfeld

Grafiken, Tabellen, Materialien

7 Magisches Vieleck

12 Neoliberales versus keynesianisches Wirtschaftsmodell

14 Weltweites Bruttoinlandsprodukt und Finanzvermögen

15 Vergleich von Ländern mit niedrigem und hohem Einkommen

16 Lohnquote in den USA, Japan und den EU-15, 1975–2005

22 Die Rolle der Ratingagenturen

24 Finanztransaktionssteuer und Bankensteuer

26 Der Anteil der obersten 10 Prozent der EinkommensbezieherInnen in den USA

29 Liberalisierung der Märkte – Ursache für die Finanzkrise

36 Arbeitslosigkeit in der EU und in Österreich

37 Nachfrage- und Beschäftigungseffekte konjunkturpolitischer Maßnahmen

38 Sozialquote in Österreich, Schweden und in der EU

39 Ausbau sozialer Dienstleistungen

40 Vermögensverteilung in Österreich

41 Lohnquote in Österreich

42 Umverteilung durch den Sozialstaat in Österreich

42 Umverteilung durch den Staat in Österreich

45 Was bedeutet Gender?

45 Der Budgetprozess

47 Warum beim Budget ansetzen?

51 Weltweite Ungleichheit

55 Wirtschaftspolitische Akteure

57 Vier konzeptionelle Zugänge zum ökonomischen Lernen

63 Die Messung der Arbeitslosigkeit

65 Modell des Konjunkturzyklusses

66 Das BIP als Kennzahl (Indikator)

68 Verbraucherpreisindex in Österreich

68 Inflationsrate Österreich 1970–2009

69 Ist Deflation besser als Inflation?

72 Prinzipien zur Finanzierung des Umweltschutzes

74 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

75 Mit wem handeln wir?

78 Die wichtigsten Steuern in Österreich

79 Idealtypische Steuermodelle

81 Verordnungen und Richtlinien

91 Glossar

95 Weiterführende Hinweise

Einleitung

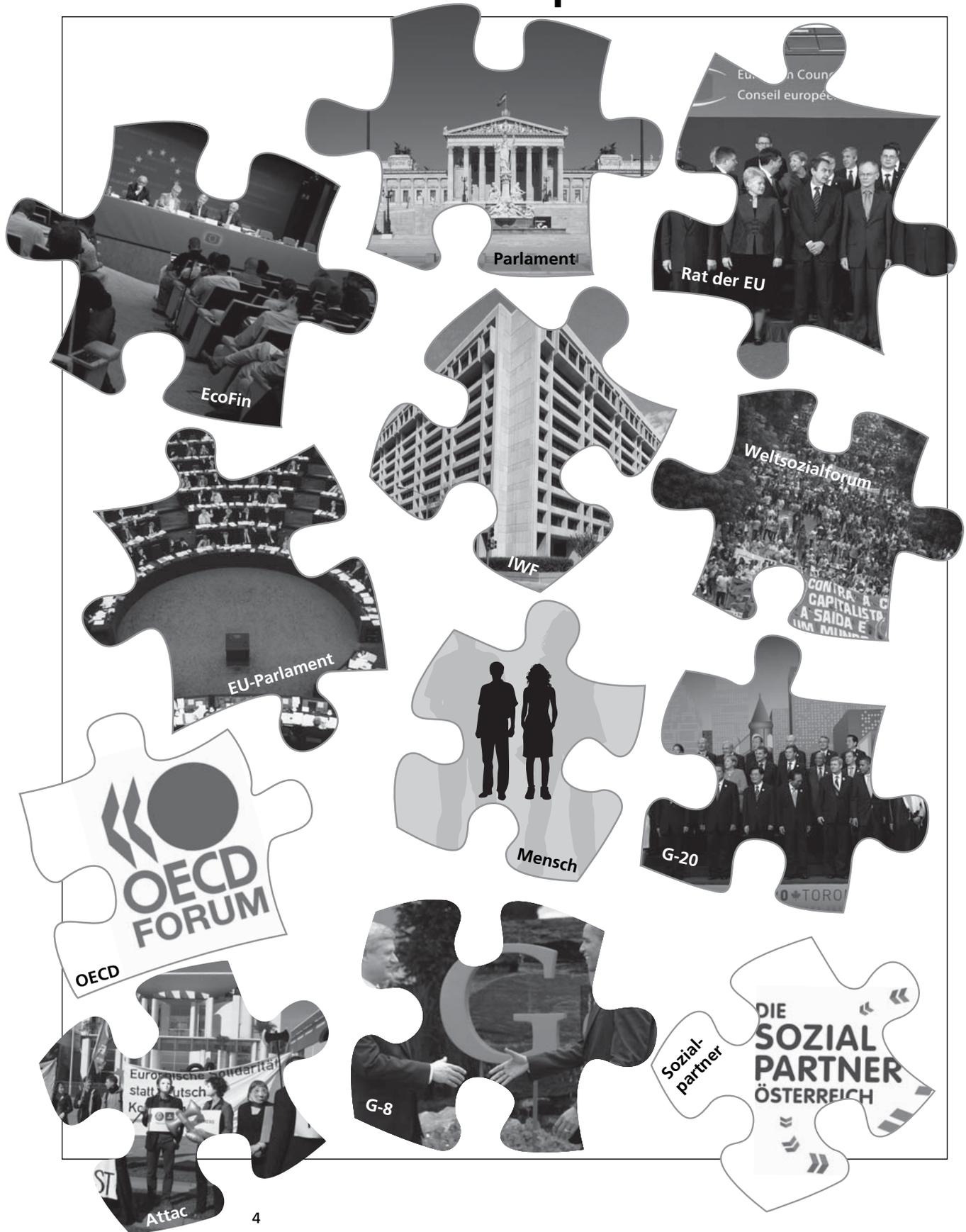
Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bedeutung wirtschaftspolitischen Handelns sichtbar gemacht und wirtschaftliche Fragen beherrschen die tägliche mediale Berichterstattung. Trotz der Komplexität des Themas ist es für uns alle – als BürgerInnen wie als KonsumentInnen – wichtig, Zusammenhänge im Wirtschaftsprozess zu verstehen. Daher beschäftigt sich das vorliegende Heft der „Informationen zur Politischen Bildung“ sowohl allgemein mit Wirtschaftspolitik als auch mit dem aktuellen und dominierenden Thema Finanzkrise.

Kurt W. Rothschild legt mit seinem Einführungsartikel die Basis für das Verstehen und die Bedeutung von Wirtschaftspolitik. „Die Wirtschaft“ besteht aus Menschen mit verschiedenen Interessen und Wünschen, was zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Zielen, aber auch daraus resultierenden Konflikten führt. Ausgehend von den Konzepten der Wirtschaftspolitik und den Gesetzmäßigkeiten des „Magischen Vielecks“ werden wirtschaftspolitische Spielräume dargelegt. Brigitte Unger beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen von Liberalisierung und Globalisierung auf die Machtverhältnisse in Wirtschaft und Politik. Wie kam es zur Deregulierung und der Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichgewichte, welche Möglichkeiten hat Wirtschaftspolitik noch auf nationaler, europäischer und globaler Ebene? Wilfried Altzinger und Margit Schratzenstaller skizzieren sehr anschaulich die Ursachen und Dynamiken der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Maßnahmen der Krisenbekämpfung und verdeutlichen auch die Dringlichkeit fundamentaler Strukturreformen. Die sozialen Auswirkungen der Krise führen uns weiter zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Markus Marterbauer) und tangieren angesichts der globalen Verflechtung auch die Entwicklungspolitik (Otmar Höll). Als ein Beispiel für eine alternative wirtschaftspolitische Herangehensweise wird Gender Budgeting vorgestellt: Der Beitrag von Katharina Mader zeigt, dass das Budget ein Steuerungs- und Ordnungsmittel mit sozialen und geschlechtsspezifischen Auswirkungen ist.

Trotz des Bemühens um einfache und verständliche Darstellung bleibt Wirtschaft ein komplexes Thema, bei dem man nicht ohne jegliches Fachwissen auskommt. Der Unterrichtsteil beginnt mit einer Basiseinführung zur Wirtschaft – Herbert Pichler nennt diese „Trittschritte für EinsteigerInnen“ – anhand des „Magischen Vielecks“. Jedes wirtschaftspolitische Ziel (Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, gerechte Einkommensverteilung, Zahlungsbilanzgleichgewicht und Lebensqualität) wird kurz erklärt, mit Beispielen und Grafiken veranschaulicht, an die Wirtschaftspolitik rückgebunden und soll mit dazugehörigen Arbeitsaufgaben den SchülerInnen nähergebracht werden. Darauf aufbauend folgen Unterrichtsbeispiele, die die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der unterschiedlichen politischen Akteure und Akteurinnen im Fokus haben (Alfred Germ und Thomas Hellmuth) und bei der Rolle der KonsumentInnen und damit auch bei den SchülerInnen im Wirtschaftskreislauf ansetzen. Die Unterrichtsbeispiele sind wie immer mit ausführlichem Arbeitswissen, anschaulichen Grafiken, kopierfähigen Vorlagen und Arbeitsblättern ausgestaltet. Ein Glossar und weiterführende Hinweise runden das Informationsangebot des Heftes ab.

Ergänzend zu den Beiträgen im Heft gibt es in der Onlineversion auf www.politischebildung.com weitere Materialien, Arbeitsaufgaben und Vertiefungsmöglichkeiten für den Unterricht sowie die Beiträge der Printversion.

Wer macht Wirtschaftspolitik?



Kurt W. Rothschild

Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik

Politik und Wirtschaftspolitik

Fragen der „allgemeinen“ Politik beherrschen in der öffentlichen Diskussion ebenso wie in den Medien die „Frontseiten“, während wirtschaftliche Grundsatz- und Detailfragen weit weniger ausgebreitet werden. Dies liegt nicht daran, dass Wirtschaftsfragen als weniger bedeutend angesehen werden, sondern dass Zusammenhänge im modernen Wirtschaftsprozess angesichts ihrer komplizierten Natur für den mündigen Bürger/die mündige Bürgerin weit weniger durchschaubar und daher auch weit weniger kritisierbar sind, als dies bei allgemeinen politischen Fragen (einschließlich wirtschaftlicher Tagesfragen) der Fall ist.

**Wirtschafts-
prozesse
schwer
durch-
schaubar**

Dieser Umstand der Komplexität und der damit verbundenen Unterbelichtung wirtschaftlicher Grundsatzfragen in der öffentlichen Diskussion führt vielfach zu der Ansicht, dass Wirtschaftspolitik eine Sache sei, die man ExpertInnen überlassen müsse. So wichtig und wünschenswert jedoch ökonomische Kenntnisse bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik zweifellos sind, ist eine solche Ansicht, dass Wirtschaftspolitik eine rein „expertokratische“ Angelegenheit sei, doch nicht zutreffend. So wie Politik im Allgemeinen ist eben auch Wirtschaftspolitik „Politik“, bei der gesellschaftlich akzeptable Lösungen für wirtschaftliche Fragen gefunden werden müssen.

**Wirtschaft
gesellschafts-
politisch
wichtig**

„Die Wirtschaft“ als eine abstrakte, eindeutige Maßnahmen erforderliche Individualität gibt es nicht. Vielmehr besteht „die Wirtschaft“ aus verschiedenen Menschen und Gruppen mit verschiedenen Meinungen, Ideen, Zielsetzungen und Wünschen, und aus deren Zusammenwirken und Konflikten entwickelt sich eine bestimmte konsensfähige Wirtschaftspolitik, die aus mehreren alternativen Möglichkeiten gewählt werden kann. Eine schlechthin „richtige“, sachlich („wirtschaftlich“) objektiv bestimmbare Wirtschaftspolitik gibt es nicht (auch wenn dies manchmal interessenbedingt behauptet wird). So gut wie jede Wirtschaftspolitik bzw. jede wirtschaftspolitische Änderung erzeugt Gewinner und Verlierer, berührt individuelle und Gruppeninteressen in verschiedener Weise. Die Akzeptanz einer bestimmten wirtschaftspolitischen Strategie ist somit immer auch ein durch Motive, Macht und Interessen beeinflusster politischer Prozess.

**„Die Wirt-
schaft“
besteht aus
Menschen**

Quellen wirtschaftspolitischer Meinungsverschiedenheiten

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass angesichts der bereits erwähnten Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge Wirtschaftspolitik weit mehr als die anderen Politikbereiche (Innenpolitik, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Bildungspolitik etc.) gewissen engen und nicht leicht durchschaubaren Grenzen unterworfen ist, deren Erkenntnis und Berücksichtigung spezifische Sachkenntnis erfordert. Das bedeutet, dass

**Spezifische
Sachkenntnis
erforderlich**

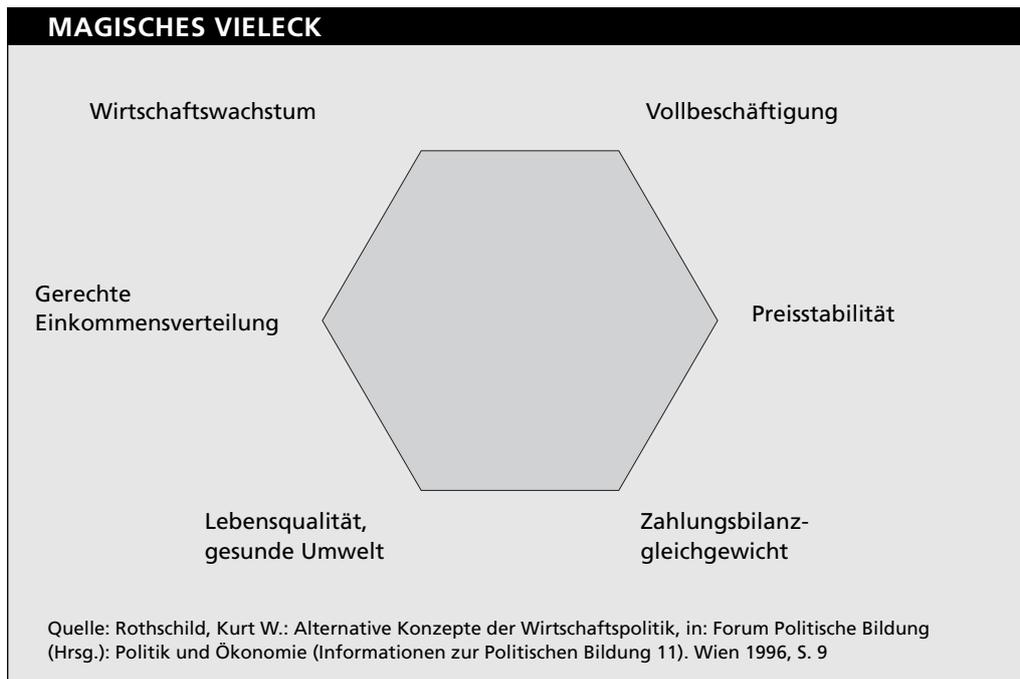
verschiedene Konzepte für eine wirtschaftspolitische Strategie auf Unterschieden beruhen, die aus zwei verschiedenen Quellen stammen.

Der politische Aspekt	Auf der einen Seite gibt es unterschiedliche Ansichten über die Ziele, welche durch die Wirtschaftspolitik erreicht werden sollen. Das ist der politische Aspekt des Problems. Je nach politischer Einstellung, ökonomischen Interessen und sonstigen Motiven können sich hier verschiedene Vorstellungen und Konflikte ergeben.
Der theoretische Aspekt	Auf der anderen Seite geht es um die Frage der Methoden und Instrumente, mit denen vorgegebene Ziele möglichst optimal (wenn überhaupt) erreicht werden können. Das ist der „wissenschaftliche“ (theoretische) Aspekt des Problems. Und da es angesichts der Komplexität des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs kein einheitliches und umfassendes theoretisches Konzept dieses Zusammenhangs gibt, sondern mehrere Konzepte nebeneinander bestehen, die sich zum Teil überlappen, aber zum Teil auch widersprechen, ergeben sich auch aus dieser Quelle konkurrierende Ansichten bei der Suche nach einem „richtigen“ Wirtschaftskonzept.

Die Situation wird noch dadurch weiter verkompliziert, dass man es erstens meist mit einer Mehrzahl von Zielen zu tun hat, die zum Teil miteinander in Konflikt stehen, und zweitens wirtschaftspolitische Ziele und Methoden nicht immer scharf voneinander getrennt werden können und sich gegenseitig beeinflussen.

Wirtschaftspolitische Ziele

Realistische Zielsetzungen für Praxis	Die Wirtschaftstheorie bzw. der Wirtschaftsexperte/die -expertin als solche/r kann in einer demokratischen Gesellschaft nicht für sich allein die Endziele bestimmen; beide können nur Urteile abgeben, ob und wie diese Ziele realistisch erreicht werden können. Das heißt, dass utopische Zielsetzungen in einer praxisorientierten Wirtschaftspolitik keinen Platz haben (wohl aber in „Visionen“ über Entwicklungen in fernerer Zukunft). Im Bereich realistischer Zielsetzungen gibt es hingegen keine notwendig vorgeschriebenen Normen oder Grenzen.
Fünf Ziele nach 1945	In den aktuellen Diskussionen nach dem Zweiten Weltkrieg sind allerdings bestimmte Zielsetzungen im Vordergrund gestanden. Schon unmittelbar nach dem Ende des Krieges und in den 1950er- und 1960er-Jahren waren es vor allem fünf Ziele, die besondere Prominenz erlangten: <ul style="list-style-type: none">▶ Wirtschaftswachstum▶ Vollbeschäftigung▶ Preisstabilität▶ Zahlungsbilanzgleichgewicht▶ gerechte Einkommensverteilung
Ökologische Forderungen	Dazu kam später noch die ökologische Forderung nach einem qualitativen bzw. „nachhaltigen“ Wachstum (<i>sustainable growth</i>). Diese Zielsetzungen spiegeln sich auch in den Unterteilungen der globalen Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftstheorie wider, wenn wir von Wachstums-, Beschäftigungs-, Preis-, Zahlungsbilanz- und Einkommenspolitik sprechen.
Gesellschaftliche Ziele	Eigentlich stellen nur vier der Zielvorgaben des „magischen Vielecks“ (siehe Grafik S. 7 idB) „echte“ gesellschaftliche Endziele dar. Wachstum ist erstrebenswert, wenn es gilt, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, Vollbeschäftigung ist ein wichtiges ökonomisches und soziales Ziel in einer Arbeitsgesellschaft, in der sowohl Einkommen als



Das „magische Vieleck“ zeigt die Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik. Da es fast an Magie grenzt, alle diese Ziele gleichzeitig zu erreichen – da zwischen den einzelnen Zielsetzungen Widersprüche und Zielkonflikte auftreten –, wird diese Darstellung „magisches Vieleck“ genannt.

auch sozialer Status von der Eingliederung ins Berufsleben abhängen. Eine „gerechte“ Einkommensverteilung (die allerdings verschieden definiert werden kann) soll Armut und extreme Einkommensunterschiede vermeiden helfen, welche den moralischen Vorstellungen der Gesellschaft über Gerechtigkeit und Fairness widersprechen. Und das ökologische Argument basiert vor allem auf der moralischen Verantwortung für kommende Generationen. Preisstabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht haben hingegen überwiegend instrumentellen Charakter. Sie sollen dazu beitragen, dass der binnen- und außenwirtschaftliche Wirtschaftsprozess möglichst störungsfrei und kontinuierlich ablaufen kann.

Instrumentelle Ziele

Verschiedene Ziele – verschiedene Maßnahmen

Der Umstand, dass der Wirtschaftspolitik eine Vielzahl von Zielen vorgegeben wird (die eben angeführten und andere), ist als solcher durchaus legitim. Es besteht kein Grund, warum nicht mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt werden sollen. Aber die Vielzahl wirft Probleme auf, von denen zwei besonders wichtig sind.

Das erste, das prinzipiell überwindbar ist, aber nicht immer genügend beachtet wird, beruht auf der Tatsache, dass verschiedene Ziele verschiedene Maßnahmen und Instrumente erfordern. So wird z.B. für das Ziel der Preisstabilität die Geldpolitik vorrangig herangezogen werden müssen. Daraus ergibt sich, dass eine auf mehrere Ziele ausgerichtete Wirtschaftspolitik eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten Maßnahmen benötigt, um in verschiedene Richtungen vorstoßen zu können. Normalerweise wird man stets einen *policy mix*, eine Kombination von „Politiken“ und Instrumenten, benötigen, um die verschiedenen Zielsetzungen in den Griff zu bekommen. Eine „Regel“, die der holländische Ökonom und Nobelpreisträger Jan Tinbergen ableitete¹, besagt, dass die Zahl

Kombination von Politiken und Instrumenten

der eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumente mindestens ebenso groß sein muss wie die Zahl der Ziele, die man anpeilt. Das bedeutet aber, dass der Entwurf eines wirtschaftspolitischen Konzepts notwendigerweise eine komplizierte Angelegenheit ist und zu ernststen Meinungsverschiedenheiten über die „richtige“ Strategie führen kann.

Unterschiedliche Ziele und die Konflikte, die daraus entstehen

Verfolgen und Erreichen verschiedener Ziele abhängig voneinander

Prinzipiell bedeutender ist das zweite Problem, das darin besteht, dass in dem systemischen Zusammenhang des Wirtschaftsgeschehens die Verfolgung bzw. Erreichung verschiedener Zielsetzungen nicht völlig unabhängig voneinander erfolgen kann. Die Förderung eines bestimmten Zieles kann die Erreichung anderer Ziele positiv oder negativ beeinflussen. Soweit es sich um positive Auswirkungen handelt, entsteht kein Problem; im Gegenteil, sie stellen einen willkommenen Nebeneffekt dar. So wird etwa die Erreichung der Vollbeschäftigung auch eine Erhöhung des Sozialprodukts bewirken und vice versa (mehr Wachstum erfordert normalerweise mehr Arbeitskräfte).

Probleme bei gegensätzlichen Interessen

Problematisch wird die Situation, wenn es um negative Zusammenhänge geht. Das klassische Beispiel hierfür ist der häufig auftretende Konflikt zwischen dem Beschäftigungs- und dem Preisstabilitätsziel. In Zeiten der Voll- oder Überbeschäftigung machen sich →inflationäre Einflüsse verstärkt bemerkbar, während umgekehrt →deflationistische Maßnahmen zur Eindämmung von Inflation höhere Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Eine konsequente Verfolgung des Beschäftigungsziels erschwert daher die Erreichung des Preisstabilitätsziels und vice versa.

Zielprioritäten und wirtschaftspolitische Konzepte

„Gewichtung“ der Ziele notwendig

Diese „negativen“ Zusammenhänge zwischen verschiedenen Zielen, die in den 1960er-Jahren dazu führten, dass man von den „magischen Fünfecken“ der gängigen fünf Zielsetzungen sprach, da sie nicht alle zugleich optimal erreichbar sind, bedeuten, dass bei einer Existenz einer Mehrzahl von Zielen neben der Wahl dieser Ziele auch eine ungefähre Abwägung („Gewichtung“) der Ziele explizit oder implizit erfolgen muss. Man spricht von einem *trade-off* zwischen verschiedenen Zielen, wie etwa wenn man bereit ist, bei Bemühungen um eine größere Preisstabilität etwas mehr Arbeitslosigkeit hinzunehmen.

Spektrum alternativer Konzepte

Es ist klar, dass solche Gewichtungen bzw. die Setzung von Prioritäten kontroversielle Probleme schaffen, da die Schwergewichte je nach individuellen und gesellschaftlichen Motiven, Interessen und Perspektiven verschieden ausfallen. Damit ergibt sich ein Spektrum alternativer wirtschaftspolitischer Konzepte, die auf Zieldifferenzen beruhen, im Gegensatz zu Differenzen, die auf unterschiedliche theoretische Ansichten über die Wirkungsweise verschiedener Maßnahmen und Instrumente zurückgehen (siehe Kasten S. 12 idB). Die Zieldifferenzen sind überwiegend Werturteile aufgrund unterschiedlicher politischer und interessenbedingter Ausgangspositionen (auch wenn sie gelegentlich als einziger Weg für das „Gemeinwohl“ getarnt werden), während die theoretischen Gegensätze ihren Hauptgrund in den unterschiedlichen Erklärungsansätzen und dem Mangel einer einheitlichen, generell „gültigen“ ökonomischen Theorie finden, die auf alle Situationen anwendbar wäre.

Nach 1945 Fokus auf Beschäftigung

Ein sehr deutliches Beispiel eines Wandels in der Setzung wirtschaftspolitischer Prioritäten bietet die bisherige Nachkriegsgeschichte der entwickelten westlichen Industriestaaten. Nach dem Krieg erlangte das Beschäftigungsziel unter dem noch sehr lebendigen Eindruck der →Depression der 1930er-Jahre mit ihren verheerenden wirtschaftlichen und

politischen Folgen eine äußerst hohe Priorität. Das begünstigte eine Politik, die – auch durch andere Umstände gefördert – zu einer einmalig langen Vollbeschäftigungsperiode in den 1960er-Jahren führte. Andere Ziele wurden nicht negiert, erhielten aber ein geringeres Gewicht und wurden zum Teil dem Beschäftigungsziel untergeordnet. Als in der Folge die →Inflation zunahm und problematische Proportionen erreichte und überdies die Reformbereitschaft der Nachkriegszeit durch eine politisch-konservative Wende zurückgedrängt wurde, kam es – zunächst vor allem im Thatcher-England, dann aber auch in den meisten anderen Ländern – zu einer deutlichen Gewichts- und Prioritätsverschiebung vom Beschäftigungsziel zum Preisstabilitätsziel. Eine Periode fallender Inflationsraten war die Folge, allerdings begleitet von (bzw. bei Hinnahme von) wachsender Arbeitslosigkeit.

**1980er-Jahre
Fokus auf
Preisstabilität**

Wirtschaftstheorie und wirtschaftspolitische Alternativen

Zieldifferenzen bei der Wahl einer wirtschaftspolitischen Strategie sind ein natürliches und unvermeidliches Element in einer pluralistischen Gesellschaft. Aber auch dann, wenn keine solchen Differenzen bestehen oder bezüglich einer bestimmten Zielkombination ein Kompromiss erzielt wurde, verbleibt immer noch die Frage, ob und mit welchen Methoden dieses Zielbündel am besten angepeilt werden kann. Das ist die Schaltstelle, an der das Fachwissen, also vor allem die Wirtschaftswissenschaft, zu Wort kommen muss. Aber auch hier muss zwischen alternativen Wirtschaftskonzepten eine Auswahl getroffen werden, weil die Wirtschaftstheorie auf so umfassende Fragen wie die eines gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftskonzepts und seiner langfristigen Auswirkungen keine einheitliche und eindeutige Antwort gibt und wohl auch nicht geben kann.

Viele unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien

Geschichtliche Abläufe, unterschiedliche Traditionen und Institutionen, wandelbare Motive und Interessen von Personen und Gruppen und nicht zuletzt die enorme Komplexität und Dynamik der gesellschaftlichen und damit auch der wirtschaftlichen Zusammenhänge machen es unmöglich, „harte“ Gesetzmäßigkeiten und Prognosen auszuarbeiten. Was die analytische Wissenschaft zu leisten imstande ist, ist die Herausarbeitung verschiedener theoretischer Modelle, um durch Vereinfachung und Abstraktion der wichtigsten aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse gewisse wahrscheinliche Zusammenhänge abzuleiten, welche für die Erklärung vergangener und die Prognose künftiger Entwicklungen herangezogen werden können. Infolge der Komplexität des Wirtschaftslebens erfordern aber solche Modelle sehr beachtliche Vereinfachungen und Restriktionen, die je nach Problem- und Fragestellung verschieden ausfallen können. Das führt zu einer Mehrzahl von (gesamtwirtschaftlichen) Theorien, die zwar in vielen Punkten übereinstimmen, in anderen aber Widersprüche aufweisen.

Unterschiedliche Interessen

„Neoklassische“ und „keynesianische“ Konzeptfamilien

In Zusammenhang mit der Frage alternativer wirtschaftspolitischer Konzeptionen ist es zweckmäßig und ausreichend (wenn man auf Details verzichtet), die theoretischen Ansätze in zwei „grobe“ Gruppen einzuteilen: in sogenannte „neoklassische“ oder Gleichgewichtstheorien, die in Konzepten einer „freien Marktwirtschaft“ bzw. einer liberalen oder neoklassischen Wirtschaftspolitik ihren Niederschlag finden, und in eine Gruppe von Theorien, die gemeinsam haben, dass sie alle nicht gleichgewichtsorientiert sind und zu Konzepten einer interventionistischen oder (aufgrund der wichtigsten Theorie dieser Gruppe) „keynesianischen“ Wirtschaftspolitik führen.

„Freie Marktwirtschaft“ vs. interventionistische Politik

Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Theoriegruppen besteht in ihrer Sichtweise des Marktprozesses. Einigkeit besteht in beiden Gruppen darüber, dass in der

**Sichtweise
des Markt-
prozesses**

modernen Industriegesellschaft Märkte aller Art im weitesten Sinn eine zentrale Rolle als Koordinationsmechanismus zu spielen haben. Durch den Preismechanismus und seinen Einfluss auf Nachfrage, Angebot und die Aufteilung der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) auf die verschiedenen Branchen ermöglichen Märkte eine Anpassung der Wirtschaft an eine sich ständig verändernde Wirtschaftswelt. Der Unterschied liegt in der Beurteilung der Wirkungen und der Effizienz eines „freien“ privatwirtschaftlichen Marktprozesses.

**Neoklassi-
sche Theorie:
„Gleichge-
wicht“ auf
dem Markt**

Die neoklassische Theorie, deren Basis auf die klassischen Ideen von Adam Smith² zurückgeht, hat letzten Endes ein Modell vor Augen, das zeigt, wie sich auf Märkten mit möglichst vollkommener Konkurrenz, flexiblen Preisen und Löhnen, hoher (beruflicher und regionaler) Mobilität von Arbeit und Kapital und hohem Informationsgrad ein allgemeines „Gleichgewicht“ einstellen kann, in dem Nachfrage und Angebot auf allen Märkten (einschließlich des Arbeitsmarktes) ausgeglichen sind und die Konkurrenz für eine hohe Effizienz der Produktion sorgt. Störungen des Marktprozesses durch Monopole, Gewerkschaften und vor allem durch staatliche Eingriffe müssen zu Verschlechterungen führen.

Aufgabe des Staates sei es vor allem, die Rahmenbedingungen für einen ungestörten Marktprozess zu schaffen (Infrastruktur, Eigentumsschutz, Wettbewerbsordnung etc.). Selbst wenn Märkte Schwächen aufweisen, werden staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf normalerweise abgelehnt, nicht zuletzt wegen „Staatsversagen“, d.h. der Tendenz, aufgrund politischer und gruppenspezifischer Sonderinteressen oder bürokratischer Schwerfälligkeit falsche oder zu falscher Zeit beschlossene Akzente zu setzen.

**Keynesia-
nismus:
Maßnahmen
gegen
„Markt-
versagen“**

Im Gegensatz dazu heben keynesianische (nach dem Ökonomen John Maynard Keynes³) und andere nicht-neoklassische Theorien die Störungsanfälligkeit des Marktsystems hervor. Insbesondere wird sowohl auf eine Theorie mit realistischeren Annahmen als jenen voller Konkurrenz, hoher Mobilität und hohem Informationsgrad als auch auf die aus der historischen Erfahrung ableitbaren und stets wiederkehrenden Konjunkturerbrüche und auf das Problem der Arbeitslosigkeit („Ungleichgewicht“) hingewiesen.

Probleme des „Staatsversagens“ werden nicht unbedingt geleugnet, werden jedoch nicht als unüberbrückbar angesehen. Hingegen werden Eingriffe des Staates mit Mitteln der Geld-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik samt weiteren Maßnahmen als notwendig erachtet, um einem „Marktversagen“ entgegenzuwirken, das neben dem Auftreten von Konjunkturrückschlägen und chronischer Arbeitslosigkeit auch darin zum Ausdruck kommt, dass der unregulierte Marktprozess keine Rücksicht auf ökologische Verteilungsziele nimmt oder ihre Erreichung sogar erschwert.

Wirtschaftspolitik im Zusammenspiel von Zielen, Instrumenten und Interessen

**Mischung
von Elemen-
ten beider
Theorien**

In der praktischen Politik kommen die beiden Konzepte einer liberalen Wirtschaftspolitik sowie einer keynesianischen (interventionistischen) Wirtschaftspolitik nie in dieser Reinheit vor, nicht zuletzt deshalb, weil es stets aktuelle Probleme von Marktversagen und Staatsversagen gibt, sodass Mischungen von Elementen beider Konzepte – verkürzt gesagt: Regulierungen und →Deregulierungen – die Regel sind. Dies ändert aber nichts daran, dass ein bestimmter Typ von Wirtschaftspolitik meist eine prägende Rolle spielt. Welcher dabei zum Zug kommt, kann von verschiedenen Umständen abhängen.

Zunächst einmal kann – auch bei gleichen Zielsetzungen – je nach Ausgangssituation (z.B. Konjunkturphase etc.) die eine oder die andere Strategie eine stärkere Betonung

verlangen. Weiters können widersprechende Interpretationen der theoretischen Grundlagen und/oder der empirischen Unterlagen unterschiedliche Alternativentscheidungen nach sich ziehen. In der realen Politik spielen jedoch häufig auch popularisierte Vereinfachungen der theoretischen Modelle eine nicht unbedeutende Rolle zur Legitimierung interessenbedingter Ziel- und Strategiewünsche. So neigen Gruppen und deren Lobbys, die auf dem Markt eine starke Stellung haben und dort zugunsten ihrer Vorteile möglichst unbehindert agieren wollen – typischerweise große Unternehmungen –, überwiegend dazu, eine liberale Wirtschaftspolitik zu verfechten und die dafür geeignete Theorie heranzuziehen, während Gruppen, die auf dem Markt eine schwächere Stellung haben oder außermärkliche Ziele (z.B. ökologische Ziele) hoch bewerten, eher einer interventionistischen Politik und ihren theoretischen Hintergründen zuneigen.

Interessenbedingte Ziel- und Strategiewünsche

Damit hat sich der Kreis geschlossen. Wirtschaftspolitik ist das Ergebnis des Zusammenspiels politischer und ökonomischer Interessen, Machtpositionen und Konflikte, wechselnder ökonomischer Ausgangspositionen und mehrdeutiger wissenschaftlicher Ansätze und Interpretationen. Unterschiedliche Zielkombinationen und Methodenkonflikte führen dazu, dass Konzepte einer „richtigen“ Wirtschaftspolitik in verschiedenen Varianten auftreten. Die Wahl eines bestimmten Konzepts ist dann Teil des politischen Prozesses, in dessen Bereich allerdings – angesichts der Komplexität des Wirtschaftslebens – Fachwissen besonders stark gefragt ist.

Kurt W. Rothschild, em. Univ.-Prof.

Ökonom und Jurist. 1966–1985 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz. Konsulent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, zahlreiche Gastprofessuren und Publikationen. Forschungsbereiche: Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik.

Der Beitrag ist eine aktualisierte Fassung des Artikels „Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik“ im nicht mehr lieferbaren Heft Nr. 11 der „Informationen zur Politischen Bildung“ mit dem Titel „Politik und Ökonomie“ aus dem Jahr 1996.

- | | |
|--|--|
| <p>1 Tinbergen, Jan: Economic Policy: Principles and Design. Amsterdam 1956</p> <p>2 Smith, Adam: An Enquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. 1776</p> | <p>3 Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money. 1936.</p> |
|--|--|

Weiterführende Literatur

- | | |
|--|--|
| <p>Akerlof, George A./Shiller, Robert J.: Animal spirits. Wie Wirtschaft wirklich funktioniert. Frankfurt/Main 2009.</p> <p>Baumgarten, Peter/Mückl, Wolfgang: Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969.</p> <p>Dürr, Ernst/Geisenberger, Siegfried (Hrsg.): Neue Wege der Wirtschaftspolitik. Berlin 1972.</p> <p>Frey, Bruno: Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. München 1981.</p> <p>Glastetter, Werner: Allgemeine Wirtschaftspolitik. Mannheim–Wien u.a. 1992.</p> <p>Linß, Vera: Die wichtigsten Wirtschaftsdenker. Wiesbaden 2007.</p> <p>Nowotny, Ewald/Zagler, Martin: Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft. Berlin [u.a.] 2009, 5. Aufl.</p> <p>Pütz, Theodor: Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1979, 4. Aufl.</p> | <p>Rothschild, Kurt W.: Theorien der Arbeitslosigkeit. Wien 1994</p> <p>Rothschild, Kurt W.: Die politischen Visionen großer Ökonomen. Bern 2004.</p> <p>Rothschild Kurt W./Bürger, Hans: Wie Wirtschaft die Welt bewegt. Die großen ökonomischen Modelle auf dem Prüfstand. Wien 2009.</p> <p>Stiglitz, Joseph E.: Die Chancen der Globalisierung. München 2006.</p> <p>Simmert, Diethart B. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik – kontrovers. Köln 1980.</p> <p>Tuchtfeld, Egon: Zielprobleme in der modernen Wirtschaftspolitik. Tübingen 1971.</p> <p>Weber, Fritz/Vranitzky, Franz (Hrsg.): Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis (Studienreihe der Stiftung Bruno Kreisky Archiv Band 1). Wien 1993.</p> <p>Zinn, Karl Georg: Allgemeine Wirtschaftspolitik als Grundlegung einer kritischen Ökonomie. Stuttgart 1974.</p> |
|--|--|

NEOLIBERALES VERSUS KEYNESIANISCHES WIRTSCHAFTSMODELL

Was und wie viel der Staat tun soll, war immer schon sehr umstritten. Im Prinzip lassen sich zwei theoretische Grundpositionen finden: Das neoliberale Modell, worunter sämtliche monetaristische, angebotsorientierte und neoklassische Ansätze fallen, und das keynesianische Modell, worunter auch post-keynesianische VertreterInnen gefasst sind.

Positionen zum Thema Angebot und Nachfrage

Neoliberales Modell: Der Staat erstellt nur Rahmenbedingungen für sicheres Wirtschaften. Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage. Wenn die Preise nur genug sinken, lässt sich alles verkaufen.

Keynesianisches Modell: Es muss Einkommen vorhanden sein, um etwas noch so Billiges zu kaufen. Chronische Nachfrageprobleme treten auf, wenn zu viel gespart und zu wenig ausgegeben wird. Wenn die UnternehmerInnen zu wenig investieren und wenn die KonsumentInnen zu wenige Konsumgüter kaufen, kommt es zu einer Nachfrangelücke, die der Staat ausfüllen soll.

Positionen zum Thema Beschäftigungspolitik

Neoliberales Modell: Man braucht Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen, weil es sie nicht geben kann, solange die Löhne flexibel sind. Wichtiger ist es daher, stabile Erwartungen zu erzeugen, indem die → Inflationsrate niedrig und stabil ist und Wirtschaftswachstum gefördert wird. Arbeitslosigkeit kann vorübergehend nur dann auftreten, wenn entweder die Menschen nicht arbeiten wollen oder die Löhne zu hoch ausgehandelt wurden. Lohnsenkung und schärfere Arbeitsanreize, etwa durch Erschwerung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung oder Notstandshilfe, sollen die Arbeitslosigkeit beenden.

Keynesianisches Modell: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Chronische Nachfrageprobleme bewirken Dauerarbeitslosigkeit, die die Marktwirtschaft selbst nicht mehr beseitigen kann. Als Gründe für die Arbeitslosigkeit sehen Keynesianer eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage, entweder durch zu geringe Investitionen oder durch zu geringen Konsum. Nur wenn Investieren wieder attraktiv wird und die Menschen genug verdienen, um die Produkte zu kaufen, und der Staat die Nachfrangelücke ausfüllt, kann die Arbeitslosigkeit sinken.

Positionen zum Thema Staatsschulden

Neoliberales Modell: Staatsschuld muss zurückbezahlt werden. Die BürgerInnen wüssten dies und würden schon heute damit rechnen, dass der Staat in Zukunft die Steuern erhöhen wird, um die Staatsschulden abzubauen. Deswegen sparen sie schon heute, um künftige Steuern zu bezahlen.

Keynesianisches Modell: Kein Abbau der Staatsschulden, denn Staatsschulden werden als wirtschaftspolitisches Mittel gesehen, das antizyklisch eingesetzt werden soll. Der Staat kann neue Schulden aufnehmen, um alte Schulden zurückzubezahlen.

Positionen zu Faktoren, die den Wirtschaftszklus negativ beeinflussen

Neoliberales Modell: Als Grundübel sieht das neoliberale Modell Staats- und Gewerkschaftseingriffe.

Keynesianisches Modell: Als Grundübel sieht das keynesianische Modell die Existenz der Börse und Spekulation, die vom wahren Unternehmertum abhält.

Positionen zum Zeithorizont des ökonomischen Handelns

Neoliberales Modell: Neoliberale Theorien argumentieren „langfristig“. Beispiel: Es mag ja sein, dass kurzfristig das Budget die Wirtschaft stimuliert, aber langfristig wirkt es nur inflationär.

Keynesianisches Modell: Es gilt, kurzfristige Maßnahmen, also innerhalb von 1 bis 2 Jahren, zu setzen, da oft irreversible Wege beschritten werden. Beispiel: Lässt man Arbeitslosigkeit einmal zu und ansteigen, ist sie wesentlich schwieriger abzubauen, als wenn man sie von Anfang an verhindert.

Gekürzt aus: Unger, Brigitte: Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz: Politische Bildung. Wien 2003, S. 110–118, hier S. 115f.

Brigitte Unger

Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte

Liberalisierung und Globalisierung: Auswirkungen auf Machtverhältnisse in Wirtschaft und Politik

Wenn man 1979 mit 4.200 Schilling (300 Euro) in der Tasche auf Maturareise nach Italien fahren wollte, brauchte man eine Genehmigung der Oesterreichischen Nationalbank zur Devisenausfuhr. Die Notenbank konnte nicht nur die →Devisenströme und den →Wechselkurs des österreichischen Schillings kontrollieren, sondern auch die Geldmenge und die Zinssätze, und damit Investitionen und Konsum. Nachdem 1974/75 die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) als Sanktion gegen die Länder, die im Yom-Kippur-Krieg 1973 Israel unterstützt hatten, die Ölpreise um das Sechzehnfache erhöhte (der Ölschock 1975), flossen große Summen Petrodollars in den arabischen Raum. Diese wurden nicht mehr in den Banken der USA oder Europas veranlagt, sondern in *Offshore Centers* (Dubai, Cayman Islands, die Kanalinseln, ...), die außerhalb der Kontrolle nationaler Notenbanken agierten. In diesen *Offshore Centers* konnten AusländerInnen (meist steuerfrei) ihr Geld anlegen. Als die Kapitalmärkte liberalisiert wurden, hatte die Liberalisierung de facto bereits stattgefunden: Das internationale Finanzkapital war durch Nationalstaaten kaum mehr kontrollierbar.¹ Mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte, die weltweit in den 1980er-Jahren begann und 1987 auch in Österreich zur Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen führte, konnten KapitalanlegerInnen ungehindert ihr Vermögen weltweit verschieben. Seither entfallen zwar die lästigen Devisenausfuhr genehmigungen bei Maturareisen, die man übrigens damals bei seiner eigenen (noch verstaatlichten) Bank erhielt, aber damit entfiel auch die wirtschaftspolitische Möglichkeit, die Entwicklung der Finanzmärkte zu steuern. AnlegerInnen und Firmen konnten ungebremst Aktien, Wertpapiere und →Devisen ein- und ausführen, konnten ihr Geld und Vermögen in Sekundenschnelle weltweit transferieren, oft am Fiskus vorbei. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte ging einher mit anderen Formen der Globalisierung: Weltweite Firmenimperien wurden aufgebaut, multinationale Konzerne wuchsen. Ihre Gewinne konnten sie weltweit in steuergünstige Gebiete verlagern, und ihr Kapital konnten sie ungebremst abziehen, wenn sich woanders eine günstigere Produktionsstätte bot.

Für die nationale Wirtschaftspolitik bedeutete dies eine enorme Verringerung des Handlungsspielraums. Sowohl die Geldpolitik als auch die Steuer- und Budgetpolitik verloren an Macht angesichts eines Finanzkapitals, das drohen konnte, auf Computerknopfdruck das Land zu verlassen, oder eines Konzerns, der mit der Auslagerung von Arbeitsplätzen in die Dritte Welt kokettierte. Auch für die Gewerkschaften bedeutete dies einen enormen Machtverlust, der sich vor allem in Zurückhaltung bei Lohnforderungen zeigte. Konzernfreundliche Wirtschaftspolitik, die mehr auf Wachstum, Leistungsfähigkeit und →Inflationsbekämpfung setzt statt auf Arbeitslosenbekämpfung und gerechte Einkommensverteilung (siehe Grafik „Magisches Vieleck“ auf S. 7 idB), war gefragt. Steuersenkungen, Staatsschuldenabbau, Verringerung des Einflusses des öffentlichen Sektors, →Privatisierung,

Nationale Notenbanken verlieren nach und nach die Kontrolle

Formen der Globalisierung

Macht geht ans Finanzkapital über

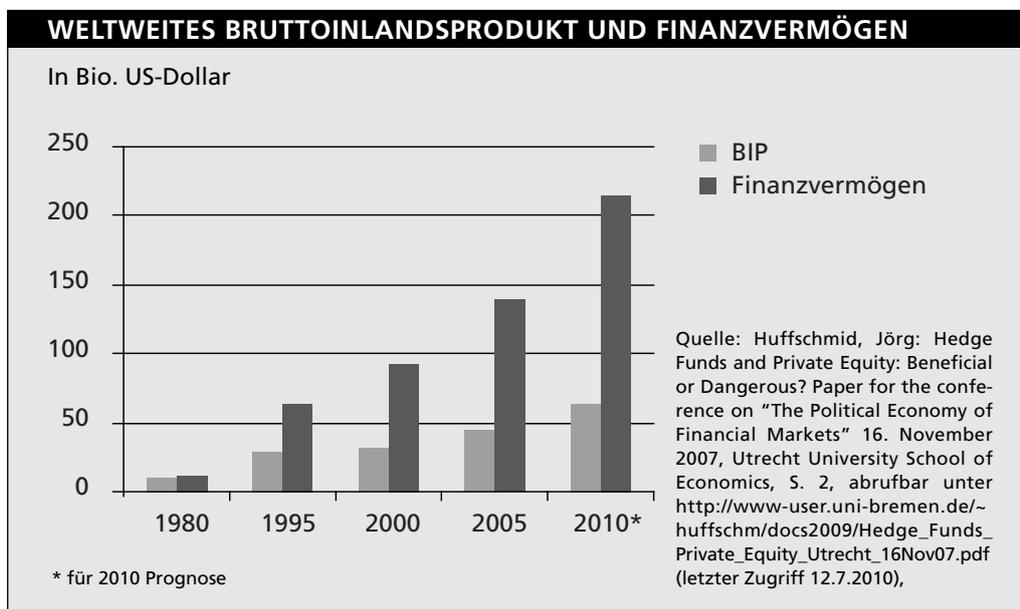
Weniger Einfluss des öffentlichen Sektors

→Deregulierung waren die neuen Vorgaben für nationale Regierungen. Als der französische sozialdemokratische Präsident François Mitterrand noch einmal einen Versuch startete, Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, und 1981 die Wahlen gewann, wertete der französische Franc über Nacht so drastisch ab, dass Mitterrand seine Pläne revidieren musste. Seither traute sich keine europäische Regierung mehr eine keynesianische Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben und bezog bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen die mögliche Reaktion der Finanzmärkte stets mit ein.

**Entwicklung
des welt-
weiten
Einkommens**

**Finanzmärkte
in eigener
Welt**

Betrachtet man die Entwicklung des weltweiten Bruttoinlandsprodukts seit 1980, sieht man, dass die Welt seither zwar ein deutlich höheres Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen hat (2010 über 50 Bio. US-Dollar), aber dass das Finanzvermögen in diesem Zeitraum noch viel stärker, auf 214 Bio. US-Dollar, gestiegen ist. Während 1980 ein Dollar Finanzvermögen einen Dollar Güter kaufen konnte, sind 2010 vier Dollar Finanzvermögen am Markt um einen Dollar Güter zu kaufen² (s. Grafik „Weltweites Bruttoinlandsprodukt und Finanzvermögen“ unten). Da man Geld nicht essen kann, ist diese Entwicklung mit einer Cyberwelt zu vergleichen, in die die Finanzmärkte abgehoben haben. Sie haben ihre eigene Welt geschaffen, ihre eigenen Produkte und Bonuskultur, und haben zur realen Welt kaum mehr einen Bezug. Beispiel für solche Cyberweltprodukte sind sogenannte →toxische Wertpapiere, auch strukturierte Produkte genannt, und →Derivate, die die populären, gewinnbringenden Finanzinnovationen der letzten Jahre waren. Die „Innovation“ bestand oft nur darin, Papiere von zahlungsunfähigen Schuldner mit Papieren von Schuldnern mit besserer Bonität zu mischen und diesen Pool in Tranchen als neues Produkt zu verkaufen. Dass Finanzmärkte eigentlich dazu da sind, Ersparnisse von Haushalten in Kredite an Unternehmungen zur Produktion von Konsum- und Investitionsgütern und Dienstleistungen zu transformieren, gelangte zunehmend in den Hintergrund. Finanzmärkte entwickelten ihre eigene Dynamik.



Das →Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden (inkl. Abschreibungen), bzw. beziffert auch die Summe aller Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Zwar steigt das weltweit erzielte BIP seit den 1980er-Jahren kontinuierlich an, doch im Vergleich dazu ist der Gesamtwert des weltweiten Finanzvermögens in diesem Zeitraum noch wesentlich stärker angestiegen.

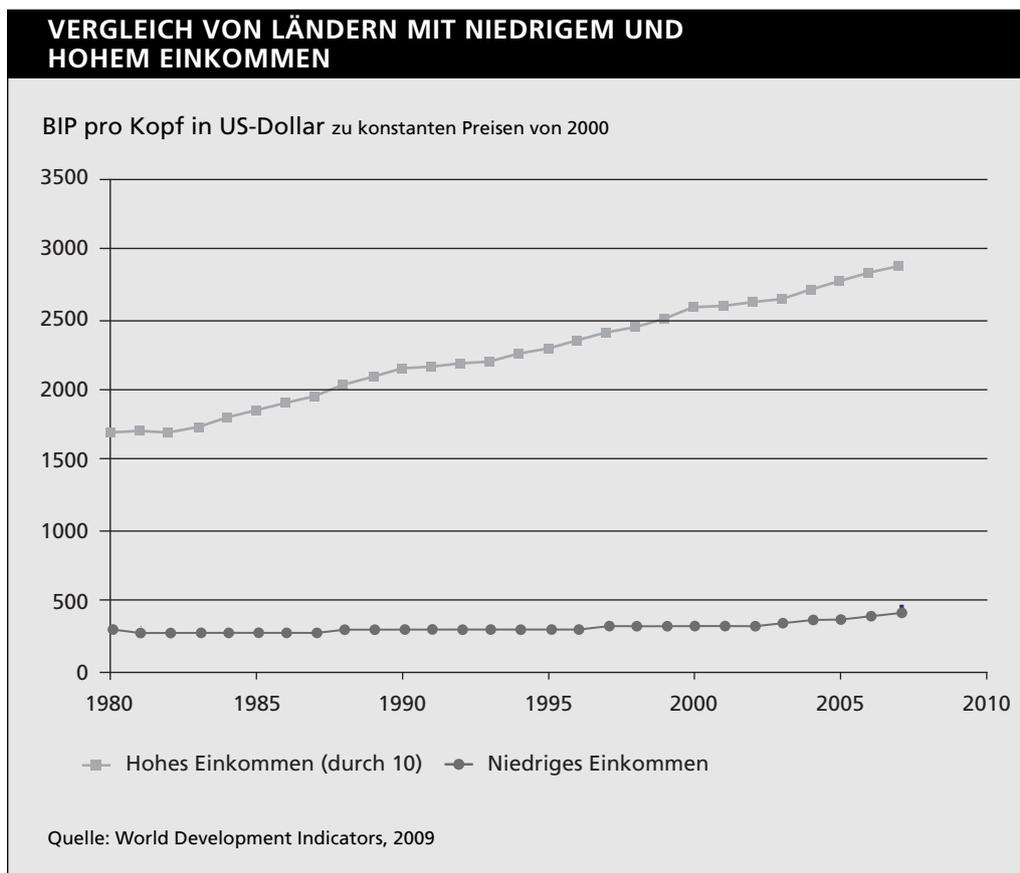
Zunehmende wirtschaftliche Ungleichgewichte und neue Probleme

Während Finanzkapital und Konzerne durch die Liberalisierung frei beweglich wurden, ist Arbeit schon von Natur her aufgrund von Sprache, familiären Bindungen, Freundschaften und Kultur in ihrer internationalen Mobilität beschränkt. Zusätzlich wurde die Arbeitsmobilität auch durch erschwerte Einwanderungsmöglichkeiten, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für GastarbeiterInnen verringert. Die Grenzen wurden für das Kapital geöffnet, aber für die Arbeit dicht gemacht.³ Dadurch ging die Schere zwischen Erster und Dritter Welt auf. Noch nie war der Einkommensunterschied zwischen der Ersten und der Dritten Welt so groß wie heute.⁴

Arbeitsmobilität erschwert

Seit Mitte der 1980er-Jahre ist das reale Pro-Kopf-Einkommen der reichen Länder (zu konstanten Preisen vom Jahr 2000) kontinuierlich auf durchschnittlich rund 30.000 US-Dollar gestiegen, während das Jahreseinkommen der armen Länder bei durchschnittlich rund 500 US-Dollar liegt. Ein großes Potenzial an Nachfrage geht dem Weltmarkt und vor allem den reichen Ländern dadurch verloren, dass die Bevölkerung der armen Länder zu wenig Einkommen hat, um die Güter der reichen Länder zu kaufen. Oft verfügt sie sogar über so wenig Einkommen, dass sie die Güter, die sie selbst produziert, nicht kaufen kann.

Wirtschaftspotenzial geht verloren



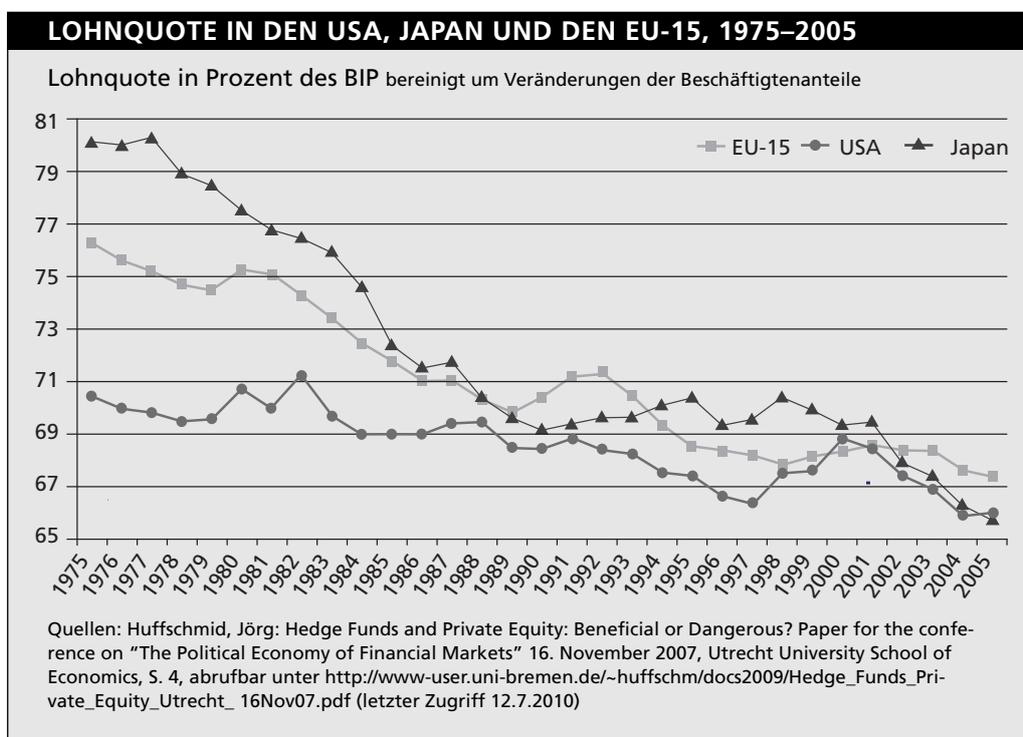
Die Grafik zeigt, wie sich das →Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Ländern mit niedrigem Einkommen und mit hohem Einkommen seit 1980 entwickelt hat. Zur Niedrigeinkommensgruppe zählen alle Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 unter 935 US-Dollar lag. Zur Hocheinkommensgruppe zählen alle Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen 2007 11.456 US-Dollar oder mehr betrug. Die Wertsteigerung des BIP wird anhand konstanter Preise, d.h. inflationsbereinigt, gemessen.

Große Unterschiede auch innerhalb der reichen Länder

Auch innerhalb der reichen Länder haben die Einkommensunterschiede zugenommen. Die verringerte Macht der Gewerkschaften zeigt sich in einem drastischen Fall des Anteils der Lohneinkommen am Gesamteinkommen in den USA, Japan und den EU-15-Ländern. Machten die Löhne 1975 noch beinahe 75 % des Bruttoinlandsprodukts aus, so sind es 2005 nur noch 67 % (vgl. Grafik „Lohnquote“ unten). Da ArbeitnehmerInnen die kaufkräftigste Gruppe sind, hat die Lohnzurückhaltung der letzten 30 Jahre die Gefahr eines Nachfragemangels am Gütermarkt bewirkt.

Viele Arbeitslose, geringere Kaufkraft

Dazu kam, dass immer mehr ArbeitnehmerInnen arbeitslos wurden. Die Arbeitslosenquote stieg in den Industrieländern deutlich an, vor allem seit den späten 1970er-Jahren. (Siehe die Grafik „Arbeitslosigkeit in ausgesuchten Ländern“ in der Onlineversion.) Dies bedeutet, dass die Nachfrage der ArbeitnehmerInnen doppelt beeinträchtigt wurde: Sie erhielten einen geringeren Anteil am Volkseinkommen durch die gesunkene →Lohnquote und sie verloren an Kaufkraft durch steigende Arbeitslosigkeit.



Der Anteil des Lohneinkommens am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen (= Lohnquote) ist in den USA, Japan und den EU-15-Ländern in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich gesunken.

Extreme Verteilungsunterschiede

Nur einige wenige profitierten von der globalen Entwicklung, diese aber dafür extrem. Noch nie war die Einkommensverteilung von Individuen so ungleich wie heute. Während früher ein Kaiser rund 2.000-mal so viel Einkommen hatte als seine Untertanen, verdienen einige →Hedgefonds-Manager eine Million Mal mehr als ein/e NiedrigeinkommensbezieherIn.

Einkommensbeispiel Hedgefonds-Manager

Topverdiener ist der US-amerikanische Hedgefonds-Manager John Paulson. Im Juli 2006 gründete er einen →Hedgefonds mit der alleinigen Strategie, auf den Zusammenbruch des Immobilienmarktes zu wetten. Obwohl er die damalige Meinung der Ratingagenturen (siehe Kasten „Die Rolle der Ratingagenturen“ S. 22 idB) ignorierte, legte sein Fonds 2007 um 590 % zu. Paulson verdiente in diesem Jahr 3,7 Mrd. Dollar. Das Problem

dabei: Er kann dieses Einkommen unmöglich in der Realwirtschaft ausgeben. So viele schicke Autos kann er nicht kaufen, um diesen Betrag zu konsumieren. Immerhin hatte Paulson allein ein höheres Einkommen als 37 Länder dieser Erde, die 2008 ein Bruttoinlandsprodukt aufwiesen, das jeweils unter 3,7 Mrd. US-Dollar lag.⁵ Und in den realen Sektor investieren wird Paulson auch nicht. Denn wer sollte sich die durch diese Investition produzierten Produkte bei einer so ungleichen Einkommensverteilung schon leisten können? Paulson wird daher wieder Finanzanlagen tätigen und dazu beitragen, die nächste Blase aufzubauen.

Ökonomische Ungleichheiten führen zu Krisensituationen

Da Arme ihr Einkommen voll ausgeben, während Reiche einen Teil ihres Einkommens sparen, bewirkt eine ungleichere Einkommensverteilung eine Gefahr für Kaufkraft und Nachfrage. Die Gefahr einer Krise ist gegeben, wenn Ungleichheiten so groß werden, dass der eine Bevölkerungsteil so viel hat, dass er das Einkommen nicht mehr ausgeben kann, und der andere Bevölkerungsteil, der ausgeben könnte, das Einkommen dazu nicht hat. Denn dann lohnt es sich zunehmend auch für Unternehmungen nicht mehr, Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Stattdessen werden auch sie mehr und mehr Finanzanlagen halten. Und die Finanzmärkte werden weiter wachsen.

Gefahr für Kaufkraft und Nachfrage

Der Finanzsektor wurde oft auch als realer Sektor interpretiert: Er beschäftige Menschen, sogar solche mit hoher Ausbildung, er produziere Output in Form von Umsätzen der Branche, er mache Gewinne wie andere Branchen auch. Er sei hochinnovativ durch „Finanzinnovationen“. Aber der Finanzsektor produziert nichts, was Menschen zum Leben brauchen. Wenn die Investoren lieber in Finanzanlagen als in Realanlagen investieren und wenn zusätzlich noch der Konsum nur künstlich mit riskanten Krediten an arme, zahlungsunfähige SchuldnerInnen aufrechterhalten wird, dann besteht die Gefahr einer Krise.

Finanzsektor produziert keine Güter

Der schwedische Ökonom Axel Leijonhufvud sprach einst von einem „Korridor“, innerhalb dessen sich ökonomische Variable bewegen müssen.⁶ Wird dieser „Korridor“, diese Bandbreite, innerhalb derer Variablen wie →Lohnquoten, Staatsschulden, →Inflationsraten, Einkommensunterschiede sich bewegen, verlassen, dann explodiert das System und es kann zu keinem stabilen Vollbeschäftigungspfad mehr zurückfinden. Denn außerhalb des Korridors haben Akteure und Akteurinnen nicht mehr die adäquaten Normen und Erwartungen, die gegenseitig konsistent sind, um das System zu stabilisieren. Wenn AnlegerInnen im Moment nicht wissen, ob sie ihre Ersparnisse für die Pension einer Bank anvertrauen sollen, die vielleicht in Konkurs geht, oder in Wertpapiere anlegen sollen, die vielleicht morgen nichts mehr wert sind, oder vielleicht doch nichts sparen und lieber jetzt alles konsumieren sollen, bevor alles verloren geht, sind das Zeichen dafür. Auch die Angst vor Inflation bei derzeit fallenden Preisen ist ein Zeichen, dass wir außerhalb des „Korridors“ sind.

„Korridor“ für ökonomische Variable

Welche Möglichkeiten hat die Wirtschaftspolitik?

Budget- und Steuerpolitik

Kann die Wirtschaftspolitik eigentlich noch etwas dazu beitragen, um die drohende Gefahr einer neuerlichen Krise zu verhindern und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte (Haushalte und Unternehmen, Investoren, SparerInnen und KonsumentInnen) zu stabilisieren?

Stabilität gesucht

Die nationalen Handlungsspielräume sind begrenzt, und doch können nationale Regierungen bei Sparpaketen entscheiden, bei welchen Teilen der Bevölkerung sie Ausgabenkürzungen vornehmen oder welche Teile der Bevölkerung sie steuerlich mehr belasten.

Nationale Spielräume sind vorhanden In der Budget- und Steuerpolitik bestehen daher Spielräume. Ein internationaler Konzern wird seinen Hauptsitz bei Steuererhöhungen nicht gleich verlegen. Denn für SpitzenmanagerInnen des Konzerns ist es wichtiger, ihre Kinder in einer sicheren Umgebung mit guter Infrastruktur und guten Schulen aufwachsen zu sehen, als weniger Steuern zu bezahlen und dafür z.B. hohe Kriminalität und schlechte Infrastruktur in Kauf zu nehmen. Auch ob mehr Militär- oder Umweltausgaben getätigt werden, ist eine Entscheidung der nationalen Budgetpolitik. Oft stehen nationale Regierungen weniger unter Druck der internationalen Entwicklung, als sie vorgeben.

Arbeits- und Sozialpolitik

Aktionsfeld nationaler Politik Arbeits- und Sozialpolitik ist ebenfalls ein Bereich, der immer noch sehr stark national geprägt ist. Ob Arbeitslose ausreichend Arbeitslosengeld bekommen, ob prekäre und illegale Beschäftigungsverhältnisse toleriert werden, ob Obdachlose ein Heim bekommen, ob allein stehende Mütter Zuschüsse und erschwingliche Kindergartenplätze bekommen, ob alte Menschen gut versorgt sind, ist national steuerbar.

Europäische und internationale Ebene Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteure bewegen sich heute aber auf supranationaler Ebene, wie die EU und die →G-20-Länder. Die Europäische Union leistet in vielerlei Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftspolitik. Welche wirtschaftspolitischen Grundsätze sie vertritt (siehe Beitrag von Kurt W. Rothschild ab S. 5 idB), ist daher nicht unbedeutend für eine Wiederherstellung eines stabilen Systems.

Geldpolitik

EZB in EU bestimmend Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt entscheidet, ob es für Europa wichtiger ist, einen starken Euro und eine niedrige →Inflation zu haben oder einen schwächeren Euro, wodurch teurere Importe und damit mehr Inflation entstünden, aber auch mehr Exporte und Arbeitsplätze.



Quelle: Der Rat der Europäischen Union
Dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) gehören die Wirtschafts- und FinanzministerInnen der EU-Mitgliedsstaaten an. Er erstellt und verabschiedet zusammen mit dem Europäischen Parlament den Haushaltsplan der EU und befasst sich mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

Schrankenloser Wirtschaftsraum Markante Meilensteine in Richtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik der EU waren das Binnenmarktprogramm von 1985, das die Abschaffung aller Arten von Schranken innerhalb der EU-Länder bis 1992 vorsah, der Maastricht-Vertrag von 1992, der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin 1997 und der Amsterdam-Vertrag von 1997, die u.a. die Schaffung einer Währungsunion betrafen.

Gemeinsame Währung Der Maastricht-Vertrag sah die Einführung einer gemeinsamen Währung (des Euro) bis spätestens 1.1.1999 vor. Er definierte sogenannte Konvergenzkriterien als Bedingung für eine Teilnahme an der Währungsunion. Sie legten unter anderem die Grenzen von nationalen Budgetdefiziten (3 % des →BIP) und Staatsschulden (60 % des BIP) und damit die finanzielle Grundlage für die Größe des öffentlichen Sektors fest. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 1997 in Dublin geschlossen und im Vertrag von Amsterdam 1997 weiter befestigt wurde, forderte mittelfristig ein Nulldefizit. Die EU verfolgte somit in den vergangenen Jahren einen neoliberalen Sparkurs, der im Durchschnitt ausgeglichene Finanzen (0 % Defizit) forderte. Während der Finanzkrise hat übrigens kein EU-Land die Kriterien dieser Verträge erfüllt.

Nulldefizit gefordert

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Lissabon-Strategie⁷ (auch Lissabon-Prozess, -Ziel oder -Agenda genannt) ist ein Programm, das die europäischen Staats- und Regierungschefs und -chefinnen im März 2000 in Lissabon verabschiedet haben. Gemäß der Lissabon-Strategie soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Die Lissabon-Strategie ist der Kern der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption der EU. Angestrebt wurde ein neoliberaler Umbau in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis 2010, als europäische Variante der weltweiten Gegenreform, die mit dem Ende der weltwirtschaftlichen Kooperation im →Bretton-Woods-System begann.⁸ Wettbewerbsfähigkeit und Innovation als Motor für Wirtschaftswachstum sind die Ziele. Dass ein technisch-ökonomisches Paradigma vorherrscht, äußert sich z.B. in der geforderten „Offenen Methode der Koordinierung“ (= Benchmarking), d.h. dem Gebrauch nüchterner Zahlen, um den Erfolg von Ländern zu beurteilen und Länderreihungen zu veröffentlichen.

EU als wissensbasierter Wirtschaftsraum

Mit Ende 2010 wird die Lissabon-Strategie auslaufen, die nicht in geplantem Umfang umgesetzt werden konnte.⁹ Die Nachfolgestrategie „Europa 2020“ wurde am 17. Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet. „Europa 2020“ umfasst die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der EU für die nächsten zehn Jahre und sieht als Schlüsselemente intelligentes Wachstum (Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft), nachhaltiges Wachstum (Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft) und integratives Wachstum (eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt) vor. Bis zum Jahr 2020 sollen Leitziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Innovation, Klimaschutz und Energie, Bildung und Armutsbekämpfung umgesetzt werden.¹⁰

Strategie „Europa 2020“

Bildungspolitik

Auch in der Bildungspolitik spricht man nicht mehr von Ausbilden, sondern von Humankapitalproduktion. Die Studierenden studieren nicht mehr, sondern investieren in Humankapital. Sie sollen für den Arbeitsmarkt möglichst effizient und kostengünstig „beschäftigungsfähig“ gemacht werden. Der Bildungsbegriff wird auf „*Employability*“, auf arbeitsmarktrelevantes Wissen, verengt. Das bildungspolitische Vorhaben verfestigt sich auch im Bologna-Prozess. Er bezeichnet ein politisches Vorhaben zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens bis 2010. Er basiert auf einer nicht bindenden völkerrechtlichen Erklärung, die 1999 in Bologna von 29 BildungsministerInnen (darunter auch aus Österreich) unterzeichnet wurde. Hochschulen sollten zu standortgerechten Dienstleistungsunternehmen umgebaut werden, die im Wettbewerb um die Studierenden als zahlende KundInnen werben und diesen mit Zertifikat Beschäftigungsfähigkeit attestieren. Bildung als Ware, Studium als Investition in Humankapital, die Schaffung eines Bildungs- und Wissensmarkts mit einem einheitlichen Leistungssystem, das übertragbar und gleich ist, waren und sind das Ziel. Im Kommuniqué von Leuven/Louvain-la-Neuve 2009 wurde beschlossen, den Bologna-Prozess bis 2020 fortzusetzen, da noch nicht alle geplanten Ziele vollständig umgesetzt sind.¹¹

Bologna-Prozess an Wirtschaft orientiert

Unis als Dienstleistungsunternehmen

In der Ökonomieausbildung begann dieser neoliberale Trend bereits in den 1980er-Jahren. Schon 1991 äußerte sich die American Economic Association besorgt über die Ausbildungsprogramme, die „wissende Deppen“ (frz. *idiots savants*) produzierten, die technisch geschult, aber völlig unbedarft in Bezug auf reale Phänomene seien. Dass die meisten Ökonomen die Krise nicht vorhersehen konnten, bestätigt diese Befürchtung.

Neoliberale Wirtschaftsausbildung

Die EU hat aber nicht nur neoliberale Wirtschaftspolitik gemacht, die die Finanzmärkte stärker werden ließ, sondern positiv auch für mehr Transparenz und Gleichberechtigung gesorgt und damit auch neue Chancen für Frauen eröffnet.¹²

Gleichberechtigung

Aber die derzeitige EU-Politik ist auch nach der Krise nicht darauf ausgerichtet, die großen ökonomischen Ungleichgewichte zu beseitigen. Hierfür müsste sie zumindest innerhalb Europas für mehr Kaufkraft durch höhere Löhne, Beschäftigung und einen starken öffentlichen Sektor sorgen und von ihrer „Starker Euro“- und Anti-Inflationspolitik abgehen. Sie müsste außerdem dafür sorgen, dass jene Gruppen, die an der Krise am meisten verdient haben, auch einen Beitrag in Form von höheren Steuern leisten.

Reformvorschläge, die diskutiert werden

In jüngster Zeit wurden einige makroökonomische Reformvorschläge präsentiert, die weiter diskutiert werden sollten:

Hilfe bei Leistungsbilanz-Defizit	Rolle des Internationalen Währungsfonds Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Barry Eichengreen ¹³ beschäftigte sich damit, welche Rolle der Internationale Währungsfonds (IWF) bei der Krisenbekämpfung einnehmen könnte. Unter anderem schlug er vor, dass Länder mit einem →Leistungsbilanz-Überschuss in den IWF einzahlen sollen, um somit Länder mit einem Leistungsbilanz-Defizit zu finanzieren. Wenn die Länder mit Leistungsbilanz-Defizit nicht mehr zahlen können, verlieren vor allem die Länder mit einem Überschuss in der →Leistungsbilanz (darunter auch Österreich) Exportaufträge, wodurch in der Exportwirtschaft Arbeitsplätze verloren gehen. Statt den freien Markt und Arbeitslosigkeit zuzulassen, sollten die Überschussländer den Defizitländern lieber Geld leihen (oder auch teilweise schenken), sodass diese wieder Güter bei den Überschussländern nachfragen können.
Abhängigkeit von den USA	Kunstwährung Forderungen weg vom Dollar hin zu einer globalen Kunstwährung, die zum Beispiel aus Yen, Dollar und Euro besteht, um so die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von den USA und ihrer Ankerwährung zu unterbinden. Der →Wechselkurs sei trotz Verschuldung der USA künstlich so lange hoch gehalten worden, weil eben alle in US-Dollar veranlagt hatten und das Fallen des US-Dollars verhindern wollten.
Neue Rolle des Staates	Weltfinanzorganisation Eine Weltfinanzorganisation, an der alle Länder teilnehmen, wird gefordert – und damit eine neue Rolle des Staates: „Das Finanzsystem zählt wie die Daseinsvorsorge aufgrund seiner systemischen Bedeutung zu dem für die Öffentlichkeit wahrscheinlich bedeutendsten strategischen Wirtschaftszweig.“ ¹⁴
Steuer auf Finanztransaktionen Spekulieren weniger lukrativ machen	Neue Formen der Besteuerung Verschiedene Formen der Besteuerung von Finanztransaktionen werden zur Zeit diskutiert (siehe auch den Beitrag von Wilfried Altzinger und Margit Schratzenstaller ab S. 25 idB). Eine Bankensteuer ist in Diskussion (siehe Kasten S. 24 idB), auch eine Tobin-Steuer auf Finanztransaktionen wird wieder erwogen. Wie der Ökonomenobelpreisträger James Tobin bereits im Jahr 1981 feststellte: Wenn auch nur ein kleiner Prozentsatz, z.B. ein Viertelprozent, jeder kurzfristigen Finanztransaktion als Steuer auferlegt wird, ist dies Sand im Getriebe, macht spekulative Finanztransaktionen weniger lukrativ und bringt dem öffentlichen Sektor auch Steuereinnahmen. Diese sogenannte Tobin-Steuer kann auch als kleine Kompensation an die Öffentlichkeit zu sehen sein für die Schäden, die die Finanzkrise verursacht hat, ohne dass die VerursacherInnen bis dato zur Verantwortung gezogen worden sind.

Am allerwichtigsten aber ist eine seriöse Debatte um die Einkommens- und Vermögensverteilung.

- 1 Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivienne: *Welfare and Work in an Open Economy*. New York 2000.
- 2 Huffschnid, Jörg: *Hedge Funds and Private Equity: Beneficial or Dangerous?* Paper for the conference on "The Political Economy of Financial Markets" 16. November 2007, Utrecht University School of Economics, S. 2, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschnid/docs2009/Hedge_Funds_Private_Equity_Utrecht_16Nov07.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 3 Rosenberger, Sieglinde/Talos, Emmerich: *Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven*. 2003
- 4 OECD: *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, 2008.
- 5 http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt, (letzter Zugriff 5.7.2010)
- 6 Leijonhufvud, Axel: *Out of the corridor: Keynes and the crisis*. *Cambridge Journal of Economics* 33(4), 2009, S. 741–757, abrufbar unter <http://cje.oxfordjournals.org/cgi/content/abstract/33/4/741> (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 7 Weitere Zwischenetappen bis zum Lissabon-Gipfel, auf die hier nicht eingegangen wird, sind der Luxemburg-Prozess (1997), der Cardiff-Prozess (1998) und der Köln-Prozess (1999). Siehe http://wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht für weitere Information.
- 8 Siehe Huffschnid, Jörg; ebenso Altzinger/Schratzenstaller S. 25 idB.
- 9 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/Magazin_Europapolitik/066/sw-1-europa-2020-neue-strategie.html (letzter Zugriff 2.8.2010)
- 10 <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20G-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> (letzter Zugriff 2.8.2010)
- 11 http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/lifelong_learning/c11088_de.htm (4.8.2010)
- 12 Himpele, Klemens/Prausmüller, Oliver: *Bologna – und weiter?*, in: *Kurswechsel* 1/2010, S. 113–117.
- 13 Eichengreen, Barry: *Out of the Box Thoughts about the International Financial Architecture*, IMF Paper 09/116, 2009.
- 14 Schubert, Helene: *Paradigmenwechsel in der Beurteilung von Finanzmärkten*, in: *WISO* 4/2008, S. 24.

Weiterführende Literatur

Buiter, Willem: *The unfortunate uselessness of most "state of the art" academic monetary economics*, March 3, 2009, abrufbar unter http://www-personal.umich.edu/~rudib/uselessnessmonetarymacro_buiter.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010).

Hemerijck, Anton/Unger, Brigitte/Visser, Jelle: *How Small Countries Negotiate Change. 25 years of Policy Adjustment in Austria, Belgium and the Netherlands*, in: Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivienne: *Welfare and Work in an Open Economy*, Bd. 2. New York 2000, S. 176–263.

Huffschnid, Jörg: *Kritik der Lissabon-Strategie. Alternativer Ecofin*, 21. April 2007 Berlin und Lubljana 2008, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschnid/docs2009/Lissabon-Strategie_AI%F6tereco_25-4-07_Berlin.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010)

Huffschnid Jörg: *Finanzmärkte: Neue Akteure und Strategien und ihre Bedeutung für das „europäische Sozialmodell“* (August 2008), abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschnid/docs2009/Finanzmaerkte_Neue_Akteure_Strategien_RLS8-08.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010)

IMF: *Global Financial Stability Report. Responding to the Financial Crisis and Measuring Systemic Risk*. Washington, DC, April 2009.

IMF: *World Economic Outlook. Crisis and Recovery, World Economic and Financial Surveys*. Washington, DC, April 2009.

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit*, hrsg. v. Gustav Horn, Katharina Dröge, Simon Sturn, Till van Treeck, Rudolf Zwiener, in: *IMK Report* Nr. 41, September 2009.

OECD: *Society at a Glance 2009: OECD Social Indicators*, 2009.

Unger, Brigitte: *Wer ist schuld an der Finanzkrise?*, in: *Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 1/2010, S. 24–38.

Unger, Brigitte: *Österreichs Beschäftigungspolitik 1970–2001*. Forum für politische Bildung. Wien 2001.

Winckler, Georg: *Das Ende der aktiven Nominalzinspolitik in Österreich*, in: *Wirtschaftsanalysen* 4/1980, S. 1–18.

Brigitte Unger, Univ.-Prof.

Studium der Ökonomie an der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien und am Institut für Höhere Studien. 1998 a.o. Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2002 ordentliche Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Utrecht, School of Economics. Beraterin des holländischen Finanzministeriums, Innenministeriums und Familienministeriums, der UNODC, der EU und EUROSTAT zu Fragen der Wirtschaftspolitik. Publikationen u.a. über Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit und Rolle der Sozialpartnerschaft. In den letzten Jahren arbeitet sie vor allem über die Themen Geldwäsche und Steuerhinterziehung und hat dazu mehrere Bücher und Artikel geschrieben.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Wirtschaftskriminalität
- ▶ Arbeitswissen: Arbeitslosenquote in ausgesuchten Ländern

DIE ROLLE DER RATINGAGENTUREN

Die Rolle der Ratingagenturen als unabhängige Gutachter wurde mit dem enormen Wachstum der Finanzmärkte seit Beginn der 1990er-Jahre stark erweitert. In den USA wurden private Ratingagenturen oft als Verursacher der Finanzkrise gesehen. Agenturen wie Moody's, S&P, Fitch IBCA und Duff&Phelps hätten neue Produkte von Banken wie strukturierte Wertpapiere (gebündelte alte Wertpapiere, z.B. wurden alte Hypothekendarlehen von KundInnen mit guter und schlechter Qualität gemischt und als neues Produkt auf den Markt gebracht) falsch beurteilt. Wenn die Ratingagentur das Produkt einer Bank nicht mit einem AAA, der höchsten Bonitätsstufe, bewertete, war es auf dem Markt viel weniger wert.

Den Ratingagenturen wurde vorgeworfen, sie hätten die Produkte absichtlich zu positiv bewertet, weil sie sich ihrem Kunden (der Bank, die den Auftrag zum Rating gab und dafür bezahlte) mehr verpflichtet fühlten als den ahnungslosen KäuferInnen dieser strukturierten Wertpapiere. Auch hätten sie keinen Überblick mehr über die ursprünglichen HypothekenschuldnerInnen gehabt, da das Produkt oft über mehrere Banken und Zweckgemeinschaften gehandelt wurde, bevor es ihnen zum Rating vorlag. Ferner hätten sie das systemische Risiko völlig ignoriert: Ein und dasselbe Produkt ist in einer soliden Wirtschaftslage wesentlich sicherer als in einer Zeit von Hochspekulation. Anders als in den USA haben in Europa Banken ihre Produkte und jene ihrer eigenen Zweckgemeinschaften (oft eine Abteilung oder Tochter innerhalb der eigenen Bank) meist selbst geratet. Auch das hat zu Kritik geführt und dazu, dass man Banken als Verursacher der Finanzkrise sah.

Regierungen wurden ebenso immer stärker von privaten Ratingagenturen abhängig, denn auch Staatsverschuldung (in Form von →Staatsanleihen) wurde und wird von privaten Agenturen bewertet. Von europäischen Regierungen emittierte Staatsanleihen müssen nun von privaten Agenturen geratet werden. Die „Financial Times Deutschland“ spricht von „Europa in einer Ratingfalle“: Staatsanleihen erhalten aufgrund gestiegener Staatsschulden ein schlechteres Rating. Die Politik vernimmt die Botschaft „Mehr und schneller sparen“. Aber die Ratingagenturen stufen weiter herunter, weil dieses Sparen unprognostizierbare negative Auswirkungen auf das Wachstum haben könnte. Die Politik steht also nun paralysiert unter dem skurrilen Damoklesschwert privater Ratinggesellschaften, die jeden Schuldenauf- und jeden Schuldenabbau gleichermaßen negativ beurteilen.

Sowohl nach den Erfahrungen in den USA als auch nach den jüngsten Erfahrungen mit dem Rating von →Staatsanleihen stellt sich daher die Frage, ob private Ratingagenturen in der Lage sind, Finanzprodukte korrekt zu beurteilen, und ob es nicht sinnvollere Alternativen gibt.

Gegen private Ratingagenturen sprechen:

1. Überforderung durch Finanzinnovationen

Die Methodik der Ratingagenturen beruht fast ausschließlich – und fast unvermeidlich – auf historischen Werten der zu beurteilenden Unternehmen oder Produkte, zu einem sehr geringen Teil noch auf ihrer Umgebung. Finanzinnovationen, insbesondere die sog. „strukturierten“ Produkte, beruhen jedoch überwiegend auf Neuheiten, für die es keine historischen Erfahrungen gibt. Ratingagenturen laufen diesen Innovationen immer hinterher.

2. Gesamtwirtschaftliche Blindheit

Die Aufgabe von Ratingagenturen ist es, die einzelwirtschaftliche Bonität eines Unternehmens, eines Emittenten, einer Anleihe, eines Kredites oder Kreditpaketes oder eines anderen strukturierten Finanzproduktes zu beurteilen. Die Ausfallswahrscheinlichkeit eines Kredites wird auf der Grundlage dieser Daten beurteilt und nicht im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Gleiche Finanzprodukte können unter verschiedenen Umständen aber unterschiedliche Qualitäten haben. Diese Umstände sind jedoch nicht Gegenstand des Ratings.

DIE ROLLE DER RATINGAGENTUREN

3. Strukturelle Interessenskonflikte

Ratingagenturen sind privatwirtschaftliche Unternehmen, ihre Einnahmen und Gewinne hängen von den Aufträgen der Unternehmen ab, deren Produkte sie beurteilen sollen und die massives Interesse an einer positiven Beurteilung haben. Auch ohne Bestechung und offene Fälschung ergibt sich hieraus die Versuchung, unter verschiedenen möglichen Bewertungsvarianten die positivste auszuwählen. Angesichts der großen Empfindlichkeit und der Ansteckungsdynamik von Finanzmärkten wäre in der Regel jedoch eine vorsichtiger Bewertung angemessen.

Angesichts dieser systematischen und strukturellen Probleme erscheint es nicht gerechtfertigt, eine Lösung durch die Selbstreinigungskräfte der Märkte und Anreize zur Stärkung dieser Selbstreinigungskräfte zu erwarten.

Reformansätze für Ratingagenturen

1. Aufbau öffentlicher Ratingagenturen auf europäischer Ebene als Bestandteil der europäischen Finanzaufsicht

Dieses Modell hätte drei wesentliche Vorteile

- ▶ Der Interessenskonflikt zwischen Maximierung der Einnahmen und Neutralität der Beurteilung fällt weg: Als Teil der öffentlichen Finanzaufsicht würden die Ratingagenturen entweder aus öffentlichen Mitteln oder aus Beiträgen der Unternehmen finanziert, die diese Ratings in Anspruch nehmen (müssen).
- ▶ Die gesamtwirtschaftlichen Umstände würden auch berücksichtigt.
- ▶ Öffentliche Ratingagenturen als Teil der Finanzaufsicht geben den Aufsichtsbehörden frühe zusätzliche Informationen und versetzen sie in die Lage, rechtzeitig und damit wirksamer einzugreifen.

2. Entkoppelung von Finanzierung und Beauftragung von Ratingagenturen

Dies könnte dadurch geschehen, dass für die Tätigkeit der privaten Ratingagenturen – ähnlich wie bei Notaren – eine Gebührenordnung auf europäischer oder nationaler Ebene erlassen wird. Die Gebühren werden aus einem Fonds finanziert, dessen Mittel aus Umlagen der Unternehmen (oder Länder) stammen, die die Ratingagenturen in Anspruch nehmen. Die Ratingagenturen erhalten also keine Mittel von den Unternehmen, die oder deren Produkte sie bewerten, während die Unternehmen die Leistungen der Ratingagenturen jedoch sehr wohl finanzieren müssen.

Die Schaffung einer europäischen oder gar globalen Ratingagentur wäre sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind auch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich: Wesentlich ist hierbei, die Komplexität von Finanzprodukten einzudämmen (bestimmte Konstruktionen wie →Derivate zu verbieten) und die Ursache für die zu hohe Liquidität zu beseitigen, die zu immer neuen Anlageformen zwingt: die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (s. Beiträge von Brigitte Unger ab S. 13 idB und Markus Marterbauer ab S. 35 idB).

1 Financial Times Deutschland, 11. Juli 2010: Gästeblock „Europa in der Ratingfalle“, von David Milleker, abrufbar unter <http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=2454&blogId=16>

Quelle: Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Stellungnahme zum Fachgespräch „Rolle und Verantwortung der Ratingagenturen im aktuellen Finanzmarktgeschehen“ am 13. Februar 2008, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschm/docs2009/Rating-Agenturen_Feb_08.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010);



Quelle: wikimedia commons/Eric Chan
Die Europäische Zentralbank ist auf EU-Ebene für die Aufsicht über die Kreditinstitute und die Stabilität der Finanzmärkte zuständig.

Brigitte Unger

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER UND BANKENSTEUER

Finanztransaktionssteuer

Eine der ersten Überlegungen zu einer Finanztransaktionssteuer auf Börsen geht auf John Maynard Keynes (nach der Weltwirtschaftskrise 1929) im Jahr 1936 zurück. Ferner wird das Prinzip solch einer Steuer häufig auch mit der 1972 vom Ökonomenobelpreisträger James Tobin vorgeschlagenen Tobin-Steuer verbunden (siehe S. 20 idB). Er wollte nach dem Zusammenbruch des Systems fester → Wechselkurse von → Bretton Woods mit einer Finanztransaktionssteuer Devisengeschäfte verteuern und so → Devisenspekulationen und Wechselkurschwankungen erschweren.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ab 2007 wurde insbesondere in Europa die Einführung einer Finanztransaktionssteuer angeregt, um Finanztransaktionen und das Anwachsen der Finanzmärkte einzudämmen und einen Beitrag der Finanzmärkte zur Sanierung einzufordern.

Eine Finanztransaktionssteuer besteuert das Transaktionsvolumen bei Zustandekommen jeder (Art von) Transaktion. Banken sind insofern betroffen, als sie z.B. Geschäfte im Auftrag von KundInnen ausführen. Basis dieser Steuer sind sämtliche Finanztransaktionen mit Aktien, Wertpapieren, Derivaten von Finanzprodukten und Rohstoffen. Die Höhe des Steueraufkommens hängt von der Höhe des Steuersatzes ab (heute werden 0,01 %–0,1 % diskutiert), von der Steuerbasis, davon, wie stark die AnlegerInnen auf die Steuer reagieren (Reaktion des Transaktionsvolumens auf die Steuer), sowie vom Ausmaß der Steuerflucht (bzw. Steuermigration).

Eine Steuer, die alle Finanztransaktionen umfasst, wurde bisher in keinem Land eingeführt. Jedoch bestehen und bestanden in vielen Ländern Kapitalverkehrssteuern, die Teilaspekte abdecken (z. B. die Abgabe für Neuemissionen von Wertpapieren in der Schweiz).

Bankensteuer

Die Bankensteuer (oder -abgabe) zielt direkt auf die Banken. In der medialen Berichterstattung wird zwischen einer Fondslösung (Einzahlung der Abgabe, die auf Teile der Bankenbilanzsumme erhoben wird, in einen Fonds, der dann in Krisenzeiten Banken sanieren kann) nach dem Vorbild Schwedens und einer Bankenabgabe (Zahlung an den Bund) unterschieden, mit der unmittelbar das Budgetdefizit gesenkt werden kann. Die Europäische Union diskutiert derzeit Vorschläge einer Fondslösung (EU-weiter Fonds, Netzwerk harmonisierter nationaler oder nicht-harmonisierter Fonds).



© fotolia.de

- ▶ *Schweden* hat bereits im Herbst 2008 als Bankenabgabe eine sogenannte Stabilitätsgebühr (0,018 % ausgewählter Bilanzpositionen bzw. 0,036 % ab 2011) angekündigt, die Anfang 2010 eingeführt wurde. Sie dient der Dotierung eines Stabilitätsfonds, der nach 15 Jahren insgesamt 2,5 % des → BIP generieren soll. Dies entspricht den erwarteten Kosten der Bankenkrise.
- ▶ *Belgien*: 2009 kündigte der damalige Premierminister Herman van Rompuy an, ab 2011 eine Abgabe auf Banken und Lebensversicherungen einzuheben. Die Bankensteuer wurde bereits im Dezember 2009 eingeführt.
- ▶ *Ungarn*: In Ungarn wurde im Juli 2010 die Einführung einer Bankensteuer beschlossen. Banken müssen für das Jahr 2010 0,45 Prozent ihrer Bilanzsumme entrichten.¹ (Stand August 2010)
- ▶ *USA*: Die im Zuge der US-Finanzmarktreform von Präsident Barack Obama geplante Bankenabgabe wurde vom US-Kongress im Juni 2010 abgelehnt.

1 Die Presse, 22. Juli 2010: „Konjunkturspritze: Ungarns Bankensteuer beschlossen“, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/583035/index.do?from=suche.intern.portal> (letzter Zugriff 2.8.2010)

Quelle: OeNB: Ökonomische Analyse des Vorschlags zur Einhebung einer Bankenabgabe in Österreich, Österreichische Nationalbank, 19.2.2010.

Brigitte Unger

Wilfried Altzinger und Margit Schratzenstaller

Krisenursachen, Krisendynamiken, Maßnahmen

„Ich habe auch kein Patentrezept, aber die Banken müssten risikobewusster werden, mehr Eigenkapital bilden, die Steueroasen müssen kontrolliert oder beseitigt werden, bei Spekulationswellen muss man frühzeitig eingreifen, um zu verhindern, dass sie sich so enorm wie zuletzt entwickeln. Und man braucht eine Aufsichtsbehörde, die wirklich eine Rolle spielt.

Im Kern geht es um eine ganz harte politische Frage: Darum, den enormen finanzwirtschaftlichen Komplex unter Kontrolle zu bringen, der in den vergangenen dreißig Jahren entstanden ist und mit dessen neuen Möglichkeiten enorme Gewinne zu machen sind. Zu Beginn der Krise war die starke Bereitschaft zu Reformen da, aber die große Chance ist vertan. Ich bin enttäuscht, dass nur geredet und nichts getan wurde. Man hat Geldströme in die Banken geführt, ohne irgendwelche personellen Forderungen etwa für Aufsichtsräte zu stellen. Man lässt den Apparat ungestört und sagt, man wird ihn kontrollieren. Aber der Apparat kontrolliert die Politik, nicht die Politik den Apparat.“¹

Kurt W. Rothschild

Ursachen und Dynamiken der Krise

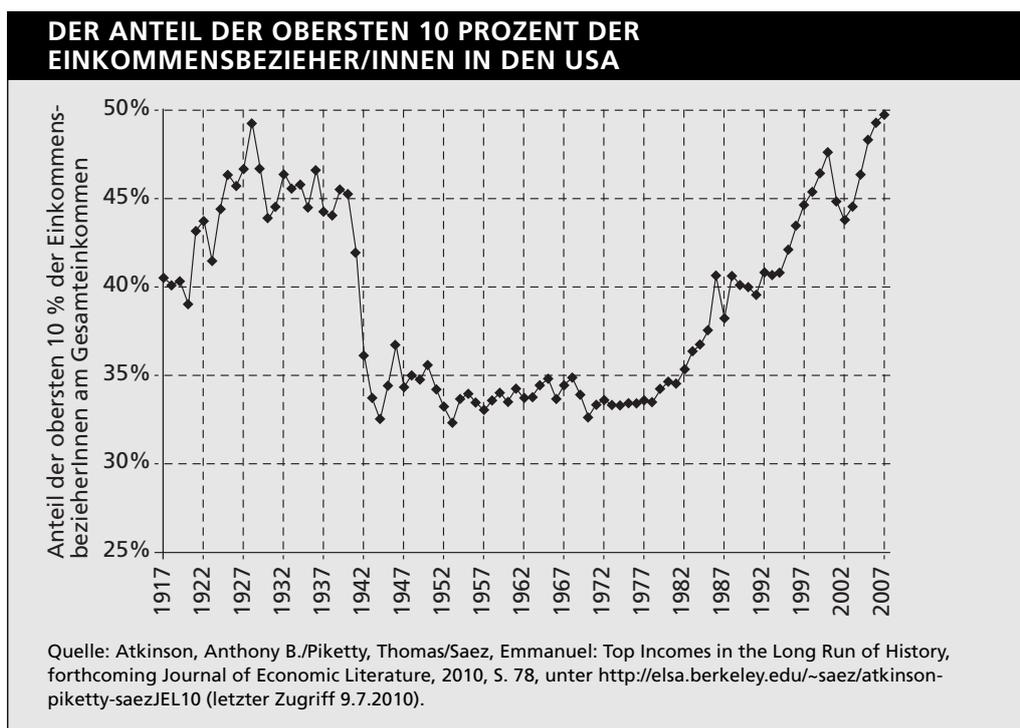
Historisch kann der Beginn der aktuellen Verwerfungen auf den Finanzmärkten mit dem Ende des → Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973 (siehe genauer S. 26 idB) angesetzt werden. Die Auflösung des Systems der fixen → Wechselkurse zwischen den weltweit dominanten Wirtschaftsmächten führte zu einer völligen Neuentwicklung der Finanzmärkte, welche vor allem geprägt war durch die damals stark an Bedeutung gewinnenden monetaristischen Theorien der weltweiten Liberalisierung der Finanzmärkte. Nahezu gleichzeitig können wir beobachten, dass in dieser Periode noch eine weitere gravierende Änderung in der Weltwirtschaft begann, nämlich eine deutliche Verschärfung der Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Studien dazu wurden im vergangenen Jahrzehnt vor allem von britischen und US-amerikanischen Ökonominen durchgeführt.² (Vgl. Grafik „Der Anteil der obersten zehn Prozent der EinkommensbezieherInnen in den USA“, S. 26 idB)

Die Grafik zeigt für die USA den Einkommensanteil der obersten 10 % der EinkommensbezieherInnen (oberstes Dezil) über die Periode 1917–2007. Es zeigt sich, dass nach einer starken Einkommensnivellierung während des Zweiten Weltkriegs (1941–43) dieses egalitäre Niveau über knapp vier Jahrzehnte sehr stabil geblieben ist und erst mit Beginn der 1980er-Jahre wieder deutlich ungleicher wird. In der Periode 2002–2007, also in der unmittelbaren Zeit vor Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008, erreichte die Einkommenskonzentration den Spitzenwert dieser 90-jährigen Periode. 2007 entfielen auf das oberste Dezil genau 50 % der gesamten Einkommen. Interessant ist die nahezu

Neuentwicklung der Finanzmärkte

Ungleichheiten nehmen zu

Vor Krise enormer Anstieg der Ungleichheit



Die Einkommensverteilung in den USA gestaltet sich seit Beginn der 1980er-Jahre immer ungleicher, im Jahr 2007 wurde die Hälfte der gesamten Einkommen von den obersten 10 % der EinkommensbezieherInnen erzielt.

**Oberste 10 %
begünstigt**

vollkommen gleiche Entwicklung in der Vorperiode der ersten Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre (1923–28). Beiden größten Weltwirtschaftskrisen der vergangenen 100 Jahre ging somit ein enormer Anstieg der Einkommensungleichheit voraus. Die Untergliederung des obersten Dezils zeigt dabei, dass es insbesondere das oberste Prozent der Einkommensbezieher (oberstes Perzentil) ist, welches die höchsten Einkommensanteile gewinnen konnte.³ Die zentrale Frage hinsichtlich der Ursachen der aktuellen Finanzkrise lautet somit: Lassen sich für diese zeitlich parallel verlaufende Entwicklung von Liberalisierung der Finanzmärkte und steigender Ungleichheit in der Einkommensverteilung gemeinsame Erklärungen finden?

Die Deregulierung der Finanzmärkte seit Anfang der 1970er-Jahre

Bis 1970er-Jahre System fixer Wechselkurse

Kontroll-einrichtungen beseitigt

Nach dem Zusammenbruch des Systems von →Bretton Woods haben die internationalen Finanzmärkte in den 1970er-Jahren stark an Bedeutung gewonnen.⁴ Bis dahin wurde unter einem System fixer →Wechselkurse der Zu- und Abfluss von Kapital in den einzelnen Ländern durch Kapitalverkehrskontrollen geregelt. Insgesamt sorgte dieses System für eine relativ stabile Entwicklung in vielen Ländern und trug erfolgreich zur Verhinderung internationaler Finanzkrisen bei. U.a. aufgrund massiver Spekulationsattacken gegen den US-Dollar brach dieses System 1973 auseinander. Seit dem Zusammenbruch von Bretton Woods schwanken die meisten Währungen frei. Vor allem aber wurden die Kontrolleinrichtungen für den Verkehr von Kapital sukzessive beseitigt und freier Kapitalverkehr durchgesetzt.

Diese Entwicklung brachte sowohl neue Finanzprodukte als auch neue institutionelle Anleger (wie Pensions-, →Hedge- und Investmentfonds) hervor. Somit verloren die Kredit-

märkte für Unternehmen, Privatpersonen und Regierungen an Bedeutung zugunsten des Wertpapiermarktes und seiner → Derivatmärkte. Kreditmärkte dienen in der Regel zur Finanzierung von Investitionen, Konsum und Staatsausgaben und unterliegen strengen Sicherheitsvorkehrungen (z.B. Aufsichtspflicht, Mindestreserven etc.). Für Unternehmen wurden seit den 1980er-Jahren die Ausgabe von Aktien (Erwerb von Anteilen an Unternehmen) sowie die Auflage von Anleihen (Schuldverschreibungen, welche verzinst zurückgezahlt werden) ein wichtigeres Finanzierungsinstrument. Diese Wertpapiere dienten jedoch nicht mehr nur der Finanzierung von Unternehmen, sondern wurden auch auf Sekundärmärkten (= Finanzmärkte mit bereits im Umlauf befindlichen Wertpapieren) (intensiv) gehandelt. Die modernste Art von Wertpapieren auf den Sekundärmärkten sind dabei → Derivate, welche zwar ursprünglich als Instrumente zur Absicherung von Risiko entstanden sind, jedoch bald immer mehr zur Spekulation mit hohem Risiko und hohen Renditechancen verwendet wurden. Dieser Übergang vom Kredit- zum Investmentgeschäft verlief zwar fließend, aber der enorme quantitative Anstieg dieser Geschäftsvolumina zeigt, dass die gehandelten Finanzvolumina zunehmend stärker entkoppelt wurden von der Erstellung der Güter und Dienstleistungen, also vom → Bruttoinlandsprodukt (BIP) einer Volkswirtschaft. Heute wird auf den → Derivatmärkten weltweit bereits das Sechzigfache der jährlichen Wirtschaftsleistung aller Industrieländer umgeschlagen.

Übergang vom Kredit- zum Investmentgeschäft

Finanzvolumina entkoppelt von Produktion und Dienstleistungen

Hinzu kommt, dass Derivate häufig nicht wie Wertpapiere auf Börsen gehandelt werden, welche einer strengen Aufsicht unterliegen, sondern hauptsächlich außerhalb der Börse, wo es keinerlei Kontrolle gibt. Derartige Over-The-Counter-Geschäfte (OTC) zeichnen sich aus durch eine stark eingeschränkte Aufsicht, hohe Transaktionsgebühren der Investmentbanken, großes Risiko und potenziell hohe Gewinne. Letztlich wurden diese Geschäfte auch immer stärker mittels Fremdkapital (also Schulden) finanziert, wodurch sich zwar die Gewinnraten (auf das eingesetzte Kapital) erhöhten, aber gleichzeitig die Risiken (für Schuldner und Gläubiger) sowie die Instabilitäten dieser Märkte stark zunahm.⁵

Handel abseits der Börse

Gefährliche Entwicklungen auf den Finanzmärkten

Viele ÖkonomInnen haben seit längerem mehrfach und wiederholt auf die Risiken dieser Gefahren an den Finanzmärkten hingewiesen⁶, blieben aber ungehört, weil es dem weltweit vorherrschenden Konzept der freien Märkte widersprach, und viel mehr noch, weil konkrete Schritte zur Re-Regulierung der Finanzmärkte die äußerst ertragreichen Jahre 2003–2007 der Trader massiv beeinträchtigt hätten. Dennoch waren auch in diesem Personenkreis lange vor Ausbruch der Krise die Warnungen deutlich zu hören. So warnte Warren Buffett, einer der weltweit größten und erfolgreichsten Finanzspekulanten, bereits 2003 (!) in einer eindrucksvollen Ansprache („annual letter to shareholders“) vor der Gefahr der → Derivatmärkte. Die BBC berichtet dazu Folgendes: „*The derivatives market has exploded in recent years, with investment banks selling billions of dollars worth of these investments to clients as a way to off-load or manage market risk. But Mr Buffett argues that such highly complex financial instruments are time bombs and ‘financial weapons of mass destruction’ that could harm not only their buyers and sellers, but the whole economic system.*“⁷ [kursive Hervorhebung durch AutorInnen]

Warnungen in den Wind geschlagen

Diese gefährliche Entwicklung auf den Finanzmärkten wurde zwar seit Beginn der 1980er-Jahre durch das vorherrschende neoliberale Konzept unterstützt, realisiert werden konnte diese Entwicklung der → Deregulierung aber erst durch intensives Lobbying sowie finanzielle Interventionen der Finanzlobby.⁸ Der möglicherweise entscheidende Schritt erfolgte dabei 1999 durch die Aufhebung des *Glass-Steagall Act*, welcher nach den Erfahrungen der ersten Weltwirtschaftskrise 1932 in den USA die strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken festgelegt hatte. Die Dokumentation „The Warning“ gibt eindrucksvoll Aufschluss über dieses intensive Lobbying der US-amerikanischen Finanzelite im amerikanischen Kongress.⁹ Auch die im Juni 2010 verabschiedete Petition

Intensives Lobbying durch die Finanzwirtschaft

Demokratie-politische Gefährdung von 22 EU-Abgeordneten weist eindrucksvoll auf die Intensität dieser Lobbyingtätigkeit sowie die darin enthaltene demokratiepolitische Gefährdung hin. Die 22 Europaabgeordneten von Grünen, Sozialdemokraten, Liberalen, Linken und Konservativen schreiben dazu: „Wir, die für die Regulierung der Finanzmärkte und des Bankgewerbes zuständigen europäischen Abgeordneten, stehen täglich unter dem Druck des Finanz- und Banksektors. /.../ Als Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher politischer Familien können wir durchaus unterschiedlicher Meinung sein, welche Maßnahmen [bei den Finanzmarktrefor-men, Anm.] zu ergreifen sind. Wir sind uns jedoch über die Notwendigkeit einig, die Öffentlichkeit auf die Gefahren für die Demokratie aufmerksam zu machen.“¹⁰

Überangebot an Liquidität In der öffentlichen Diskussion wird häufig übersehen, dass auf den Finanzmärkten seit längerem ein Überangebot an Liquidität besteht. Die Banken sind in einen „Anlagenotstand“ geraten, weil sie mehr Ersparnisse erhalten, als sie sicher und ertragreich verlangen können.¹¹ Die betreffenden VermögensbesitzerInnen sind häufig auch eher zu höherem Risiko bereit, da für sie selbst ein Verlust kaum eine existenzielle Bedrohung bedeutet. Somit wird auch von dieser Seite häufig eine risikoreichere Veranlagung gefördert.

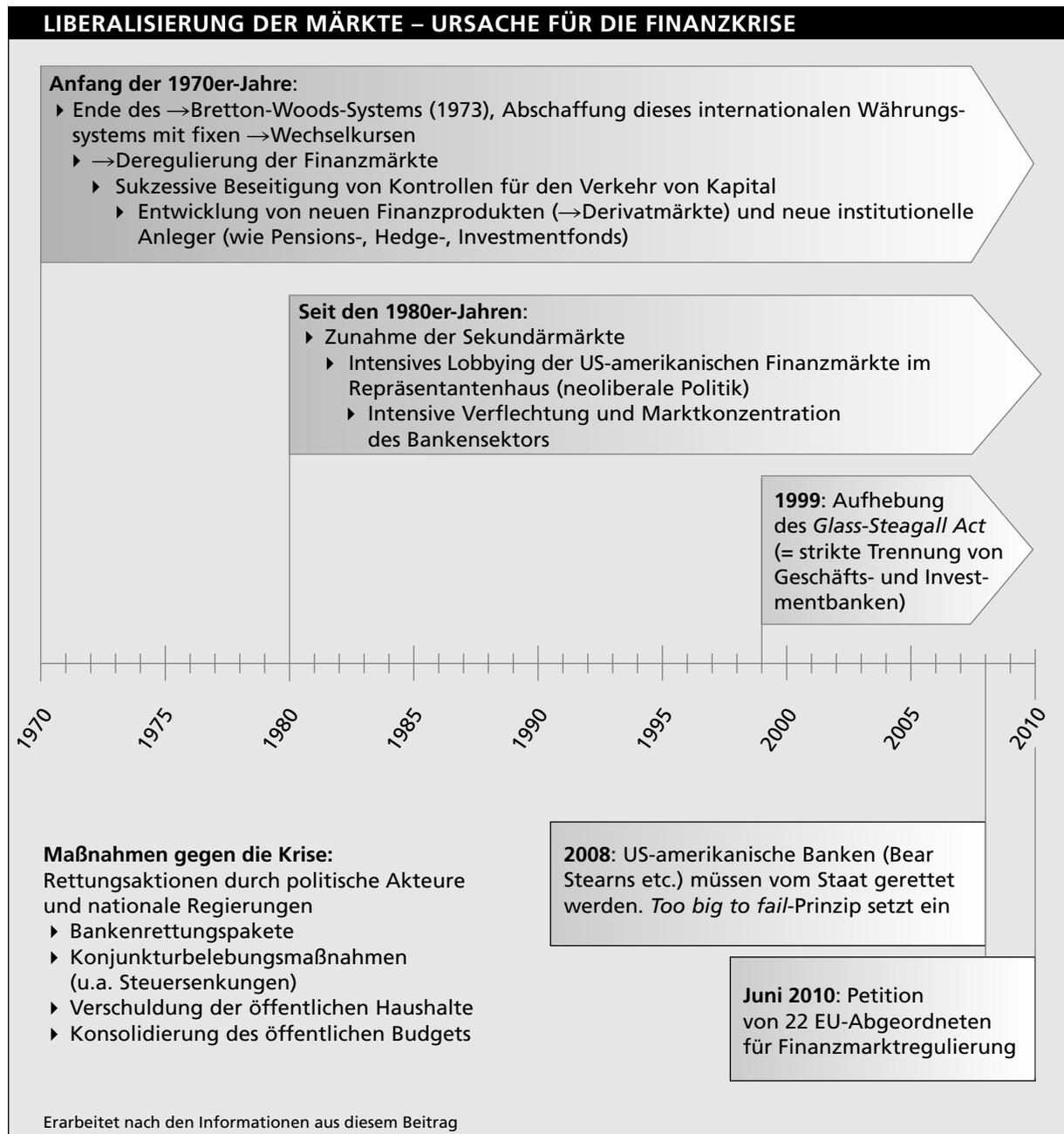
Too big to fail – der Staat ist erpressbar geworden

Zentrale volkswirtschaftliche Stellung der Banken Auf Seiten der Banken gibt es darüber hinaus noch ein viel stärkeres Moment, welches deren Risikobereitschaft unterstützt. Der Zusammenbruch einer Bank kann durch die intensive Verflechtung mit dem restlichen Bankensektor den gesamten Rest der Wirtschaft ernsthaft bedrohen. Durch diese zentrale volkswirtschaftliche Stellung können Banken aber den Staat erpressen: Angesichts der dramatischen Konsequenzen für die Volkswirtschaft kann ein Finanzinstitut darauf hoffen, in einer Krise vom Staat gerettet zu werden, selbst wenn die Bankenkrise durch fahrlässiges Verhalten verursacht wurde.¹² Der österreichische Finanzmathematiker Walter Schachermayer nennt dies eine „Put-Option auf die Gesellschaft“.¹³ Wer eine Put-Option kauft, spekuliert auf fallende Preise. Der Erwerber der Put-Option muss nicht verkaufen; er wird seine (in der Krise befindliche) Bank aber dann an den Staat verkaufen, wenn diese im Wert unter die Put-Option gefallen ist. Erfährt die Bank hingegen eine Wertsteigerung, so wird er die Option nicht ziehen und den Gewinn (der steigenden Aktienpreise) selbst Erlösen. Die Gesellschaft trägt mit diesem Vertragsabschluss daher ausschließlich die Ausfallhaftung und -kosten. Solange dieses *Too big to fail*-Spiel nicht überwunden und verhindert werden kann, werden wir uns auch weiterhin in einer akuten Finanzkrise mit der Möglichkeit einer jederzeitigen Eruption befinden. Die exorbitanten Gewinne vieler global agierenden Investmentbanken (UBS, DB u.a.) im ersten Quartal 2010 unterstreichen diese akute Gefahr deutlich.

Gesellschaft trägt Risiko und Kosten

Hohe Risikobereitschaft, kurzfristige Gewinne belohnt Diese De-facto-Ausfallhaftung durch den Staat führt bei Investmentbanken häufig auch zu einer erhöhten Risikobereitschaft sowie zu enorm hohen Bonuszahlungen für deren Manager. 2009 hat eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF)¹⁴ dazu auch empirisch nachgewiesen, dass Investmentbanken mit intensiverem Lobbying auch risikoreichere Kredite vergeben, diese Kredite stärker in Kreditausfallsversicherungen (Credit Default → Swaps, CDS) bündeln, höheres Ausfallrisiko und rascheres Kreditwachstum aufweisen. Alle Indikatoren unterstreichen, dass ein risikoreiches Verhalten einher geht mit entsprechender Lobbyingarbeit, welche letztendlich helfen kann, die Ausfallhaftung auf den Staat zu übertragen. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die Abgeordneten des EU-Parlaments im Juni 2010 vor einer „Gefährdung der Demokratie“ warnten.

Wir stehen derzeit (Juni 2010) weltweit in einer leichten Aufschwungsphase, die Entwicklung auf den Finanzmärkten ist jedoch nach wie vor äußerst fragil. Weitreichende und notwendige Regulierungen wurden jedenfalls derzeit noch nicht verabschiedet. Im Folgenden sollen sowohl kurz- als auch mittelfristige Schritte zur Wiederherstellung einer höheren Stabilität der Finanzmärkte skizziert werden.



Kurzfristige Maßnahmen zur Krisenbekämpfung

Rettung der Banken

Die öffentlichen Haushalte wurden durch die Krise kurzfristig mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Erstens musste der Bankensektor stabilisiert werden: Viele Banken mussten wegen der →„Giftpapiere“ in ihren Bilanzen umfangreiche Abschreibungen vornehmen, sodass Pleiten drohten. Außerdem litt darunter ihre Kreditwürdigkeit, sodass sie Probleme hatten, sich auf den Kapitalmärkten zu refinanzieren. Daher legten alle Regierungen teilweise sehr umfangreiche Bankenrettungspakete auf. Diese enthielten typischerweise folgende Maßnahmen:

Umfangreiche Bankenrettungspakete

- | | |
|-----------------------------------|--|
| Rekapitalisierung | 1. Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken, um deren Eigenkapital zu erhöhen (Eigenkapitalhilfen): beispielsweise durch die (ggf. zeitlich befristete) Zurverfügungstellung von zusätzlichem Eigenkapital (sogenanntes Partizipationskapital) gegen Dividendenzahlungen durch die Bank. |
| „Giftpapiere“ aufgekauft | 2. Aufkauf der → „Giftpapiere“ durch die öffentliche Hand, um so einerseits die Banken bei der Bereinigung ihrer Bilanzen zu unterstützen und andererseits deren Eigenkapital zu erhöhen. |
| Haftungen für Anleihen | 3. Übernahme von Haftungen für Anleihen, die von den Banken zu deren Refinanzierung ausgegeben wurden, um den Banken die Beschaffung von Kapital zu erleichtern. |
| Garantien für Spareinlagen | 4. Übernahme von Garantien für die Spareinlagen der privaten Haushalte für den Fall einer Bankpleite, um das panikartige Abziehen dieser Spareinlagen durch die AnlegerInnen zu verhindern. |

Die beiden erstgenannten Maßnahmen bedeuteten unmittelbar – teilweise beträchtliche – zusätzliche staatliche Ausgaben und verschlechterten so die Verschuldungssituation. Haftungen und Garantien belasten dagegen das Budget erst dann, wenn sie in Anspruch genommen werden. In Österreich erhielten die Banken bisher (Stand Mitte Juni 2010) rückzahlbare Eigenkapitalhilfen in Höhe von 5,7 Mrd. Euro (2 % des BIP). Für die Ausgabe von Anleihen der Banken wurden Haftungen von 20,4 Mrd. Euro übernommen. Bis Ende 2009 haftete der Staat unbegrenzt für die Spareinlagen von privaten SparerInnen, seit 2010 sind Spareinlagen bis 100.000 Euro pro AnlegerIn und Bank garantiert. EU-weit wurden bisher (Stand Ende Mai 2010) Rekapitalisierungsmaßnahmen im Umfang von 241 Mrd. Euro und Haftungen/Garantien in Höhe von 994 Mrd. Euro übernommen.¹⁵

Österreich

Europäische Union

Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur

Konjunkturpakete

Zweitens war dem krisenbedingten Einbruch von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung gegenzusteuern. Anders als in der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren hat die Wirtschaftspolitik die Krise nicht durch eine → restriktive Finanzpolitik und protektionistische Maßnahmen verschärft. Vielmehr wurden in den meisten Ländern Konjunkturpakete geschnürt, um durch Ausgabenerhöhungen und/oder Steuersenkungen den Konjunkturreinbruch abzdämpfen. Im Durchschnitt der OECD-Länder machten diese Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, kumuliert über den Zeitraum 2008 bis 2010, 2,7 % des BIP von 2008 aus. In Österreich wurden zwei Konjunkturpakete umgesetzt und die eigentlich erst für 2010 geplante Steuerreform in das Jahr 2009 vorgezogen. Insgesamt erreichten diese Maßnahmen einen Umfang von knapp 9,5 Mrd. Euro (3,5 % des 2008er-BIP). Die Konjunkturpakete leisten einen wichtigen Beitrag zur Konjunkturstabilisierung. Nach Modellberechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung wäre in Österreich das reale BIP ohne Konjunkturpakete und Steuerreform 2010 um 1 % und die Beschäftigung um knapp 20.000 Personen geringer. Die Konjunkturpakete der wichtigsten österreichischen Handelspartner erhöhen das reale BIP 2010 um weitere 0,8 % und die Beschäftigung um weitere gut 16.000 Personen.¹⁶

Österreich

Maßnahmen nicht sehr zukunftsorientiert

Allerdings ist die Struktur der Konjunkturbelebensmaßnahmen in allen Ländern nicht sehr zukunftsorientiert. Die Chance, die zur Abfederung des Konjunkturreinbruchs erforderlichen Maßnahmen so auszugestalten, dass sie gleichzeitig wachstums- und beschäftigungsfördernde Akzente setzen, vor allem in den Bereichen Wissenschaft, Forschung & Entwicklung, Innovation, Bildung sowie grüne Technologien, wurde in den meisten Ländern nur unzureichend genutzt. Dies gilt besonders für Österreich: Hier wurde nur jeweils 1 % des Gesamtvolumens der konjunkturbelebenden Maßnahmen den Bereichen Wissenschaft, Forschung & Entwicklung, Innovation sowie Bildung gewidmet, weitere 5 % flossen in grüne Technologien.

Öffentliche Verschuldung steigt

Drittens kommen zu den budgetären Kosten für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete → rezessionsbedingte automatische Mehrausgaben (vor allem für Arbeitslosen- und Sozialhilfeleistungen) und Mindereinnahmen bei den konjunkturabhängigen Steuern und Abgaben (vor allem Gewinn- und Lohnsteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge) hinzu, die die öffentliche Verschuldung weiter erhöhen (sogenannte automatische Stabilisatoren). Im Durchschnitt der OECD-Länder betragen die automatischen Stabilisatoren das Dreifache der budgetären Kosten der Konjunkturpakete. Insgesamt steigt in allen von der Krise betroffenen Ländern die öffentliche Verschuldung zum Teil beträchtlich.

**Rezessions-
bedingte
Mehraus-
gaben**

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Nach Überwindung des Tiefpunkts der Krise steht in allen Ländern die Frage nach dem Warum, dem Wann und dem Wie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf der Agenda. Die Rückführung der öffentlichen Verschuldung ist erstens erforderlich, um die budgetpolitischen Handlungsspielräume wiederzugewinnen, da eine steigende Verschuldung bedeutet, dass ein zunehmender Anteil der Einnahmen des Staates für Zinszahlungen ausgegeben werden muss. Zweitens hat die Staatsverschuldung unerwünschte Verteilungswirkungen, da die Zinszahlungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen erfolgen, während die Zinserträge vorwiegend den Vermögendereen zufließen. Darüber hinaus wird die Rückführung der öffentlichen Verschuldung umso dringlicher, je höher der Schuldenstand gemessen zur Wirtschaftsleistung (→ Schuldenquote) ist: Vor allem mit einem sehr rasch steigenden Schuldenstand nimmt das Vertrauen der Gläubiger in die Fähigkeit des betreffenden Landes ab, den Zinsdienst leisten bzw. die Kredite zurückzahlen zu können. Dementsprechend verlangen sie einen immer höheren Risikoaufschlag, der wiederum den Zinsdienst verteuert und die Aufnahme zusätzlicher Kredite erfordern kann. Es besteht die Gefahr einer Schuldenspirale und schließlich eines Staatsbankrotts, wenn potenzielle Gläubiger keine Kredite mehr zur Verfügung stellen und daher fällige Zins- und Tilgungszahlungen nicht mehr geleistet werden können. Für Österreich, dessen Verschuldungssituation im internationalen Vergleich relativ günstig ist, ist ein solches Szenario allerdings sehr unwahrscheinlich. 2009 betrug hier die → Schuldenquote 66,5 % des BIP, im Durchschnitt der EU-27-Länder waren es 73,6 % des BIP. Ohne die geplanten Budgetsanierungsmaßnahmen (die Budgetkonsolidierung soll zu 40 % über Steuererhöhungen und zu 60 % über Ausgabenkürzungen erfolgen; Details werden erst im Herbst 2010 bekannt gegeben) wäre die österreichische Schuldenquote bis 2013 auf gut 78 % des BIP gestiegen. Durch das angestrebte Konsolidierungspaket soll sie ab 2013 bei gut 74 % des BIP stabilisiert werden.¹⁷

**Verringerung
der Schulden
nötig**

**Gläubiger
verlieren das
Vertrauen**

**Österreich
derzeit nicht
in Gefahr**

Maßnahmen zur Konsolidierung

Die Budgetkonsolidierung sollte allerdings zumindest unter einem Konjunkturvorbehalt stehen, d.h. erst dann beginnen, wenn der Aufschwung sich verfestigt hat und selbsttragend ist, also frühestens im Jahr 2011. Um mögliche kurzfristige wachstums- und beschäftigungsdämpfende Wirkungen der Budgetkonsolidierung zu kompensieren, sollten gleichzeitig der private Konsum und die privaten Investitionen gefördert werden: beispielsweise durch einen Abbau der Sparförderung für hohe Einkommen. Der nachhaltige Erfolg der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hängt von einer strategischen Ausrichtung ab. Zwar zeigen empirische Untersuchungen, dass eine Budgetsanierung, die mehr auf Ausgabenkürzungen als auf Steuererhöhungen basiert, grundsätzlich erfolgversprechender ist. Allerdings ist einerseits die Struktur sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitiger Konsolidierungsmaßnahmen entscheidend.

**Förderung
von Konsum
und Investi-
tionen**

Ein ausgewogenes Konsolidierungspaket sollte andererseits auch Steuererhöhungen umfassen: Erstens aus Gründen der sozialen Symmetrie und Akzeptanz. Zweitens, weil

**Einnahmen
erhöhen**

Reformen auf der Ausgabenseite oft erst mittelfristig Einsparungen erbringen. Drittens, weil die (Mit-)Verursacher der Finanzkrise bzw. jene Akteure und Sektoren, die von den mit hohen budgetären Kosten verbundenen staatlichen Kriseninterventionen besonders profitiert haben, nur durch Steuererhöhungen an den Krisenkosten beteiligt werden können. Und viertens, um der gezeigten steigenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen entgegenzuwirken. Nicht zuletzt ist in vielen Ländern der Konsolidierungsbedarf so hoch, dass er durch Ausgabenkürzungen alleine nicht gedeckt werden kann.

Wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuern

Um negative Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen zu vermeiden, sollten weder Mehrwert- oder Lohnsteuer noch Sozialversicherungsbeiträge erhöht werden. Empfehlenswerte Steuererhöhungen sollten sich auf relativ wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuern konzentrieren: vor allem auf Umweltsteuern und weitere Lenkungssteuern (Alkohol-, Tabak- und Glücksspielsteuern) sowie auf vermögensbezogene Steuern (Bankenabgabe, Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögenszuwachssteuer). Vermögensbezogene Steuern haben nicht nur die geringsten negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, sie können auch die zunehmende Ungleichverteilung der Vermögen begrenzen.¹⁸ Nach erfolgreicher Konsolidierung sollten die zusätzlichen aus Steuererhöhungen erzielten Einnahmen dazu verwendet werden, die in Österreich sehr hohen Abgaben auf den Faktor Arbeit zu senken und damit die Abgabenstruktur wachstums- und beschäftigungsfreundlicher zu machen.

Abgaben auf den Faktor Arbeit senken

Differenzierte Kürzung der Ausgaben

Auf der Ausgabenseite sollte nicht undifferenziert gekürzt werden. Vielmehr sollte der Schwerpunkt auf der Beseitigung von Ineffizienzen zum Beispiel in der Verwaltung oder im Gesundheitswesen liegen, wo Einsparungen möglich sind, ohne die Qualität der öffentlichen Leistungen zu verschlechtern. Ausgaben für wichtige Zukunftsbereiche, wie Bildung, Forschung & Entwicklung oder Umweltpolitik, sollten dagegen auch während der Konsolidierung erhöht werden.

Fundamentale Strukturreformen

Regulierung der Finanzmärkte

Die umfangreichen kurzfristigen Maßnahmen zur Abfederung der unmittelbaren Krisenfolgen sind durch fundamentale Reformen auf den Finanzmärkten zu ergänzen, um künftige Krisen zu verhindern. Zur Regulierung der Finanzmärkte gehört eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf unterschiedliche Ursachen der derzeitigen Finanzkrise abzielen. Ihre Durchsetzung wird allerdings durch die erwähnte Macht der Finanzlobby erschwert.

Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken

Erstens muss langfristig wieder eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken angestrebt werden, wie dies bis 1999 unter dem *Glass-Steagall Act* üblich gewesen ist. Vor allem sollten Maßnahmen ergriffen werden, welche die Wahrscheinlichkeit der Ausfallhaftung durch den Staat für hochriskante →Derivatgeschäfte der privaten Investmentbanken deutlich reduzieren. Auch innerhalb des Establishments gibt es dafür namhafte BefürworterInnen. So sprachen sich im Herbst 2009 sowohl der britische Notenbankchef Mervyn King als auch der frühere US-Notenbankchef und aktuelle Krisenberater von Präsident Barack Obama, Paul Volcker, für eine Trennung zwischen normalem Bankengeschäft und wesentlich riskanterem Investmentbanking aus.¹⁹ Sicherlich können derartige Maßnahmen nur schrittweise durchgeführt werden. Aber es müssen letztlich auch auf den Finanzmärkten wieder Strukturen geschaffen werden, welche es ermöglichen, dass (zu) risikofreudigen Banken eine stärkere Selbstverantwortung zukommt und sie somit gegenüber dem Staat keine Put-Option (Ausfallhaftung) mehr ziehen können.

Zweitens soll die übermäßige Risikoneigung der AkteurInnen auf den Finanzmärkten begrenzt werden. Hierzu gehört etwa ein „Finanzprodukte-TÜV“, der über die Zulassung einzelner Finanzprodukte auf den Finanzmärkten entscheiden und hochspekulative Instrumente, die eine Destabilisierung auf den Finanzmärkten auslösen können, verbieten kann. Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer kann vor allem den sehr kurzfristigen und spekulativen Handel mit hochriskanten Finanzprodukten (vor allem →Derivaten) stark versteuern und damit eindämmen. Auch in die Vergütungssysteme für EntscheidungsträgerInnen über Veranlagungen und Veranlagungsstrategien in Unternehmen und Finanzinstitutionen (z.B. →Hedgefonds-Manager oder Trader) müssen mehr Anreize integriert werden, langfristige Investitionen zu tätigen, statt auf die Maximierung kurzfristiger Renditen zielende, häufig aber individuell wie gesamtwirtschaftlich sehr riskante kurzfristige Finanzinvestitionen durchzuführen.

**Risiko-
neigung
begrenzen**

**Anreize für
langfristige
Investitionen**

Drittens muss die Transparenz auf den Finanzmärkten gestärkt werden. Dies umfasst nicht nur die Offenlegung der Handelspraktiken sowie der möglichen Risiken der verwendeten Finanzprodukte, insbesondere von sehr kurzfristig und spekulativ agierenden Finanzmarktakteuren (z.B. →Hedgefonds). Wichtig sind darüber hinaus auch sogenannte Stress-Tests für die Banken und deren allgemeine Offenlegung. In diesem Zusammenhang ist schließlich auch die Rolle der Rating-Agenturen zu thematisieren, die mit ihren Bewertungen der Bonität von Staaten krisenverschärfend wirken können.

**Größere
Transparenz**

Viertens ist eine effektive Finanzmarktaufsicht sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene nötig, so wie es auch nationale und EU-Wettbewerbsbehörden gibt.

Fünftens ist die Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure zu erhöhen, indem beispielsweise die Eigenkapitalvorschriften für Banken verschärft werden.

Ein sechstes Element ist die Schließung von Steueroasen, mit deren Hilfe Vermögen und Vermögenserträge einer angemessenen Besteuerung entzogen werden. Maßnahmen hierzu sind beispielsweise eine Stärkung der internationalen Amtshilfe in Steuerangelegenheiten, die Abschaffung des Bankgeheimnisses und ein verstärkter internationaler Informationsaustausch über besteuerelevante Tatbestände.

**Schließung
von Steuer-
oasen**

Letztendlich wird es aber auch nötig sein, dass Regierungen das Wissen von unabhängigen ExpertInnen stärker fördern und entwickeln helfen, sowohl innerhalb der offiziellen Institutionen als auch darüber hinaus. Wie die Petition der EU-ParlamentarierInnen vom Juni 2010 deutlich gemacht hat, ist hier tatsächlich Gefahr in Verzug.

**Wirklich
unabhängige
ExpertInnen**

Wilfried Altzinger, ao. Univ.-Prof. Dr.

Stellvertretender Institutsleiter des Instituts für Geld- und Finanzpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Wirtschaftspolitik, Verteilungstheorie und -politik, EU-Erweiterung. Lehr- und Forschungsaufträge am Labour Market Research Center der Curtin University of Technology, Perth, am Finnish Economic Research Institute, Helsinki, am Institute of Macroeconomic Analysis and Development, Ljubljana, am Institute for World Economics, Budapest, an der University of Mauritius und der Universität Gießen.

Margit Schratzenstaller, Dr.

Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Gießen und Milwaukee. Seit April 2003 Referentin für Öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), von Oktober 2006 bis Mai 2008 stellvertretende Leiterin. Forschungsschwerpunkte und -interessen: (Europäische) Budget- und Steuerpolitik, internationaler

Steuerwettbewerb und -harmonisierung, fiskalischer Föderalismus, Gender Budgeting. Expertin im Arbeitsausschuss des Staatsschuldenausschusses und des Wissenschafts- und Forschungsrates des Landes Salzburg sowie Lehrbeauftragte an der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien.

- 1 „Da hab ich mir gedacht: Habt's mich gern“, Interview mit Kurt W. Rothschild in „Der Standard“, 23.10.2009, unter <http://derstandard.at/1256255736666/Da-hab-ich-mir-gedacht-Habts-mich-gern> (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 2 Atkinson, Anthony B.: The Changing Distribution of Earnings in OECD countries. Oxford 2008; Atkinson, Anthony B./Piketty Thomas: Top incomes over the twentieth century – a contrast between continental European and English-speaking countries. Oxford 2007.
- 3 Atkinson, Anthony B./Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel: Top Incomes in the Long Run of History, forthcoming Journal of Economic Literature, 2010, S. 79, unter <http://elsa.berkeley.edu/~saez/atkinson-piketty-saezJEL10> (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 4 Dieses System fester Wechselkurse unter der Leitwährung des US-Dollar gewährleistete ein fixes Tauschverhältnis zwischen den Währungen der 44 Unterzeichnerstaaten, wobei sich die US-Zentralbank verpflichtete, US-Dollar gegen Gold einzulösen.
- 5 Man könnte auch zeigen, dass die Entwicklung auf den Währungsmärkten sehr ähnlich verlief, nämlich zunehmend spekulativer, risikoreicher und mit höheren Gewinnmargen auf das eingesetzte Kapital (vgl. Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg 2002, S. 42). Aus Platzgründen muss hierauf jedoch verzichtet werden.
- 6 Als ein Beispiel dafür sei hier nur die ausführliche und gut verständliche Darstellung der politischen Ökonomie der Finanzmärkte durch Huffschmid, Politische Ökonomie genannt.
- 7 BBC News, 4.3.2003: „Buffett warns on investment 'time bomb'“, unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/2817995.stm> (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 8 Vgl. dazu Igan, Denzi/Mishra, Prachi/Tressel, Thierry: A Fistful of Dollars: Lobbying and the Financial Crisis. IMF Working Paper 287, December 2009, unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2009/wp09287.pdf> sowie Essential Information and Consumer Education Foundation: Sold Out: How Wall Street and Washington Betrayed America, 2009, unter http://www.wallstreetwatch.org/reports/sold_out.pdf (letzter Zugriff auf beide Links 9.7.2010).
- 9 The Warning. PBS 2009, unter <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/warning/> (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 10 ORF online, 21.6.2010, unter http://www.orf.at/100621-52564/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2F100621-52564%2F52565txt_story.html (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 11 Tichy, Gunther: Die Ursachen der aktuellen Finanzkrise, 2008, unter <http://sciencev1.orf.at/science/news/151311> (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 12 BEIGEWUM/ATTAC (Hrsg.): Mythen der Krise – Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. Hamburg 2010, S. 84.
- 13 Schachermayer, Walter: Put-Option auf die Gesellschaft, in: Falter HEUREKA, Nr. 2/2010, S. 18.
- 14 Igan/Mishra/Tressel, Fistful.
- 15 Staatsschuldenausschuss: Bericht über die öffentlichen Finanzen 2009. Wien 2010, S. 82.
- 16 Breuss, Fritz/Kanioviski, Serguei/Schratenstaller, Margit: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen, WIFO-Monatsberichte Nr. 9/2009, S. 675–686, hier S. 675.
- 17 Bundesministerium für Finanzen: Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013. Wien 2009, S. 24; Bundesministerium für Finanzen: Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013. Wien 2010, S. 22.
- 18 Sowohl Studien der OeNB für Österreich als auch internationale Vergleichsstudien zeigen, dass die Ungleichheit bei Vermögen immer wesentlich größer ist als jene der Einkommen. Für entwickelte Industriestaaten liegen die Gini-Koeffizienten der Einkommen zwischen 0,3 und 0,4 während diese für Vermögen Werte zwischen 0,6 und 0,7 annehmen. Vgl. dazu Sierminska, Eva/Brandolini, Andrea/Smeeding, Timothy M.: Comparing Wealth Distribution Across Rich Countries: First Results from the Luxembourg Wealth Study, 2006, unter http://papers.ssrn.com/sol3/Papers.cfm?abstract_id=927402 (letzter Zugriff 9.7.2010).
- 19 Süddeutsche, 21.10.2009: „Großbanken müssen zerschlagen werden“, <http://www.sueddeutsche.de/geld/angst-vor-neuen-krisen-grossbanken-muessen-zerschlagen-werden-1.38286> (letzter Zugriff 9.7.2010).

Weiterführende Literatur

Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel: The Evolution of Top Incomes: A Historical and International Perspective. AEA Papers and Proceedings, Bd. 96, Nr. 2/2006, S. 200–205.

Schratenstaller, Margit: Budgetkonsolidierung – Allgemeine Überlegungen und Perspektiven für Österreich, in: Steger, Gerhard (Hrsg.): Öffentliche Haushalte in Österreich. Wien 2010 (3. Aufl.), S. 121–166.



WEBTIPP

www.pbs.org

- ▶ Die Dokumentation „The Warning“ (PBS, USA 2009, 55 min.) thematisiert die Finanz- und Wirtschaftskrise in den USA inkl. Transkript, Videotimeline, Interviews, Analysen zur Krise, Pod- und Audiocasts und Diskussionsforum.
Pfadangabe: www.pbs.org → Watch Video → Search: „The Warning“
- ▶ Dokumentation „Inside the Meltdown“ (PBS, USA 2009, 56 min.) über die Geschichte der Finanzkrise, die verdeutlicht, wie nah die Finanzwirtschaft am totalen Zusammenbruch gestanden ist, inkl. Timeline, Interviews, Diskussionsforum und Lehrmaterial
Pfadangabe: www.pbs.org → Watch Video → Search: „Inside the Meltdown“

Markus Marterbauer

Finanz- und Wirtschaftskrise: Neue Herausforderungen für Sozial- und Beschäftigungspolitik

Die sozialen Auswirkungen der Krise

Seit Ende des Jahres 2007 prägt die Finanz- und Wirtschaftskrise die ökonomische Entwicklung in Österreich und der Europäischen Union. Die Krise ging zunächst in den Jahren 2007 und 2008 von den Finanzmärkten und Banken aus, die weltweit mehrmals an den Rand des Zusammenbruchs gerieten. Von Mitte 2008 bis Mitte 2009 folgte ein tiefer Einbruch in der Realwirtschaft, das →Bruttoinlandsprodukt ging 2009 in Österreich real um 3,6% zurück, in der Europäischen Union um 4,2%.¹ Die Kosten des finanz- und realwirtschaftlichen Einbruchs führten ab dem Frühjahr 2010 in der EU zu einer Staatsschuldenkrise.

**Krise seit
2007**

Der Wirtschaftspolitik ist es gelungen, durch antizyklische Maßnahmen eine Stabilisierung zu erreichen und damit eine →Depression im Ausmaß der 1930er-Jahre zu verhindern: Die Übernahme von Beteiligungen und Haftungen stabilisierte das Bankensystem; durch hohe Budgetdefizite (wegen krisenbedingter Ausfälle an Steuereinnahmen sowie →diskretionärer Konjunkturpakete in Form von Steuersenkungen und höheren Staatsausgaben) und eine expansive Geldpolitik (durch Zinssenkungen und Bereitstellung von kurzfristiger Liquidität für die Banken) konnte der Konjunkturreinbruch Mitte 2009 gestoppt werden; mit der Schaffung eines „Europäischen Stabilisierungsmechanismus“, der die gemeinsame Haftung der EU-Länder für die Schuldenaufnahme einzelner Mitgliedsländer ermöglicht, ist es (vorläufig) gelungen, eine Beruhigung der Märkte für Staatsschuldverschreibungen zu erreichen.

**Große
Depression
verhindert**

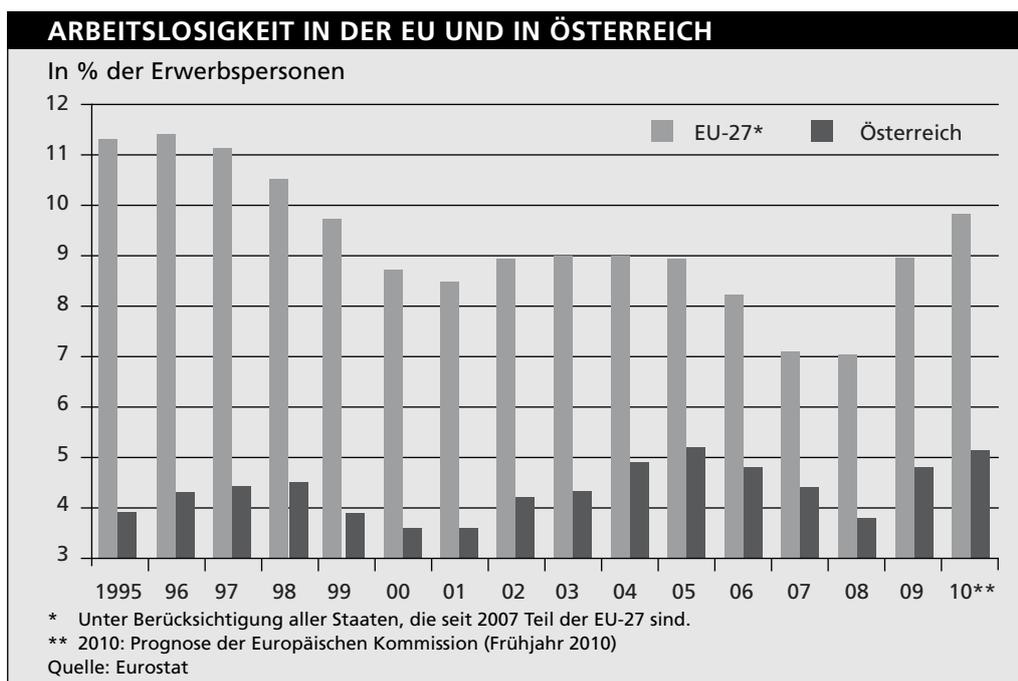
Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist jedoch nicht überwunden. Erstens ist die strengere Regulierung von Finanzmärkten und Banken weltweit kaum vorangekommen, damit droht mittelfristig eine weitere Finanzkrise; zudem gelangt das Verursacherprinzip in der Beantwortung der Frage, wer die Kosten der Krise trägt, in nur sehr geringem Ausmaß zur Anwendung. Zweitens erfolgt in der EU der Schwenk zu einer →restriktiven Budgetpolitik zu früh – für manche Länder wie Griechenland mitten in der →Rezession, für die meisten anderen Länder schon 2011 –, damit ist die Gefahr von neuerlichen konjunkturellen Rückschlägen hoch. Drittens werden die sozialen Folgen der großen Rezession das gesamte vor uns liegende Jahrzehnt prägen: Sie bestehen in allen EU-Ländern in einem Dreifachproblem aus hoher Arbeitslosigkeit, hohem Budgetdefizit und einer Ausweitung der Ungleichheit der Verteilung.

**Keine großen
Reformen**

**Restriktive
Budgetpolitik**

Der Einbruch des →BIP hat dazu geführt, dass die Beschäftigung markant zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. In Österreich hat sich die Zahl der Arbeitslosen vom Frühjahr 2008 bis zum Herbst 2009 sprunghaft erhöht, seither ist sie stabil. Im Mai 2010 gab es 48.000 registrierte Arbeitslose mehr als zum Tiefstand im März 2008, dazu kommt ein Anstieg der Zahl der SchulungsteilnehmerInnen um 22.000. In der Europäischen Union ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 16 Millionen im Frühjahr 2008 auf 23 Millionen im Mai 2010 gestiegen². Besonders stark hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen erhöht.

**Gestiegene
Arbeits-
losigkeit**



Die Wirtschafts- und Finanzkrise führt seit dem Frühjahr 2008 zu einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. In Österreich ist die Arbeitslosigkeit schwächer gestiegen als im Durchschnitt der EU-27, die Arbeitslosenquote liegt deutlich niedriger. Auch die →Rezession von 2001 bedingte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser Rezession waren eine Phase hohen Wirtschaftswachstums von 1998 bis 2000 sowie Arbeitsmarktreflexen vorangegangen, die zum Sinken der Arbeitslosigkeit führten.

Staats-schulden gestiegen

Durch den mit dem Konjunkturunbruch verbundenen Ausfall an Abgabeneinnahmen und die höheren Aufwendungen für Arbeitslosigkeit sowie wegen →diskretionärer Konjunkturprogramme und der Bankenhilfen ist es zu einer deutlichen Verschlechterung der Finanzlage des Staates gekommen. In Österreich hat sich das Budgetdefizit des Staates von 0,4 % des BIP (1 Mrd. Euro) im Jahr 2008 auf etwa 4,5 % des BIP (13 Mrd. Euro) 2010 verschlechtert, der Anteil der Brutto-Staatsschulden am BIP ist von 59,5 % (2007) auf etwa 70 % gestiegen. In der EU beträgt das Budgetdefizit 2010 durchschnittlich mehr als 7 % des BIP, die →Brutto-Staatsschuld etwa 80 %³.

Ungleiche Verteilung der Einkommen

In den Industrieländern ist schon seit Mitte der 1970er-Jahre ein Trend zu zunehmender Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen festzustellen, der in Österreich etwas später eingesetzt hat.⁴ Er wird durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und das rasche Wachstum der Einkommen aus Vermögen, die außerordentlich ungleich verteilt sind, bestimmt. Die Krise verstärkt die Ungleichheit der Verteilung. Zwar führt der Einbruch der Vermögenseinkommen und der Gewinne kurzfristig zu einem Anstieg des Lohnanteils am Volkseinkommen, doch die dauerhaften Folgen der schweren →Rezession – Arbeitslosigkeit und Finanzierungsprobleme im Sozialstaat – führen zu zunehmender Ungleichheit zu Lasten der unselbstständig Erwerbstätigen und der unteren Einkommensgruppen.

Aktive Beschäftigungspolitik bei schwachem Wirtschaftswachstum

Wenig Wachstum ...

Für die nächsten Jahre droht wegen der hohen Unsicherheit bei privaten Haushalten und Unternehmen und der damit verbundenen Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen

sowie aufgrund der simultanen Konsolidierung des Staatshaushalts in Österreich und in den anderen Mitgliedsländern der EU ein nur schwaches Wirtschaftswachstum – selbst wenn es einer pragmatisch orientierten Wirtschaftspolitik gelingt, ein neuerliches Aufblühen der Krise auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft zu verhindern. Das lässt auf eine sehr verhaltene Arbeitskräftenachfrage schließen. Denn die Zahl der Beschäftigten steigt für gewöhnlich erst ab einem Wirtschaftswachstum von real 1,5 %, diese Rate dürfte in den nächsten Jahren kaum überschritten werden.

... viele
Arbeitslose

Gleichzeitig steigt das Angebot an Arbeitskräften: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20- bis 65-Jährige) wird wegen der starken Zuwanderung bis zum Jahr 2020 um etwa 150.000 Personen (+3 %) steigen. Dazu kommt ein großes, ungenutztes Arbeitskräftepotenzial durch die hohe Zahl an Arbeitslosen (350.000 Personen), ein niedriges effektives Pensionsantrittsalter (etwa 100.000 Personen pro Jahrgang) und die unter den skandinavischen Werten liegende Erwerbsquote von Frauen (250.000 Personen)⁵. Die Zahl der Arbeitslosen geht gewöhnlich erst ab einem Wirtschaftswachstum von 2,25 % zurück, diese Rate dürfte mittelfristig nicht erreicht werden.

Großes
Potenzial an
Arbeits-
kräften

Die Beschäftigungspolitik hat unter der Rahmenbedingung von schwacher Nachfrage und hohem Angebot an Arbeitskräften zwei Möglichkeiten, auf das Problem anhaltend hoher Arbeitslosigkeit zu reagieren: Sie kann zum Ersten versuchen, die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums zu erhöhen, indem die wirtschaftspolitischen Impulse möglichst hohe Beschäftigungswirkungen aufweisen. Die Zahl der Jobs, die pro eingesetzter Milliarde Euro geschaffen werden, ist bei Einkommensteuersenkungen wegen des hohen Sparanteils an einem zusätzlichen Einkommen relativ gering, bei der Ausweitung von Sozialtransfers und der Erhöhung öffentlicher Investitionen höher und beim Ausbau öffentlicher Dienstleistungen am höchsten.

Impulse für
Beschäfti-
gung

NACHFRAGE- UND BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE KONJUNKTURPOLITISCHER MASSNAHMEN				
Bandbreite der Simulationsergebnisse verschiedener Studien über kurz- und mittelfristige Effekte diverser Maßnahmen im Ausmaß von 1 Mrd. Euro oder 0,4 % des BIP. Abweichung von der Basislösung* in % bzw. in Personen				
Maßnahmen	Einkommensteuersenkung	Erhöhung der Sozialtransfers	Öffentliche Investitionen	Öffentliche Beschäftigung
Bruttoinlandsprodukt	0,2–0,3 %	0,3–0,4 %	0,5–0,7 %	0,4–0,5 %
Beschäftigung	2.000–5.000	4.000–8.000	6.000–10.000	18.000–25.000
* Die Basislösung gibt an, wie sich die Wirtschaft ohne Einsatz der Maßnahmen entwickeln würde. Die Abweichung von der Basislösung zeigt den Effekt der Maßnahmen auf das Wachstum des BIP bzw. auf die Steigerung der Beschäftigung an.				
Quelle: Marterbauer, Markus: Budgetpolitik im Zeitalter verminderter Erwartungen. WIFO-Working Paper 366/2010, abrufbar unter http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38981&typeid=8&display_mode=2 (letzter Zugriff 13.7.2010).				

Diese Tabelle zeigt Simulationen verschiedener Maßnahmen zur Anregung von Nachfrage und Beschäftigung: Den geringsten Effekt erzielen Einkommensteuersenkungen, das Zusatzeinkommen wird zu einem erheblichen Teil gespart und nicht für Konsumnachfrage ausgegeben. Eine Erhöhung von Sozialtransfers (Arbeitslosengelder, Familienbeihilfen u.a.) und eine Erhöhung öffentlicher Investitionen haben stärkere Wirkungen. Die meisten zusätzlichen Arbeitsplätze werden bei der Steigerung der öffentlichen Beschäftigung erzielt.

Gleichzeitig gilt es, die Zahl der Industriebeschäftigten zu stabilisieren. In der Krise ist sie markant zurückgegangen (etwa 70.000 verlorene Jobs, –12 %). Das kann zunächst durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Zudem müssen der hohe Innovationsgrad

In der Industrie
Beschäftigte halten

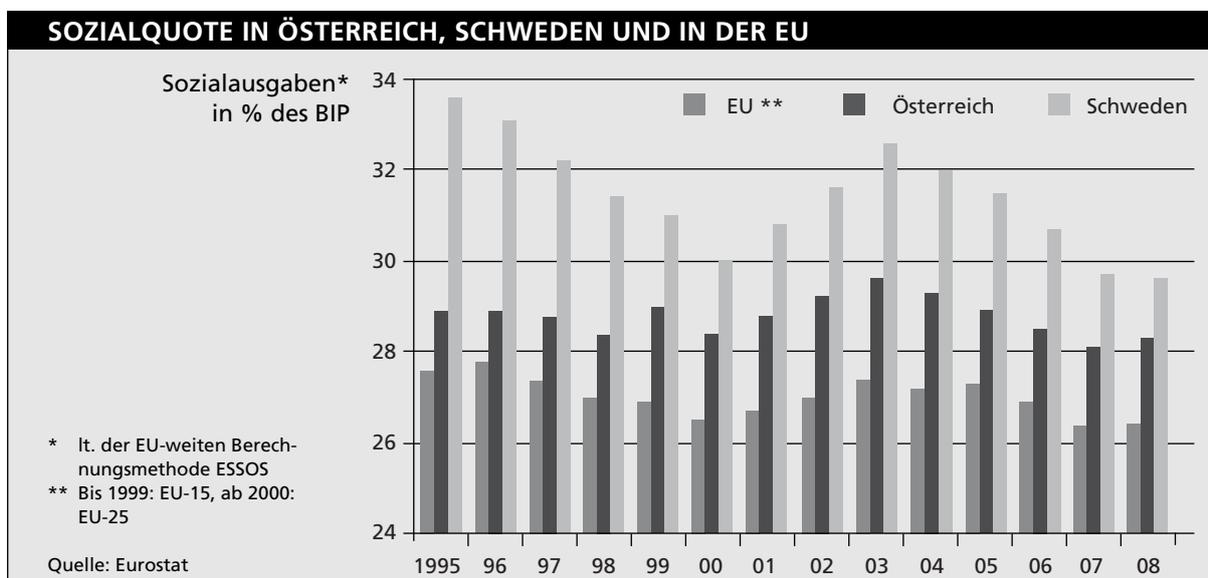
der Industriebetriebe und die gute Ausbildung der Facharbeitskräfte weiter verbessert werden, sie bilden die Basis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Am wichtigsten ist es dabei, in die Grundausbildung und die berufliche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu investieren, sie bilden die Facharbeitskräfte der Zukunft.

Arbeitszeitverkürzung Die zweite Möglichkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit in allen Branchen. In Österreich würde eine kostenneutrale Verringerung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit um 10 % mittelfristig die Zahl der Beschäftigten um 130.000 erhöhen (+4 %) und die Zahl der Arbeitslosen um 80.000 verringern.⁶

Maßnahmen mit positiver Wirkung Für Jugendliche, die durch die jüngste Krise besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bedeutet Arbeitszeitverkürzung vor allem eine Verlängerung der Ausbildungszeit. So könnte das Pflichtschulalter angehoben werden; großer Bedarf besteht auch im Ausbau der Ausbildungsplätze in mittleren Schulen, höheren Schulen, an Fachhochschulen und Universitäten. Für vollzeitbeschäftigte Männer, vor allem in Industrie und Bauwirtschaft, könnten die Wochenarbeitszeit verringert oder längere Freizeitblöcke geschaffen werden. Generell sollte in einer Wissensgesellschaft die Möglichkeit, Weiterbildungskarenz in Anspruch zu nehmen, stark ausgeweitet werden. Arbeitszeitverkürzung hilft dabei, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, das effektive Pensionsantrittsalter zu erhöhen und mehr Frauen in Beschäftigung zu bringen, ermöglicht es aber auch, den vorhandenen Wohlstand besser zu nutzen.

Das Sozialsystem krisenfester machen

Sozialstaat für die Gesamtwirtschaft wertvoll Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wertvoll der Sozialstaat nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch für die Gesamtwirtschaft ist. Ohne die soziale Sicherungs- und die wirtschaftliche Stabilisierungswirkung des Sozialsystems wäre die →Rezession viel tiefer ausgefallen. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP (Sozialquote) wird wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren wieder steigen. Die Krise



Die Sozialausgaben umfassen Leistungen aus der Pensions- und der Arbeitslosenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen, Familienleistungen u.a. Die Sozialquote misst den Anteil der Sozialausgaben am BIP: Sie lag im schwedischen Wohlfahrtsstaat im Jahr 2008 bei 29,7 %, im EU-Durchschnitt bei 26,4 %; in Österreich betrug die Sozialquote im Jahr 2008 28,3 % des BIP, das entspricht etwa 80 Mrd. Euro.

hat auch gezeigt, wie wichtig die Alterssicherung durch ein umlagefinanziertes → Pensionssystem ist. Zwar gerät auch dieses wegen des Rückgangs der Beschäftigung und damit der Beitragseinnahmen unter Finanzierungsdruck, doch in Ländern, die überwiegend kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme haben, ist es zu erheblichen Einbußen bei den Pensionen gekommen.

Deshalb sollte das solidarische Pensionssystem gestärkt werden: durch weitere Schritte zur Harmonisierung (Angleichung) der Pensionssysteme verschiedener Berufsgruppen; durch Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, die in Zukunft vor allem Frauen und nicht ausreichend Qualifizierten mit unterbrochenen Erwerbskarrieren droht; durch einen Abbau von Steuerbegünstigungen und von Prämien für private Pensionsvorsorge.

**Pensions-
system**

Der Sozialstaat muss besser nach unten abgesichert werden, auch um die sozialen Folgen der Krise abzufedern. Die Verbesserung der → bedarfsorientierten Mindestsicherung und eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, etwa indem die Anrechnung der Partnereinkommen bei der Notstandshilfe abgeschafft oder die effektive Ersatzrate der Arbeitslosengelder erhöht wird, wären wichtige Ansatzpunkte.

Die wichtigste sozialpolitische Maßnahme besteht aber im Ausbau sozialer Dienstleistungen.⁷ Eine Verbesserung der Verfügbarkeit und der Qualität sozialer Dienstleistungen kommt vor allem den unteren und mittleren sozialen Schichten zugute, die diese Leistungen privat finanziert nicht in Anspruch nehmen könnten.⁸ Gleichzeitig eröffnet er ein großes Beschäftigungspotenzial. Einerseits durch die direkt entstehenden Jobs in den Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Würde Österreich das Betreuungsangebot

**Ausbau
sozialer
Dienst-
leistungen**

AUSBAU SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN

Beim Ausbau sozialer Dienstleistungen besteht der größte Bedarf in drei Bereichen:

- ▶ **Erstens** im flächendeckenden Ausbau von Kindergärten. Österreich erreicht die EU-Ziele in der Betreuung der 3- bis 5-Jährigen (Betreuungsquote 90 %) annähernd, doch besteht erheblicher Bedarf in der Verbesserung der Qualität (Öffnungszeiten am Nachmittag, Gruppengröße). Großer Nachholbedarf besteht bei der Zahl der Krippenplätze für die 2- bis 3-Jährigen, es fehlen 50.000 Plätze, um die EU-Ziele (Betreuungsquote 33 %), und 100.000 Plätze, um den Versorgungsgrad Dänemarks und Schwedens zu erreichen.¹ Der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze ist eine Investition in die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten unserer Kinder mit sehr hohen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträgen.²
- ▶ **Zweitens** in der Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung. Im Vergleich mit den skandinavischen Ländern fehlen für die Altersgruppe der 6- bis 14-Jährigen etwa 500.000 Plätze.
- ▶ **Drittens** im Aufbau eines solidarischen Pflegesystems. Die Pflegekosten nehmen rasch zu, der steigende Bedarf kann angesichts der hohen Kosten eines Platzes in einem Pflegeheim nicht über private Marktlösungen befriedigt werden, will man nicht große soziale Unterschiede zwischen Reich und Arm im Alter akzeptieren. Besonders rasch sollte der Ausbau von kostengünstiger Betreuung zu Hause erfolgen, auch bei der Bereitstellung von Plätzen in Pflegeheimen besteht hoher Nachholbedarf. Österreich gibt derzeit etwa 1,25 % seines BIP für Pflegevorsorge aus, Dänemark mit einer umfassenden und flächendeckenden Pflegeversorgung 3 %.³

1 Marterbauer, Markus: Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien 2007
2 Esping-Andersen, Gosta: The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles. Cambridge 2009.
3 Mühlberger, Ulrike/Guger, Alois/Knittler, Käthe/Schratzenstaller, Margit: Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge. WIFO-Studie 2008; Esping-Andersen, Incomplete.

Markus Marterbauer

Dänemarks oder Schwedens erreichen, so entstünden mindestens 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.⁹ Andererseits würde durch die Entlastung von unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit im Haushalt vor allem für Frauen die Möglichkeit geschaffen werden, eine bezahlte und sozial abgesicherte Erwerbstätigkeit aufzunehmen, dadurch erhöhen sich Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften.

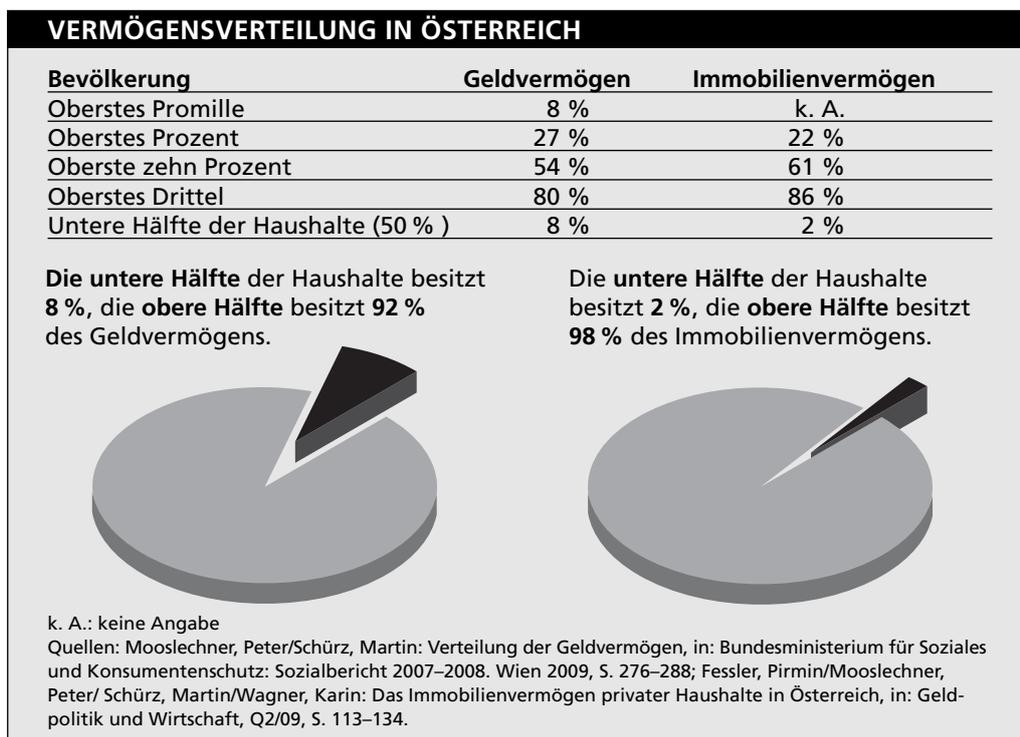
Finanzierungsmodelle für den Ausbau

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen kann zum Teil durch Einsparungen bei sozialen Geldleistungen oder steuerlichen Förderungen (Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, Karenzgeld, Familienbeihilfen, Pflegegeld u.a.) sowie durch eine Gesundheitsreform finanziert werden, die Finanzmittel von den Akutbetten in Spitälern zugunsten von ambulanter ärztlicher Versorgung und von Pflegeheimen umwidmet. Die Verbesserung der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen würde allerdings auch eine Finanzierung über höhere Steuern, vor allem im Bereich der Einkommen- und Vermögenssteuern, rechtfertigen.¹⁰ In den skandinavischen Ländern mit ihren viel höheren Standards der kommunalen sozialen Dienstleistungen ist auch die durchschnittliche Steuerbelastung deutlich höher.

Ansatzpunkte für Verteilungspolitik

Verteilung des Vermögens entscheidend

Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft den Trend zu wachsender Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Die entscheidende Determinante für die Verteilung des Wohlstandes ist heute die Verteilung des Vermögens. In Österreich beträgt das Finanz- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte mehr als 1.000 Mrd. Euro. Das Immo-



Vermögen ist in Österreich ungleich verteilt: An Geldvermögen, also Bargeld, Geldanlagen bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen sowie Aktien und anderen Wertpapieren, besitzt das oberste Tausendstel (Promille) aller Haushalte, das sind 3.500, etwa gleich viel wie die untere Hälfte, also 50 Prozent, aller Haushalte, das sind 1,75 Millionen. Die Immobilienvermögen (Wohnimmobilien inklusive Grundstückswert) sind fast doppelt so hoch wie die Geldvermögen.

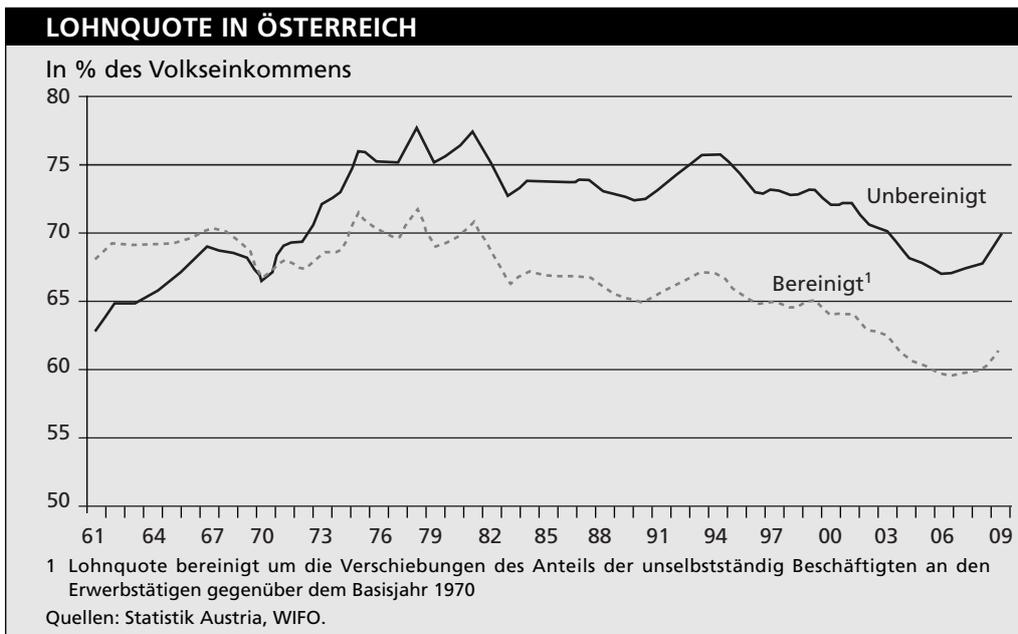
lievermögen ist bislang nur durch die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer mit einem Steueraufkommen von zusammen 1,1 Mrd. Euro und damit einem effektiven Steuersatz von 0,1 % belastet.¹¹ Informationen über die Verteilung des Vermögens liegen auf Basis der Haushaltsbefragungen der Oesterreichischen Nationalbank vor:¹² Das oberste Promille der Haushalte (3.500 Haushalte) besitzt etwa gleich viel wie die untere Hälfte (1,75 Millionen Haushalte) an Geldvermögen, die obersten 10 % der Haushalte etwa 60 % des Gesamtvermögens.

Dem Problem zunehmender Vermögenskonzentration kann man primär durch eine Besteuerung des Vermögensbestandes begegnen, etwa durch eine Abgabe auf Wertpapierdepots, die Anhebung der Grundsteuer und die Wiedereinführung einer Erbschaftsteuer. Diese Maßnahmen wären auf Basis des Verursacherprinzips (die Konzentration des Vermögens bildet eine wichtige Krisenursache) und des Leistungsfähigkeitsprinzips (ökonomisch besser gestellte Haushalte können einen größeren Teil der Lasten tragen) auch im Zuge der Budgetkonsolidierung gerechtfertigt.

Vermögen stärker besteuern

Die hohe Konzentration der Vermögen beeinflusst auch die Verteilung der Einkommen: Der starke Anstieg der Vermögenseinkommen hat in den letzten Jahren wesentlich zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen beigetragen.¹³

Rückgang des Lohnanteils



Die Grafik zeigt, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen (= →Lohnquote) seit Mitte der 1990er-Jahre zurückgegangen ist, erst in der →Rezession 2008/09 kam es zu einem Anstieg. Gleichzeitig ist der Anteil des Vermögenseinkommens – aus Geld- und Immobilienvermögen, das in den Händen einer Minderheit der ÖsterreicherInnen liegt – gestiegen. Dieser Trend zunehmender Ungleichheit hat Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, etwa durch eine Dämpfung der Konsumnachfrage und der Einnahmen an Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Zwei Ansatzpunkte bieten sich für eine Erhöhung der →Lohnquote an: Erstens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; weniger Arbeitslose verbessern die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und erhöhen den Lohnanteil am Volkseinkommen. Zweitens eine Besteuerung von Vermögenseinkommen (Wertzuwachssteuer auf realisiertes Finanz- und Immobilienvermögen, Kapitalertragsbesteuerung u.a.) bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit; das erhöht die →Nettolohnquote.

Erhöhung der Lohnquote

- Gerechte Einkommensverteilung** Auch innerhalb der Gruppe der unselbstständig Erwerbstätigen nimmt die Ungleichheit zu:¹⁴ Gut verdienende und ausgebildete männliche Angestellte erhöhen ihren Anteil am gesamten Lohneinkommen, Frauen in Dienstleistungsberufen und Jugendliche verlieren. Neben der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt wäre vor allem eine gleichere Verteilung der unbezahlten Betreuungs- und Hausarbeit ein probates Mittel, um die bezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen besser zu verteilen und damit die Chancen der Frauen auf ein höheres Erwerbseinkommen zu verbessern.
- Sozialstaat kann ausgleichen** Dem Trend zu zunehmender Ungleichheit wirkt nur der Sozialstaat entgegen.¹⁵ Er verteilt Einkommen von den derzeit Beschäftigten zu den PensionistInnen, von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen, von den Gesunden zu den Kranken, von den Haushalten ohne Kinder zu jenen mit Kindern.

UMVERTEILUNG DURCH DEN SOZIALSTAAT IN ÖSTERREICH			
Nicht-Selbstständigen-Haushalte, 2005, in % des Bruttoäquivalenzmarkteinkommens			
	1. Einkommens-drittel	2. Einkommens-drittel	3. Einkommens-drittel
Reale Transfers			
Gesundheit und Pflege	39,7	16,8	8,1
Bildung	16,6	7,3	2,3
Monetäre Transfers			
Familienleistungen	12,1	4,3	1,2
Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe	12,6	0,6	0,1

Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009, S. 859-877.

Die Tabelle zeigt die Verteilung staatlicher Leistungen auf die privaten Haushalte (Unselbstständigen- und Pensionistenhaushalte). Der Wert der in Anspruch genommenen Gesundheits- und Pflegeleistungen macht im unteren Einkommensdrittel der Haushalte 39,7 % des Haushaltseinkommens (brutto, nach Zahl der Familienmitglieder gewichtet, Markteinkommen ohne Sozialtransfers) aus, im oberen Drittel beträgt der Anteil (vor allem wegen des höheren Haushaltseinkommens) nur 8,1 %. Ähnlich verteilen sich auch andere Sachleistungen (Bildung) oder Geldleistungen (monetäre Transfers).

UMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT IN ÖSTERREICH			
Unselbstständigen-Haushalte, 2005, in % des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens			
	1. Einkommens-drittel	2. Einkommens-drittel	3. Einkommens-drittel
Lohnsteuer	5,0	9,0	16,5
SV-Beiträge	14,8	15,7	13,9
Indirekte Steuern	14,8	12,0	8,9

Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009, S. 859-877.

Die Tabelle zeigt den Anteil von staatlichen Abgaben am Einkommen der Haushalte der unselbstständig Erwerbstätigen (brutto, nach Zahl der Familienmitglieder gewichtet, Gesamteinkommen inklusive Transfers): Die progressive Lohnsteuer beträgt im oberen Drittel der Haushalte 16,5 % des Einkommens, im unteren Drittel nur 5 %. Die Sozialversicherungsbeiträge sind fast proportional zum Einkommen, die Höchstbeitragsgrundlage bewirkt allerdings, dass die obersten Einkommensgruppen in Relation zu ihrem Einkommen weniger Beiträge zahlen. Die Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer u.a.) betragen gemessen am Einkommen im unteren Drittel 14,8 %, im oberen nur 8,9 %. Insgesamt verteilt das Abgabensystem nicht zwischen den Haushalten unterschiedlicher sozialer Schichten um.

Dadurch profitieren alle EinwohnerInnen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihres Lebens vom Sozialstaat. Als Folge der beschriebenen horizontalen Verteilungswirkungen entstehen auch vertikale Verteilungseffekte von oben nach unten: Die Gesundheits- und Bildungsleistungen, die Familienbeihilfen und Arbeitslosengelder machen gemessen am Einkommen in den unteren Einkommensgruppen viel mehr aus als in den oberen. Hingegen verteilt das Abgabensystem trotz einer →progressiven Einkommensteuer aufgrund der hohen Bedeutung der proportionalen Sozialversicherungsbeiträge und der →regressiven Verbrauchssteuern zwischen den sozialen Schichten nicht um.

Das Streben nach einer gleicheren Verteilung wird oft als normatives Werturteil abgetan. Doch die Untersuchung von Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigt einmal mehr, dass Gesellschaften, in denen die Einkommen (und Vermögen) gleichmäßiger verteilt sind, bei allen Sozial- und Gesundheitsindikatoren (von der Zahl von Morden und Selbstmorden über jene von Herzinfarkten und psychischen Erkrankungen bis zu den schulischen Leistungen von Kindern, der sozialen Mobilität und dem Grad des Vertrauens in einer Gesellschaft) besser abschneiden als ungleiche Gesellschaften.¹⁶ Eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes nutzt schlussendlich nicht nur den Armen, sondern auch den Reichen.

**Gerechte
Verteilung
für alle
besser**

Markus Marterbauer, Mag. Dr.

Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Mitglied des Staatsschuldenausschusses, Experte im Budgetausschuss des Nationalrates, Universitätslektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Universität Wien.

- 1 European Commission, European Economic Forecast – Spring 2010, European Economy 2/2010, abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 2 Eurostat, Pressemitteilung 97/2010, abrufbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-02072010-AP/DE/3-02072010-AP-DE.PDF (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 3 European Commission, European Economic Forecast – Spring 2010, European Economy 2/2010, abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 4 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung. Ein Update. WIFO Working Paper 2007; OECD: Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris 2008, abrufbar unter <http://www.oecd.org/els/social/inequality> (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 5 Marterbauer, Markus: Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien 2007.
- 6 Baumgartner, Josef/Huber, Peter/Marterbauer, Markus/Seiler, Friederike/Walterskirchen, Ewald/Zwiener, Rudolf: Beschäftigungswirkungen und ökonomische Effekte von Arbeitszeitverkürzungen. WIFO-Studie 2001.
- 7 Marterbauer, Wohlstand?; Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike: Sozialpolitik als Produktivkraft. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 8 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 9 Eigene Berechnungen des Autors.
- 10 Guger, Alois/Knittler, Käthe/Marterbauer, Markus/Schratzenstaller, Margit/Walterskirchen, Ewald: Analyse alternativer Finanzierungsformen der sozialen Sicherungssysteme. WIFO-Studie 2008; Mühlberger, Ulrike/Guger, Alois/Knittler, Käthe/Schratzenstaller, Margit: Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge. WIFO-Studie 2008.
- 11 Rossmann, Bruno: Vermögen und Vermögensbesteuerung in Österreich – Bestandsaufnahme und Reform der Bewertung von Grundvermögen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 32. Jahrgang/Heft 4, 2006, S. 283–312.
- 12 Vgl. Mooslechner, Peter/Schürz, Martin: Verteilung der Geldvermögen, in: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, *Sozialbericht 2007–2008*. Wien 2009, S. 276–288; Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin/Wagner, Karin: Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q2/09, S. 113–134; Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin: Immobilienerbschaften in Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q2/10, S. 34–55; Andreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Schürz, Martin: Unternehmensbeteiligungen der privaten Haushalte in Österreich – Evidenz auf Basis von Mikrodaten, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q4/09, S. 66–84.
- 13 Leoni, Thomas/Marterbauer, Markus/Mayrhuber, Christine: Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: *Sozialbericht*. Wien 2010, im Erscheinen.
- 14 Ebd.
- 15 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 16 Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin 2009.

Katharina Mader

Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik

**Verteilungs-,
Steuerungs-
und Kontroll-
instrumente**

Die grundlegende Idee von Gender Budgeting ist die Verankerung von Gleichstellungspolitik „als zentraler Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“¹. Das Budget ist Ausdruck bestimmter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, die verfolgt werden sollen. Es ist ein Ordnungsmittel, das der Realisierung einer bestimmten Wirtschaftspolitik dient. Budgets erweisen sich damit als zentrale wirtschaftspolitische Instrumente der Verteilung, Steuerung und Kontrolle. Durch die Handhabung von Budgets, also durch die Festlegung von Höhe und Art, können →Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsziele erfüllt sowie gesellschaftliche Macht- und Eigentumsverhältnisse verändert oder verfestigt werden.

**In Österreich
seit 2009**

Bis heute haben sich Schätzungen zufolge seit der ersten Gender-Budgeting-Initiative in Australien im Jahr 1984 weit über 60 Initiativen in allen Teilen der Welt entwickelt. In Österreich wurde Gender Budgeting mit dem 1. Jänner 2009 in der Bundesverfassung verankert: Artikel 13 (3) B-VG besagt, dass Bund, Länder und Gemeinden „bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“ haben.

Was ist Gender Budgeting?

**Budgets aus
Geschlechter-
perspektive**

Gender Budgeting² bedeutet die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei der Gestaltung öffentlicher Budgets. Das heißt, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in budgetpolitische Entscheidungen integriert werden müssen. Grundlegendes Ziel ist es, öffentliche Gelder im Sinne einer Förderung von Gleichstellung einzusetzen. Hierbei geht es nicht um die Erstellung separater Budgets für Frauen, sondern um die Erweiterung traditioneller Budgetgestaltung um die Geschlechterperspektive.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass öffentliche Ausgaben und Einnahmen einen großen Einfluss auf das Leben von Frauen und Männern und deren Verhältnis zueinander ausüben. Formal gesehen sind Budgets zwar nur Gegenüberstellungen von Einnahmen und Ausgaben. Die Ausgestaltung und Wirkung dieser Einnahmen und Ausgaben ist jedoch nicht (Geschlechts-)neutral.

**Resultat
politischer
Ent-
scheidungen**

Das Budget ist Resultat politischer Entscheidungen darüber, wie bzw. von wem Einnahmen erhoben und für welche Zwecke, also für wen, Ausgaben getätigt werden. Budgets spiegeln daher die gesellschaftlichen Prioritäten eines Staates ebenso wie Geschlechterverhältnisse wider und wirken infolge der unterschiedlichen Positionen von Frauen und Männern als Arbeitskräfte, im Haushalt, in der Familie und in der Gesellschaft unterschiedlich auf Frauen und Männer.

WAS BEDEUTET GENDER?

ARBEITSWISSEN

Gender wird als das soziale Geschlecht im Unterscheid zum biologischen Geschlecht („Sex“) verstanden. Das soziale Geschlecht ist dabei ein kulturelles, historisches, gesellschaftliches und ideologisches Konstrukt und ein durch geschlechtsspezifische Zuweisungen erworbener Status. Dabei gibt es kein allgemein gültiges Verständnis von Gender, der Begriff zeichnet sich vielmehr durch seine Interpretationsvielfalt aus. Dementsprechend finden sich auch unterschiedliche Übersetzungsvariationen wie zum Beispiel „Geschlechterverhältnis“, „symbolisches Geschlecht“ oder „Geschlechtsidentität“. Einig sind sich die TheoretikerInnen jedoch, dass Gender kein Substitut für „Frauen“ ist. Vielmehr werden mit Gender Erwartungen, Eigenschaften, Rollenbilder, Handlungsmuster beschrieben, die Frauen und Männern aufgrund von gesellschaftlichen Prozessen zugeschrieben werden.

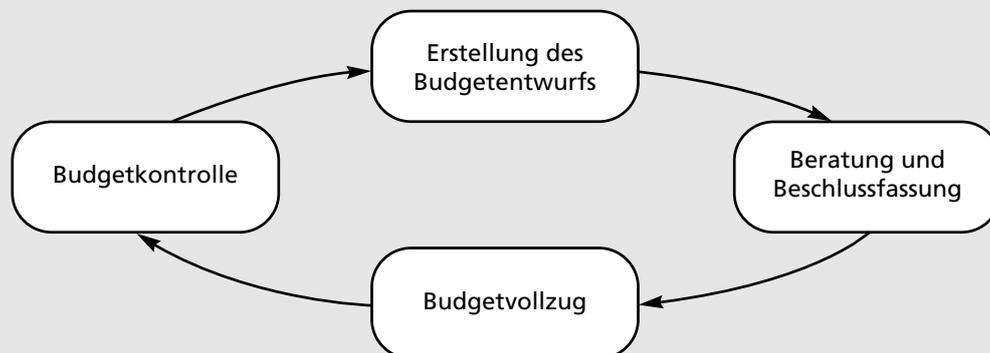
Quellen: Frey, Regina: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Königstein/Taunus 2003, S. 26ff.; Benería, Lourdes: Gender, Development and Globalization. Economics as if All People Mattered. London–New York 2003, S. 40; Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 17.

Gender Budgeting zielt darauf ab, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Budgets zu eruieren um eine geschlechtergerechte Budgetpolitik, also eine Revision öffentlicher Budgets hin zu einer Orientierung an Geschlechtergleichstellung, zu erwirken. Dafür beinhaltet Gender Budgeting eine geschlechtsspezifische Analyse, Bewertung und letztlich Revision von Budgets und soll alle Stufen des Budgetprozesses umfassen.

Ziel geschlechtergerechte Budgetpolitik

DER BUDGETPROZESS

ARBEITSWISSEN



- ▶ Die Erstellung des Budgetentwurfs erfolgt durch den/die FinanzministerIn, ihr vorgelagert sind Vorgaben und Regelungen auf EU-Ebene und die nationale politische Klärung strategischer Zielsetzungen ebenso wie strategische Planungsphasen, in die alle föderalen Ebenen (in Österreich also Bund, Länder und Gemeinden) eingebunden werden.
- ▶ Der erstellte Entwurf des Voranschlags wird zur Behandlung, Beratung und Verabschiedung im Parlament eingebracht, womit das Budget zu einem öffentlichen Dokument wird.
- ▶ Das vom Parlament (Legislative) beschlossene Budget kann nun von der Regierung bzw. Verwaltung beim Vollzug ihrer Aufgaben eingesetzt werden. Die Verwaltung hat die Aufgabe, das im Budget zum Ausdruck kommende Regierungsprogramm durchzuführen.
- ▶ Das Budgetergebnis eines Finanzjahres wird zunächst als vorläufiger Gebarungserfolg der Öffentlichkeit präsentiert und anschließend einer umfangreichen Budgetkontrolle unterzogen. Diese Kontrolle erfolgt auf drei Ebenen: Budgetbegleitend wird eine verwaltungsinterne Kontrolle schon während des Vollzugs im Finanzministerium durchgeführt. Die fachliche Kontrolle nimmt der Rechnungshof vor. Abschließend erfolgt die politische Kontrolle durch das Parlament, der Budgetkreislauf schließt mit der Entlastung der Regierung durch das Parlament.

Quelle: Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 144ff.

Auswirkungen Die Schlüsselfrage von Gender Budgeting ist: Welche Auswirkung haben budgetpolitische Größen und Maßnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter? Reduzieren sie Geschlechterungleichheiten, vergrößern sie sie oder lassen sie sie unverändert?³

Was will Gender Budgeting erreichen?

3 Hauptzielsetzungen Gender-Budgeting-Initiativen zielen darauf ab,
1. Aufmerksamkeit auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Effekte von Budgets zu lenken, Bewusstsein für die geschlechtsspezifischen Wirkungsweisen öffentlicher Ausgaben und Einnahmen zu schaffen und die Kategorie Gender in den Mainstream aller Politiken zu bringen,
2. Regierungen rechenschaftspflichtig gegenüber ihren Gleichstellungsversprechungen zu machen,
3. durch Änderungen von Budgets und Politiken geschlechtsspezifische sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren und Gleichstellung zu fördern.
Letztlich soll Gleichstellungspolitik als zentraler Bestandteil verankert und die zumeist als sozialpolitisches Randthema angesehene Frauenpolitik ins Zentrum gerückt werden.⁴

Transparente partizipative Budgeterstellung Gender-Budgeting-Initiativen machen sich dementsprechend folgende Veränderungen zum Ziel: Zunächst geht es in einer geschlechtsspezifischen Analyse darum, die Prioritäten von Budgets sichtbar zu machen. Im Zuge dessen soll der Prozess der Budgeterstellung transparent und partizipativ gestaltet werden. Dies benötigt eine Sensibilisierung für die geschlechtlichen Auswirkungen von budget- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Regierung, in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit. Eine weitere Veränderung ist die Forderung weg von der sogenannten Expertokratie hin zu mehr Demokratie im Budgetprozess.

Inhaltliche Gestaltung Für Gender Budgeting sind daher folgende zwei Aspekte wesentlich: zum einen die inhaltliche Gestaltung von Budgets beziehungsweise die inhaltlichen Forderungen an die Budgetpolitik mit dem Ziel Gleichstellung von Frauen und Männern. Und zum anderen auf Ebene des Budgetprozesses die Erreichung eines transparenten sowie partizipativen Prozesses der Budgeterstellung, also dass Möglichkeiten geschaffen werden, auf Budgetprioritäten Einfluss zu nehmen.⁵

Budgets betreffen Menschen individuell Der Schwerpunkt liegt darauf, hinsichtlich der strukturellen Zusammensetzung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben die Prioritätensetzung zu verändern. Gender Budgeting will die implizite Annahme durchbrechen, dass öffentliche Haushalte alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Art und Weise betreffen und daher die Bedürfnisse oder den Bedarf einer Durchschnittsperson befriedigen.⁶

Es geht nicht darum, dass die gleichen Summen an Geld für Frauen und für Männer ausgegeben werden, sondern darum, die Ausgaben anhand der Bedürfnisse von Frauen und Männern zu bemessen, und darum, dass Regierungen ihre Geschlechtergleichstellungspolitiken an die notwendigen finanziellen Mittel für deren Implementierung koppeln.⁷

Ziel mehr Geschlechtergerechtigkeit Für eine Gender-Budgeting-Initiative sind folgende Eckpunkte charakteristisch: Die Grundlage bildet eine möglichst umfassende Analyse des Budgets mit Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Politikbereichen, daher sollte eine partielle Analyse eines kleinen Bereichs noch nicht als Gender Budgeting bezeichnet werden. Zentraler Bestandteil des Gender Budgetings ist, dass die Analyse zu Veränderungen der Politiken hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen muss. Die Ergebnisse einer Budgetanalyse zeigen hierbei tiefer liegende Ungleichheiten bei der Verteilung und dem Zugang zu Ressourcen auf.

Diese müssen schrittweise aufgedeckt werden. Die Regierung soll zudem regelmäßig Rechenschaft über die Veränderungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit ablegen, da die Nachvollziehbarkeit von politischen Veränderungen im Zusammenhang mit demokratischer Verantwortlichkeit von großer Bedeutung ist.⁸

WARUM BEIM BUDGET ANSETZEN?

ARBEITSWISSEN

Die Wirtschaftspolitik und als ihr Teilbereich das Budget sind Kernelemente staatlichen Handelns. Traditionell werden diese als dem Staat vorbehaltene Aktivitäten verstanden und deshalb von weitgehenden Einflussnahme- und Mitwirkungsmöglichkeiten durch Bürgerinnen und Bürger abgeschirmt. Dies basiert auf zwei Annahmen: Zum einen wird Wirtschaftspolitik als ein neutrales Instrument ohne jegliche soziale und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen dargestellt und zum anderen wird sie zumeist als diffizile technische Angelegenheit wahrgenommen, die besser den „ExpertInnen“ überlassen werden soll. Gerade die Unterstreichung des Technischen birgt aber eine Tarnung der sozialen Inhalte von Budgets und lässt sie kontextlos erscheinen. Dabei stellt das Budget die finanzielle Grundlage dar, auf der sich das Regierungshandeln aufbaut, und ist das finanzielle Abbild des jeweiligen politischen Programms.

Alle Aktivitäten des Staates, die mit Geldflüssen verbunden sind, finden ihren Ausdruck im Budget. Dementsprechend erfüllt das Budget eine gesellschaftspolitische Lenkungs- und Verteilungsfunktion, Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Neben der bestehenden und auszubauenen Frauenpolitik bedarf es daher zur Veränderung der weitgehend strukturell verankerten Geschlechterverhältnisse einer Analyse und Umverteilung der Ressourcen- und Machtverteilung in allen politischen Bereichen. Denn auch Politikbereiche wie Wirtschafts-, Verkehrspolitik oder Innere Sicherheit haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Ungleichheit der Geschlechter.

Quellen: Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 36; BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien 2002, S. 12; Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien 2004, S. 7.

Gender Budgeting in Österreich

Schon im Jahr 1928 hat die österreichische Abgeordnete Gabriele Proft im Nationalrat darauf aufmerksam gemacht, wie viele der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten von Frauen erledigt werden und wie wenig ihnen dafür aus den Budgetmitteln zugute kommt. Damals verhallte Profts Appell weitgehend ungehört, die unterschiedliche Wirkung von vermeintlich geschlechtsneutralen Budgets auf die Geschlechter blieb bis vor Kurzem unbeachtet.

Erst Ende der 1990er-Jahre gab es auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine erste eingehende Beschäftigung mit dem Thema. Im Umfeld des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) wurde im Jahr 2000 ein Arbeitskreis zum Thema Budget und Frauen initiiert. Ziel dieses Arbeitskreises war es, „Gender Budgeting in Österreich bekannt zu machen, das Thema in die österreichische politische Debatte einzubringen und die Regierung an ihre Verpflichtungen in diesem Zusammenhang zu erinnern“⁹. Die aus diesem Arbeitskreis hervorgegangenen Publikationen sowie dessen Lobbying-Arbeit für Gender Budgeting haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass zunehmend öffentliche Aktivitäten wahrnehmbar sind. So haben sich auch österreichische Regierungen auf Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene des Themas angenommen:

**Erste Ansätze
1928**

**2000:
Arbeitskreis
zum Thema**

2004: Empfehlung des Ministerrats Auf Bundesebene wurde in einem →Ministerratsvortrag vom 9. März 2004 Gender Budgeting zur Analyse von budgetären Maßnahmen hinsichtlich deren Auswirkungen auf Frauen und Männer empfohlen. Infolgedessen entwickelten sich einige Aktivitäten, vor allem Pilotstudien und -projekte in den einzelnen Ministerien. Ab 2005 sollten Gender-Wirkungen zumindest für ein Beispiel pro Ressort analysiert werden. Dafür wurde seit dem Voranschlag 2005 ein eigener Abschnitt „Genderaspekte des Budgets“ in den Erläuterungen des Arbeitsbehelfs zum Bundesfinanzgesetz vorgesehen.

Seit 2009 Pilotprojekte verpflichtend Mit der 2007 beschlossenen Verfassungsnovelle ist seit 1. Jänner 2009 jedes Bundesministerium aufgefordert, zumindest ein Gender-Budgeting-Pilotprojekt durchzuführen. Im Kapitel „Genderaspekte des Budgets“ ist nun der jeweilige Beitrag des Ressorts zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern auszuweisen. Verdeutlicht werden soll, wie sich Veränderungen im Budget im Vergleich zum Vorjahr auf die Gleichstellung auswirken.

Ab 2013 Wirkungsorientierung Zudem tritt ab 1. Jänner 2013 der Grundsatz der Wirkungsorientierung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, als einer der neuen Grundsätze der Haushaltsführung des Bundes (Art. 51 Abs. 8 B-VG) in Kraft. Mit Einführung der sogenannten wirkungsorientierten Haushaltsführung wird jedes Ressort verpflichtet, im Budget maximal fünf angestrebte Wirkungsziele je Untergliederung zu formulieren. Eines der Wirkungsziele soll dabei aus Gleichstellungszielen abgeleitet werden.¹⁰

Initiativen in Oberösterreich und in Wien Auch auf Länderebene finden sich Ansätze und Pilotprojekte zu Gender Budgeting. Exemplarisch seien hier die Initiative in Oberösterreich und diejenige in Wien genannt. Im Zuge des Projekts „Gender-Budget-Analyse in Oberösterreich“ wurden die Ausgaben der Bereiche Bildung, Gesundheit und Sport des Landesbudgets aus einer Geschlechterperspektive überprüft. Die Pilotstudie umfasste die Erarbeitung eines Katalogs geschlechtsspezifischer Analyse Kriterien, die Klärung der Datengrundlagen und -beschaffung, außerdem eine Analyse des Ist-Zustandes sowie die Ausarbeitung eines Maßnahmenbündels zur Beseitigung beziehungsweise Verringerung bestehender geschlechtsspezifischer Disparitäten.¹¹ In Wien gibt es seit einer Landesregierungsklausur im Jänner 2005 den Beschluss zur Einführung von Gender Budgeting. Im Zuge dessen wurde in der Finanzverwaltung eine Gender-Budgeting-Beauftragte eingesetzt, die gemeinsam mit den BudgetkoordinatorInnen der einzelnen Geschäftsgruppen seit dem Voranschlag 2006 regelmäßig das Wiener Landesbudget um Gender Budgeting ergänzt.¹² Außerdem gibt es auch auf Gemeinde- und Bezirksebene eine Anzahl von Gender-Budgeting-Initiativen mit unterschiedlichen Absichtserklärungen, Konkretisierungsstufen, Vorgehensweisen und Arbeitsfortschritten. Beispiele hierfür wären Tulln¹³ oder Klosterneuburg¹⁴.

Ausblick

Derzeit nur ein Schlagwort? Obgleich Gender Budgeting in Österreich im Bundeshaushaltsrecht und in der Finanzverfassung verankert ist und es nicht zuletzt deshalb seit 2009 „Pflicht“ ist, Geschlechterunterschiede bei der Analyse von Wirkungen staatlicher Maßnahmen zu berücksichtigen, ist Gender Budgeting „derzeit nicht mehr als ein Schlagwort“¹⁵, urteilt WIDE, das Netzwerk „Women in Development Europe“, ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer NGOs in Österreich. Gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise scheint eine geeignete Entschuldigung zu sein, um Gleichstellung der Geschlechter hintanzustellen: Gleichstellungsforderungen, wie zum Beispiel nach Gender Budgeting, werden mit dem Verweis auf die Wirtschaftskrise und ihre Kosten abgewehrt. Gleichzeitig werden aber auch die Geschlechtereffekte der Krise ebenso wie die der Konjunkturprogramme und der angekündigten Konsolidierungs- und Sparpolitik weitgehend negiert und verschwiegen.

Gerade jetzt wären aber hinsichtlich der bevorstehenden Budgetkonsolidierung umfassende Gender-Budgeting-Initiativen nötig: Denn es besteht die Gefahr sogenannter „Zweitrundeneffekte“ der Wirtschaftskrise: Kürzungen von öffentlichen Ausgaben und von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sowie Anstrengungen, den öffentlichen Sektor zu verkleinern – wenn es ums Zurückzahlen von Staatsschulden geht –, werden vor allem Frauen treffen. Insbesondere dann, wenn diese die zunehmend fehlenden sozialen Transfers, Güter und Dienstleistungen durch unbezahlte Arbeit kompensieren müssen. Um bisherige Gleichstellungsbestrebungen im Zuge der Wirtschaftskrise nicht zu konterkarieren, darf Gender Budgeting nicht zu einer inhaltsleeren Strategie werden, sondern muss – eingebettet in eine gleichstellungspolitische Gesamtstrategie – von allen föderalen Ebenen ernst genommen werden.

Gerade in der Krise sind Initiativen wichtig

Katharina Mader, Mag. Dr.

Ökonomin. Projektmitarbeiterin und Lektorin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Lektorin am Institut für Frauen- und Geschlechterforschung der Johannes-Kepler-Universität Linz. Forschungsschwerpunkte: Feministische und Politische Ökonomie, Gender Budgeting, Care-Ökonomie, Ökonomie des öffentlichen Sektors, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

- 1 BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien 2002, S. 14.
- 2 International finden sich als Resultat der vielfältigen Wurzeln und Entstehungszusammenhänge oftmals auch die Begriffe „Women’s Budgets“, „Gender-Responsive Budgeting“, „Gender-Sensitive Budgeting“ oder im deutschen Sprachgebrauch auch „Geschlechtergerechte Budgetgestaltung“.
- 3 Vgl. Elson, Diane: Gender Budget Initiative. Background Paper. London 1999, S. 17.
- 4 Vgl. Sharp, Rhonda/Broomhill, Ray: Budgeting for Equality: The Australian Experience, in: Feminist Economics 8/1, 2002, S. 25–47, hier S. 32.
- 5 Vgl. Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt/M.–Wien 2009, S. 19.
- 6 Vgl. Schratzenstaller, Margit/Mayrhuber, Christine/Neumayer, Michaela/Buchinger, Birgit/Gschwandtner, Ulrike: Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Solution im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung. 2006, S. 2.
- 7 Vgl. Bellamy, Kate: Gender Budgeting. A Background paper for the Council of Europe’s Informal Network of Experts on Gender Budgeting, 2002, S. 4, abrufbar unter <http://www.wbg.org.uk/pdf/Gender%20BudgetsCouncil%20of%20Europe%20Bellamy%20oo3.pdf> (letzter Zugriff 15.7.2010); Elson, Diane: Gender equality, public finance and globalization. Paper for Conference on Egalitarian Development in the Era of Globalization in Honor of Professor Keith Griffin, University of Massachusetts Amherst 2004, S. 2.
- 8 Vgl. BEIGEWUM, Frauen, S. 18f.
- 9 Klatzer, Elisabeth: Geschlechtergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich. Überblick und Ausblick, in: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hrsg.): Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Güter und Leistungen. Wien 2004, S. 13–34, S. 13.
- 10 Vgl. hierzu die Unterlagen der Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming/Budgeting (IMAG GMB) abrufbar unter <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0521> (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 11 Mehr dazu in Schratzenstaller/Mayrhuber/Neumayer/Buchinger/Gschwandtner, Gender-Budget-Analyse, S. 38ff.
- 12 Vgl. dazu <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/> (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 13 Vgl. hierzu <http://www.waldviertel-management.at/data/media/2121.pdf> und http://www.ooe.gbw.at/uploads/media/genderbudget_web.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 14 Weitere Informationen finden sich unter http://www.institut-sofia.at/downloads/Doku_GenderBudgeting_KIBg.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).
- 15 WIDE Netzwerk Women in Development Europe: Kassasturz. Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Perspektive, 2010, S. 17, abrufbar unter http://www.oneworld.at/wide/2010/WIDE-Positionspapier_Kassasturz-2010.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).

Weiterführende Literatur

Gubitzer, Luise/Neumayr, Michaela/Klatzer, Elisabeth: Gender Budgeting. Anleitung und Beispiele für die Umsetzung in öffentlichen Institutionen, 2008, abrufbar unter http://egbn.eu/pdf/GB_german.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).

Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela: Das geschlechtergerechte Gemeindebudget. Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting auf kommunaler Ebene, 2006, abrufbar unter http://noe.gbw.at/uploads/media/genderbudget_web_01.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010).



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Arbeitswissen: Was kann Gender Budgeting leisten?

Otmar Höll

Entwicklungspolitik im Kontext der Wirtschaftspolitik

**Entwicklungs-
politik und
Globali-
sierung an
kritischem
Punkt**

Die globale Wirtschaftskrise hat die Entwicklungspolitik und die Globalisierung an einen kritischen Punkt gebracht: Beide könnten scheitern und in eine Weltwirtschaft münden, die von Protektionismus geprägt wird und in der die ärmsten Staaten und Regionen der Welt weiter marginalisiert werden. Das Argument, dass zuerst die Krise überwunden werden müsse, bringt die Gefahr mit sich, dass die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Unterentwicklung und Hunger und zum Schutz der globalen Ökosphäre wieder einmal vernachlässigt werden könnten. Tatsächlich ist aber die globale wechselseitige Abhängigkeit in einem Maß fortgeschritten, das es auch für die wohlhabenden Staaten des Nordens in ihrem eigenen Interesse sinnvoll macht, Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik umzusetzen. Aus diesem Grund sind gerade in der globalen Krise verstärkte politische Maßnahmen erforderlich, jene Länder zu unterstützen, die bislang von der relativ lang andauernden Phase weltwirtschaftlichen Wachstums nach dem Ende des Kalten Krieges nicht profitieren konnten und nach wie vor auf der Schattenseite des Wohlstands leben. Darüber hinaus leiden sie unter den Auswirkungen einer globalen Krise, an der sie am allerwenigsten schuld sind. In diesem Beitrag soll auf einige entwicklungspolitische Bereiche eingegangen werden, die in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind.

Globale, „neue“ Interdependenzprobleme

**Enge Ver-
flechtung**

Die Stabilität unserer aufs Engste verflochtenen und daher im einem hohen Maß wechselseitig abhängigen, interdependenten Welt wird durch „neue“ globale Probleme wie die organisierte Kriminalität, die Volatilität (Kursschwankungen) internationaler Finanzmärkte, den Klimawandel und andere die Bio- und Ökosphäre bedrohende Gefahren, sogenannte „scheiternde Staaten“ (*failing* oder *fragile states*), Landesgrenzen überschreitende Pandemien oder die Verwundbarkeit der weltweiten Infrastrukturen (wie z.B. Erdöl- oder Erdgaspipelines, Stromnetze, Verkehrsnetze etc.) bedroht. Selbst US-Präsident Barack Obama hat wiederholt darauf verwiesen, dass auch große Staaten (wie die USA) heute nicht mehr in der Lage sind, derartige Probleme alleine, im nationalen Rahmen, zu bewältigen.¹ Entwicklungsländer sind – aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Schwäche oder ihrer geografischen Lage – besonders anfällig für die Auswirkungen derartiger Systemrisiken.

**Die wichtigs-
ten „globalen
Entwicklungs-
ziele“**

Vernünftiger Umgang mit knappen strategischen Gütern

Eine nachhaltig robuste Entwicklungspolitik, die zunehmend als globale Strukturpolitik verstanden wird, muss in absehbarer Zeit das Problem der knappen strategischen Güter lösen. Wasserknappheit, Desertifikation agrarischer Böden und Klimawandel – um nur einige zu nennen – sind eine zusätzliche Gefahr für die Entwicklungschancen vieler heute schon armer Länder. Um die Existenzgrundlage der Menschheit zu sichern, sollten die wichtigsten „globalen Entwicklungsziele“ formuliert werden: Schutz der zur Ernährung

WELTWEITE UNGLEICHHEIT

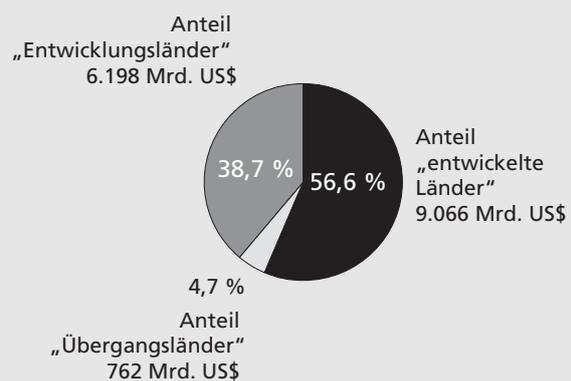
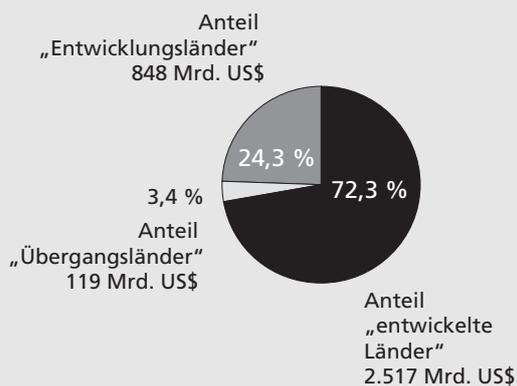
		„Reiche Länder“	„Entwicklungsländer“
Bevölkerung			
6,81 Mrd. Menschen	2008	18,1 %	81,9 %
Welt-Bruttosozialprodukt			
60.557 Bio. US\$	2008	71,5 %	28,5 %
Auslandsdirektinvestitionen			
1.82 Bio. US\$	2008	75,0 %	25,0 %

World Development Indicators Database 2010; Welthandel: Unctad: Handbook of statistics 2009; „Reiche Länder“ = „Industrieländer“ + „Übergangsländer“

Weltweit leben rund vier Fünftel der Bevölkerung in Entwicklungsländern (Länder mit niedrigem (wirtschaftlich-technischen) Entwicklungsstand und Lebensstandard). Weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in den „reichen Ländern“ (gemäß der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) Industrieländer sowie Übergangsländer). Bezüglich der wirtschaftlichen Lage gibt es ein großes Ungleichgewicht: Das →Bruttosozialprodukt der Welt wird zu 71,5 Prozent in „reichen“ Ländern erwirtschaftet. Am Weltmarkt werden drei Viertel aller Auslandsdirektinvestitionen, das sind finanzielle Beteiligungen eines Investors an Unternehmen in anderen Ländern bzw. Neugründungen, von Firmen der „reichen Länder“ getätigt.

WELTHANDEL

Warenexporte (Welt) 1990 3.483 Mrd. US\$ **Warenexporte (Welt) 2008 16.026 Mrd. US\$**



Unctad: Handbook of statistics 2009

Die Zahlen zeigen den Gesamtwert von Warenexporten, der angesichts der globalisierten Weltwirtschaft zwischen 1990 und 2008 um 12.543 Mrd. US-Dollar gestiegen ist. Der Anteil der entwickelten Länder ist 2008 um 15,7 Prozentpunkte auf etwas mehr als die Hälfte der weltweiten Warenexporte gesunken. Die Entwicklungsländer konnten ihren Anteil um 14,4 Prozentpunkte auf nunmehr 38,7 Prozent steigern.

Anteil der weltweiten Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (2009)

Westliche Industrieländer	0,31 %
Schweden	1,12 %
USA	0,20 %
Österreich	0,30 %
Deutschland	0,35 %

OECD: ODA 2009, www.bmz.de (letzter Zugriff 5.8.2010).

Quelle des Datenmaterials: http://www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik-II-2010.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010)

der Welt notwendigen Agrarflächen, Schutz des noch vorhandenen Regenwaldes, der als Kohlenstoffspeicher globale Bedeutung für das Klima hat, Begrenzung der globalen Erwärmung auf höchstens zwei Grad, Verpflichtung zu einer quantitativen Festlegung auf steigende Anteile erneuerbarer Energien bei der Energieproduktion, Setzen klarer und verbindlicher Grenzen bei der Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen.

„Neue“ Entwicklungsstrategien zur Verhinderung von Krisen

Global Governance- Initiativen

Die internationale Staatengemeinschaft – institutionell repräsentiert durch die Vereinten Nationen, aber auch durch einflussreiche, wenn auch inoffizielle Gruppierungen wie die G-8 oder die →G-20 – sollte Konzepte zur nachhaltigen besseren Regulierung dieser Risiken schaffen. Dafür nötige *Global Governance*-Initiativen sollten in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern entwickelt werden, weil sie nur dann auch erfolgreich sein können. Es kann auch hilfreich sein, die gesammelten Erfahrungen aus Europa, Asien, Afrika, Nord- und Südamerika für Lösungen für Entwicklungsländer – natürlich angepasst an die Gegebenheiten vor Ort – und für die globalisierte Welt zu verwenden.

UN-Millen- niumsziele bis 2015

Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen

Bis zum Jahr 2015 sollten die im Jahr 2000 festgesetzten Millennium Development Goals (MDGs)² zur Bekämpfung von acht spezifischen Problembereichen erreicht werden. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 18. September 2000 mit der sogenannten Millenniumsdeklaration einen acht Punkte umfassenden Katalog grundsätzlicher Zielsetzungen, in dem v.a. Armutsbekämpfung, Friedenserhaltung und Umweltschutz als wichtigste Ziele genannt werden. Gleichzeitig sollten auch Ziele wie die Achtung menschlicher Würde, Gleichberechtigung und gute Regierungsführung verwirklicht werden. Die Weltbank (IBRD) prognostiziert erhebliche Rückschläge bei der Umsetzung der Ziele. Allein zwischen 2009 und Ende 2015 schätzt sie, dass nur aufgrund der Krisenfolgen etwa 1,2 Millionen mehr Kinder sterben werden, bis 2015 droht zusätzlichen 55 Millionen Menschen die Armut, ein Großteil davon lebt im Bereich der Subsahara.³ Die industrialisierten Staaten des Nordens müssten klare Programme und Strategien entwickeln, in welchen Ländern und auch in welchen Sektoren zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Werden die Ziele im Jahr 2015 so weit verfehlt, wie es derzeit aussieht, geht die Legitimation der internationalen Entwicklungszusammenarbeit massiv verloren. Die Glaubwürdigkeit der reichen Staaten hängt auch davon ab, ob der von der Staatengemeinschaft zugesagte Stufenplan eingehalten wird, der mehr Mittel und intensivere Maßnahmen vorsieht.

Neue entwicklungs- politische Leitbilder

Noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammende entwicklungspolitische Leitbilder müssen neu definiert werden. Politische Gegenmaßnahmen zu den Nahrungsmittelkrisen sollten stark ausgeweitet werden. Eine vermutlich wachsende Weltbevölkerung, der Klimawandel und die Nachfrage nach Bioenergie sowie die Tatsache, dass sich die Ernährungsmuster und -gewohnheiten in den Schwellenländern an jene der Industriestaaten annähern werden, verlangen nach neuen landwirtschaftlichen Strategien. Die Nahrungsmittelproduktion sollte, wenn immer möglich, nahe bei den KonsumentInnen erfolgen.

Weniger CO₂- Emissionen aller Staaten

Auch die meisten Entwicklungsländer müssen wie die Industriestaaten ihre Entwicklung in Richtung geringerer CO₂-Emissionen lenken. Bis Mitte dieses Jahrhunderts dürfen die Treibhausgasemissionen pro Kopf und Jahr weltweit ein Niveau von etwa 1,5 Tonnen nicht überschreiten: In China sind es heute pro Kopf knapp 5 Tonnen, aber auch Schwellen- und Entwicklungsländer wie Indien, Thailand, Mexiko, Syrien oder Chile⁴ müssen ihre Treibhausgasemissionen rasch stabilisieren und reduzieren. Bis zum Jahr 2050 sollte die Wirtschaft dieser Länder weitgehend von fossilen Brennstoffen (Erdöl, Erdgas, Kohle) unab-

hängig sein. Eine aufholende wirtschaftliche Entwicklung, deren Basis ein fossil getriebenes Wachstum ist, muss wegen des gefährlichen weltweiten Klimawandels vermieden werden.

Um die Existenzgrundlage unserer Zivilisation zu sichern, muss in Bildung, in Innovation, in Technologie- und Wissenspartnerschaften investiert werden. Die Stärkung von und Investition in Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und damit gute Regierungsführung (*good governance*) sollten dafür sorgen, dass die erhofften Fortschritte auch letztlich bei den Menschen ankommen. „Neue“ Entwicklungspolitik muss zudem aus den Fehlern und Erfolgen der letzten Entwicklungsdekade lernen, die richtigen Konsequenzen ziehen – und das Gelernte auch umsetzen: Was hat wo und in welchen Kontexten funktioniert, was nicht?

Bildung und Wissen

Die – großteils gescheiterte – UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen vom Dezember 2009 war auch aus entwicklungspolitischer Sicht von fundamentaler Bedeutung: Nur wenn es gelingt, die Weltwirtschaft zur Nutzung von Solar- und Windenergie, Biomasse etc., d.h. zu nicht-fossilen Energieformen, hinzuführen, gibt es eine Chance, weltweit die Armut zu bekämpfen. Es liegt v.a. an den europäischen Staaten, möglichst rasch diese Verhandlungen wieder aufzunehmen und in globalen Foren zu behandeln. Gelingt dies nicht, wird die internationale Staatengemeinschaft in naher Zukunft mit mehr Umweltkatastrophen, Armut, Konflikten und Migration konfrontiert sein, weil die Zahl von Menschen, die aufgrund von Umweltkatastrophen ihre Heimat verlassen müssen, weiter steigen wird. Investitionen in klimafreundliche Zukunftstechnologien bringen zukünftig Gewinne, sichern nachhaltig Arbeitsplätze und nutzen der Ökosphäre.

Grüne Weltwirtschaft

Multilaterale Entwicklungsorganisationen

Die weiter zunehmende globale Vernetzung, aber auch die daraus resultierenden neuen Probleme (wie Klimawandel, organisierte Kriminalität, internationaler Terrorismus etc.) führen zu einer steigenden Bedeutung multilateraler institutioneller Politikansätze: Viele dieser Probleme sind nur grenzüberschreitend effektiv lösbar. Allerdings haben internationale, multilaterale Entwicklungsorganisationen (wie z.B. die UNIDO, UNCTAD, aber auch die Europäische Union, die UNO u.a.) in Österreich oft keinen guten Ruf, kurzsichtige, populistische Rufe nach bilateralen, nationalen Lösungen werden wieder lauter. Doch strategische Mitarbeit ist gefragt, um diese Organisationen wirksam reformieren zu können. Österreich kann als relativ kleiner Staat zwar alleine nur sehr wenig gestalten – im europäischen und/oder nachbarschaftlichen Zusammenspiel (Stichwort: Koalitionsbildung) ließen sich einige Reformen, etwa im EU-Rahmen, vielleicht wirksamer durchführen. Österreich sollte nach dem Auslaufen seines Mandats im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auch nicht wieder zu einer eingeschränkten, regional fokussierten außenpolitischen Agenda zurückkehren, sondern sich in einer globalisierenden Welt für deren bessere Gestaltung einsetzen. Sowohl die EU als auch die UNO bieten dafür die besten Voraussetzungen.

Multilaterale institutionelle Politik

Österreich als Partner

Zusammenspiel von Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik

„Neue“ Entwicklungspolitik wird heute allgemein als Teil des von den Vereinten Nationen entwickelten *Global Governance*-Konzepts. bzw. als „globale Strukturpolitik“ verstanden. Als solche ist sie der übergeordneten Zielsetzung der „globalen, nachhaltigen Zukunftssicherung“ verpflichtet. Diese Ziele können aber nicht alleine von Entwicklungspolitik im engeren Sinn erreicht werden, sondern diese müssen auch von der Wirtschafts-, der Außen-, der Sicherheits-, der Handels- und Finanz- wie auch der Umweltpolitik anvisiert werden. Globale Armutsbekämpfung, wie sie von den Millenniumszielen (MDGs) angestrebt wird, ist daher auch nicht länger ausschließlich die Aufgabe von Entwicklungspolitik, sondern eine Querschnittsaufgabe, die eine „Kohärenz“, also eine Beteiligung und

Globale, nachhaltige Zukunftssicherung

- Querschnittsaufgabe** Abstimmung vieler anderer Politiken, erforderlich macht, sodass alle „an einem Strang ziehen“. Eine solche Kohärenz hat es seit Beginn der Bemühungen der UNO im Rahmen der sogenannten UN-Entwicklungsdekaden in den 1960er-Jahren nie gegeben. Und nur so ist auch verständlich, dass sich die Ungleichverteilung von Wohlstand, Wirtschaftskraft und Entwicklungschancen trotz aller Bemühungen durch Entwicklungshilfe und später Entwicklungszusammenarbeit (EZA) seither weiter massiv verschlechtert hat.
- Mehr Abstimmung in der Politik** Erst die Vorbereitung auf den Millenniumsgipfel hat eine umfassende Diskussion darüber, dass Kohärenz im multilateralen Rahmen notwendig ist, in Gang gebracht, weil in der Abschlussresolution eine globale „Partnerschaft für Entwicklung“ zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern angestrebt wird. Konsequenterweise wird in der Erklärung neben einer quantitativ und qualitativ verbesserten Entwicklungszusammenarbeit auch ein faires Handelssystem und eine gerechtere internationale Finanzarchitektur gefordert. Die konkreten Zielsetzungen weisen deutlich darauf hin, dass eine Politikkohärenz, eine abgestimmte Entwicklungspolitik, der gesamten internationalen Gemeinschaft erreicht werden soll. Innerhalb dieser internationalen Gemeinschaft gewinnt, wie es scheint, die Gruppe der →G-20 an politischer Bedeutung. Die EU gehört der G-20 als einer ihrer wichtigsten Akteure an, mit über 50 Prozent aller Leistungen sind die Union und ihre 27 Mitgliedsstaaten der größte Geber von Entwicklungszusammenarbeit (EZA).
- Faires Handelssystem** Die konkreten Zielsetzungen weisen deutlich darauf hin, dass eine Politikkohärenz, eine abgestimmte Entwicklungspolitik, der gesamten internationalen Gemeinschaft erreicht werden soll. Innerhalb dieser internationalen Gemeinschaft gewinnt, wie es scheint, die Gruppe der →G-20 an politischer Bedeutung. Die EU gehört der G-20 als einer ihrer wichtigsten Akteure an, mit über 50 Prozent aller Leistungen sind die Union und ihre 27 Mitgliedsstaaten der größte Geber von Entwicklungszusammenarbeit (EZA).
- Bündelung der Kräfte nötig** Allerdings wird EU-Europa seine globalen Mitgestaltungsansprüche nur dann realisieren können, wenn die Mitgliedsstaaten ihre Kräfte bündeln: Das gilt zwar in der Handels- und Währungspolitik weitgehend seit Langem, aber in der Entwicklungspolitik dominiert heute noch immer eher nationales Interessen- und Gestaltungsdenken bzw. Bilateralismus. Trotz der Bemühungen einiger Länder der Union sowie der Verankerung der Kohärenz-Agenda auf Kommissions- und Rats-Ebene sind die EU und ihre Mitgliedsländer heute von einer entwicklungspolitisch kohärenten Politik noch weit entfernt. Allerdings herrscht innerhalb der internationalen Gemeinschaft weitgehend Konsens darüber, dass eine entwicklungspolitisch kohärente Politik unbedingt erforderlich ist, um nachhaltige Entwicklungsziele auch für die benachteiligten vier Fünftel der Weltbevölkerung zu verwirklichen; dafür müssen die öffentlichen EZA-Leistungen ebenso signifikant erhöht werden wie ihre Effektivität. Im Hinblick auf das zentrale Ziel der Millenniumsentwicklungsziele, eine weltweite Partnerschaft für Entwicklung zu schaffen, stellt das Kohärenz-Konzept einen wichtigen Schritt von der Entwicklungszusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik dar.

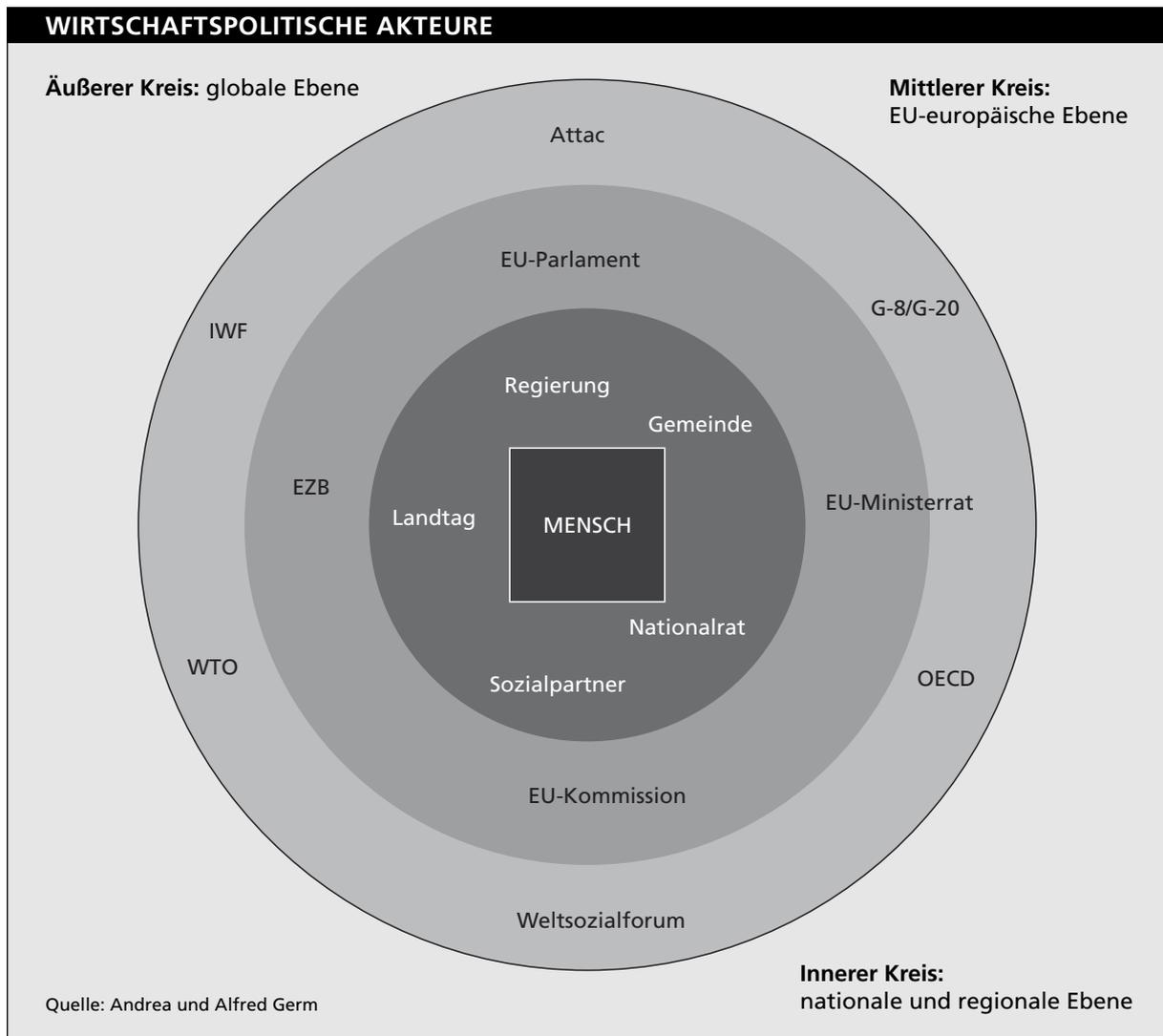
Otmar Höll, ao. Univ.-Prof. Dr.

Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik – oiip in Wien, Lehrbeauftragter an der Universität Wien und Visiting Professor an der Donau Universität Krems.

- 1 Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-06/g-20-obama-finanzmarktreform> (letzter Zugriff 19.07.2010)
- 2 Vgl. die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, New York 2000.
- 3 <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/0,,con>
- 4 tentMDK:22553266~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:469372,00.html (letzter Zugriff 19.07.2010)
Messner, Dirk: Entwicklungspolitik der Zukunft: Eine Check-Liste, abrufbar unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4612582,00.html> (letzter Zugriff 16.7.2010)

Weiterführende Literatur

Messner, Dirk, Entwicklungspolitik der Zukunft: Eine Check-Liste, abrufbar unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4612582,00.html> (letzter Zugriff 16.7.2010)



Wirtschaftspolitik findet gleichzeitig auf verschiedenen Akteursebenen statt. Die Skizze zeigt die verschiedenen politischen Akteure, die in Wirtschaftspolitik involviert sind, und die Ebenen, auf denen Wirtschaftspolitik gemacht wird:

Der äußere Kreis:

- ▶ die Welthandelsorganisation (WTO), die Dachorganisation für die internationalen Handelsbeziehungen zur Gewährung eines freien Welthandels
- ▶ der Internationale Währungsfonds (IWF), der unter Auflagen Kredite an Mitgliedsstaaten vergibt
- ▶ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), eine internationale Organisation für die Koordinierung der Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik
- ▶ die G-8, Gruppe der acht größten Industrienationen
- ▶ die G-20, Gruppe der Industrie- und Schwellenländer
- ▶ Attac und Weltsozialforum, internationale globalisierungskritische Bewegungen

Der mittlere Kreis:

- ▶ EU-Parlament, EU-Ministerrat und EU-Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB)

Der Innere Kreis:

- ▶ nationale Ebene mit Regierung, Nationalrat und Sozialpartnern (Arbeiterkammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer)
- ▶ Bundesländer und Gemeinden mit Landtag und Gemeinderat

Im Zentrum:

- ▶ Der Mensch als politischer Akteur/politische Akteurin und WählerIn, KonsumentIn und ProduzentIn

Alfred Germ

Schnittstellen des ökonomischen und politischen Lernens

Wirtschaftliche Bildung gefordert

Schule wird oftmals als Kriseninterventionsinstitution wahrgenommen. Diese sinnlose „Feuerwehrfunktion“ wird im (Partei-)politischen Alltagsdiskurs immer wieder artikuliert. Im Fall geringer Wahlbeteiligung oder bei neonazistischen Aktivitäten Jugendlicher wird der Ruf nach mehr politischer Bildung an den Schulen laut. Auch im Rahmen mangelnden Wirtschaftsverständnisses wird diese Forderung immer wieder artikuliert und ein eigenständiges Unterrichtsfach „Wirtschaft“ gefordert.¹ Politische Bildung findet im schulischen Kontext ihre Legitimation in der Erziehung und Ausbildung von mündigen BürgerInnen, die im Rahmen der Kompetenzorientierung² dazu befähigt werden sollen, auch langfristig am politischen Leben partizipieren zu können. Didaktische Leitfigur ist daher ein/e aufgeklärt denkende/r und handelnde/r BürgerIn. Eine umfassende politische Urteils-, Handlungs-, Sach-, Methoden- und Partizipationskompetenz muss daher das ökonomische Lernen zwingend beinhalten. Das Postulat von politischer Bildung als Basis jeglicher Bildung muss umso mehr auch für die ökonomische Bildung gelten, ist der Mensch doch nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftlich handelndes Wesen, egal welche realen Wirtschaftsformen oder Wirtschaftsmodelle diesem ökonomischen Handeln zugrunde gelegt werden. Die ökonomische Dimension ist Teil der politischen Sphäre, sodass eine Beschäftigung mit ökonomischen Fragestellungen stets die Einbettung in das Politische berücksichtigen und thematisieren muss.

Politische Bildung als Basis

Interdisziplinäres Verständnis von Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Im Rahmen der wissenschaftlichen Positionierung geht es also um das interdisziplinäre Verständnis von Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wobei hier den Disziplinen der Politikwissenschaften, der Soziologie, der Volkswirtschaftslehre und der Geographie als Integrativwissenschaft ein besonderer Stellenwert zukommt. Die jüngeren Entwicklungen im Rahmen der Politikdidaktik decken dabei den fachdidaktischen Zugang sowohl in theoretischer als auch in methodischer Hinsicht sehr umfassend ab.³ Vor allem hinsichtlich der Kompetenzorientierung bei jenen beiden Fächern im österreichischen Schulsystem, denen der Schwerpunkt von politischer Bildung zugerechnet wird – nämlich Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Geographie/Wirtschaftskunde⁴ –, ergibt sich aus den jeweiligen Kompetenzanforderungen eine Vielzahl an politisch-ökonomischen Überschneidungen. So beschreibt Reinhold Hedtke vier konzeptionelle Zugänge zum ökonomischen Lernen, die gleichzeitig auch politisch determiniert sind (siehe Kasten S. 57 idB).

Inhaltsfelder – Synergieeffekte

Viele gemeinsame Inhaltsfelder

Politisch-ökonomisches Lernen weist eine Vielzahl an gemeinsamen Inhaltsfeldern auf, die sich im schulischen Kontext auch in den Fachlehrplänen für Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Geographie/Wirtschaftskunde leicht ausmachen lassen.⁵ Das Europamodul prägt die gesamte 6. Klasse AHS im Gegenstand Geographie/Wirtschaftskunde und hat eine sehr starke politikwissenschaftliche Orientierung, wobei dem Policy-Feld der Wirtschaftspolitik mit den Teilbereichen der Agrar-, Geld-, Budget-, Binnenmarkt-, Handels-, Regional-, Verkehrs- und Tourismuspolitik viel Raum gegeben wird. Die ökonomische Dimension aller Policy-Felder, im Speziellen die Sozial- und Wirtschaftspolitik am Beispiel der 7. Klasse AHS im Fach Geographie, prägt dabei auch das

VIER KONZEPTIONELLE ZUGÄNGE ZUM ÖKONOMISCHEN LERNEN	
<p>Kategorial-wirtschaftspolitischer Ansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Leitbild ist der/die mündige WirtschaftsbürgerIn ▶ Konzept betont die wirtschaftspolitische Perspektive ▶ Kategorien lösen das Problem der Stoffauswahl (Knappheit, Kosten/Nutzen, Arbeitsteilung, Zielkonflikte, Staatseingriffe) 	<p>Handlungstheoretischer Ansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ ökonomische Verhaltenstheorie erklärt Verhaltensänderungen durch die Änderung von Rahmenbedingungen ▶ Anreize, Restriktionen ▶ methodologischer Individualismus (alle Sozialphänomene werden auf individuelles Handeln zurückgeführt)
<p>Institutionalistischer Ansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Steuerung individuellen Verhaltens durch Institutionen ▶ Bezugsrahmen ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ▶ Rechtsordnung, soziale Sicherung, Globalisierung, Weltwirtschaftsordnung, Regulierung, Interessensverbände, wirtschaftliche Integrationsprozesse 	<p>Lebenssituativer Ansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ ökonomisches Lernen soll für die Bewältigung und Gestaltung von Lebenssituationen qualifizieren ▶ Berufswahl, Arbeitseinkommen, Kauf, Freizeit, Sparen, Versichern, Steuern zahlen, Nutzung öffentlicher Güter
<p>Nach: Hedtke, Reinhold: Ökonomisches Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung (= Reihe Politik und Bildung Bd. 32). Schwalbach/Taunus 2005 (3. Aufl.), S. 340–344.</p>	

historisch-politische Lernfeld. Globalisierung, Wirtschaftssysteme, Wirtschaftsstandorte, politische und ökonomische Systeme und das Theoriefeld der Politischen Ökonomie von Adam Smith über die Neoklassik zu John Maynard Keynes, von Karl Marx über den Neoliberalismus bis zu Milton Friedman verlangen nach einer Zusammenführung von politischem und ökonomischem Lernen. Dies würde auch neue Ausbildungsmodule für jene Fachlehrkräfte nach sich ziehen, die sich eigentlich jetzt schon bewusst oder auch unbewusst mit politisch-ökonomischen Ausbildungsinhalten beschäftigen. Das von Günther Sandner vorgestellte Kompetenzmodell für LehrerInnen wäre diesbezüglich jedenfalls auch um die ökonomische fachwissenschaftliche, fachdidaktische, diagnostische Kompetenz und Vermittlungskompetenz zu erweitern.⁶

**Neue
Ausbildungs-
module für
LehrerInnen**

Alfred Germ, MMag.

Studium der Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung (Lehramt), Geographie und Wirtschaftskunde (Lehramt), Politikwissenschaften. Lehrtätigkeit als AHS- und BHS-Lehrer, Betreuungslehrer für beide Fächer für die fachdidaktische und schulpraktische Ausbildung, Lehrender am FDZ Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung der Universität Wien, Lektor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien zur Theorie und Praxis Politischer Bildung, Lektor an der JKU Linz im Masterstudium „Politische Bildung“ und an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik Wien mit dem Schwerpunkt Globalisierung, Urbanität und Nachhaltigkeit.

1 Vgl. den Obmann des BZÖ Josef Bucher im Mai 2010 unter <http://www.bzoe.at/bucher-fordert-unterrichtsfach-wirtschaft.html> (letzter Zugriff 14.7.2010)
Die Bundeswirtschaftskammer stellt zur Wirtschaftserziehung Themendossiers und Arbeitsmaterial zur Verfügung. Ein eigenständiges Unterrichtsfach „Wirtschaft“ wird propagiert, vgl. die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule unter <http://aws.m-services.at/home/m92tt4k9v8ke9tlkp7vuus3q96> (letzter Zugriff 14.7.2010)

2 Kramer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung (= Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29). Innsbruck–Bozen–Wien 2008, S. 5–14.

3 Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung (= Reihe Politik und Bildung Bd. 50). Schwalbach/Taunus 2008 (3. Aufl.).

4 Vgl. Hämmerle, Kathrin/Sandner, Günther/Sickinger, Hubert: Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden, in: ÖZP 2009/3, S. 364

5 http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11858/lp_neu_ahs_06.pdf, http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11857/lp_neu_ahs_05.pdf (letzter Zugriff 14.7.2010).

6 Sandner, Günther: Politikkompetenz. Eckpunkte eines Modells für LehrerInnen, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen (= Informationen zur Politischen Bildung Bd. 30). Innsbruck–Bozen–Wien 2009, S. 61–64.

Herbert Pichler

In Wirtschaftspolitik einsteigen. Sieben Trittsteine für EinsteigerInnen

Bezug zum Informationsteil	Kurt W. Rothschild: Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik Brigitte Unger: Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte Markus Marterbauer: Finanz- und Wirtschaftskrise: Neue Herausforderungen für Sozial- und Beschäftigungspolitik
Zielgruppe	Sekundarstufe II, 9. Schulstufe
Lehrplanbezug	Für den Einstieg in das Thema sollte bereits in der Sekundarstufe I die Basis gelegt werden. Im Beitrag „Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?“ (siehe Kasten Onlineversion S. 75 idB) habe ich einen ausführlichen Überblick über die Lehrziele aus den Lehrplänen von Geographie und Wirtschaftskunde sowie für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung gegeben, die eine Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Politik nahelegen. Daher wird an dieser Stelle nur mehr auf diese Zusammenschau verwiesen und der Hinweis gegeben, dass im thematischen Kontext ein fachübergreifender Aufbau von Kompetenzen gewinnbringend erscheint.
Kompetenzen	Sachkompetenz, Methodenkompetenz, Handlungskompetenz, Urteilskompetenz
Dauer	2 UE pro Trittstein, plus 2 UE für die Präsentationen und deren Besprechung
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Was hat Wirtschaft mit mir und meinem Leben zu tun?▶ Was ist Wirtschaftspolitik? Welche Lebensbereiche werden von wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitgestaltet?▶ Wie kann ich Wirtschaft und Wirtschaftspolitik beeinflussen und in wichtigen Fragen mitbestimmen und gestalten?▶ Welche zentralen Ziele verfolgt die Wirtschaftspolitik? Wie ist das Verhältnis der unterschiedlichen Ziele zueinander zu beschreiben?▶ Wie agiert Wirtschaftspolitik, um die Ziele des „magischen Vielecks“ erreichen zu können? Welche Zielkonflikte treten dabei auf?▶ Welche zwei wichtigen Denkschulen der Wirtschaftspolitik haben sich entwickelt? Wie wirken sich die Brillen der beiden Denkschulen auf die Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Probleme und deren Lösung aus?▶ Welche AkteurInnen gestalten die Wirtschaftspolitik? Auf welchen verschiedenen Ebenen handeln wirtschaftspolitische AkteurInnen und Institutionen?
Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen	Methodisch-didaktische Vorbemerkungen Der vorliegende Beitrag versteht sich als Fortsetzung des weiter oben bereits angesprochenen Unterrichtsbeispiels im Band 31 dieser Reihe. Es empfiehlt sich, sich von den dort angebotenen Möglichkeiten zu altersadäquaten alltagsweltbezogenen Einfädelungen inspirieren zu lassen, damit SchülerInnen ihre vielfältige Verbundenheit mit der Wirtschaft und mit den Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen erkennen können. Darauf aufbauend verstehen sich die sieben Trittsteine für EinsteigerInnen als Orientierungshilfen im breiten Feld der Wirtschaftspolitik.

Keine wert- oder interessensfreie Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund der politischen Bildung ist es besonders wichtig, dass in der Realität der wirtschaftspolitischen Aushandlung Kontroverses auch im Unterricht kontrovers dargestellt wird. Besonders bedeutsam ist dabei, den SchülerInnen bewusst werden zu lassen, wie die Interessen jeweils den Standpunkt bestimmen und dass es keine wert- oder interessensfreie Wirtschaftspolitik gibt. Es ist stets nach den GewinnerInnen und VerliererInnen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu fragen. So kann mit dem Aufbau der Sachkompetenz auch die Urteils- und Handlungskompetenz der SchülerInnen in wirtschaftspolitischen Problemstellungen entwickelt werden.

Sieben Trittsteine für arbeitsteilige Gruppenarbeit

Die sieben Trittsteine bieten sich unter anderem dazu an, in arbeitsteiliger Gruppenarbeit in Kleingruppen bearbeitet zu werden. Die einzelnen Gruppen erarbeiten je ein Lernplakat oder ein Infoblatt zu einem Trittstein. Nach dem Modell des Gruppen-Puzzles können in einer weiteren Arbeitsphase auch Verschnittgruppen gebildet werden, die ihre Ergebnisse zusammenführen. Das zusätzliche in der Online-Erweiterung angebotene Material kann ebenfalls einbezogen werden.



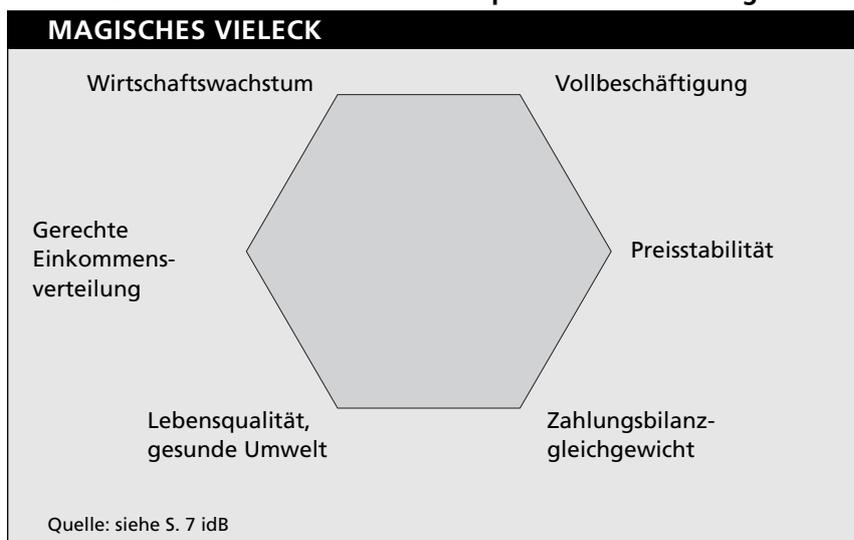
TRITTSTEIN 1 ZIELE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Was macht Wirtschaftspolitik?

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind Themen, bei denen viele Personen bei Befragungen angeben, dass sie sich nicht gut auskennen. Gleichzeitig nennen die Österreicherinnen und Österreicher, wenn sie nach ihren größten Sorgen gefragt werden, häufig wirtschaftliche Probleme: die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge um den Wert der Währung (→Inflation) usw. Wirtschaft begegnet uns im Alltag auf Schritt und Tritt, als Schülerin oder Schüler treffen Sie unzählige Konsumententscheidungen, Sie arbeiten unbezahlt oder bezahlt in Neben- und Ferialjobs, schreiten auf Ihrem Bildungsweg voran. Aber auch als Wählerinnen und Wähler beeinflussen wir die Wirtschaft über den Umweg der Wirtschaftspolitik.

Mit Wirtschaftspolitik wird versucht, geregelte Rahmenbedingungen für das Wirtschaften herzustellen (Bsp.: Wettbewerbspolitik soll Monopole verhindern). Politik versucht auch die Wirtschaftsentwicklung zu beeinflussen (Bsp.: über die Höhe von Steuern, Zinsen etc.). Welche wirtschaftspolitischen Ziele dabei mit welchen Maßnahmen als besonders erstrebenswert angesehen werden, hängt von den Interessen sowie vom jeweiligen (politischen) Standpunkt ab und ist politisch in Diskussion.

Was macht das Vieleck der wirtschaftspolitischen Ziele magisch?



Je nach AutorIn wird bei den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen von einem magischen Viereck, Fünfeck oder Vieleck gesprochen. Neben dem Wirtschaftswachstum, der Beschäftigung, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und der Geldwertstabilität werden vermehrt eine gerechte Einkommensverteilung sowie die Bewahrung der Lebensqualität und der gesunden Umwelt als zentrale wirtschaftspolitische Ziele angesehen.

Das magische Vieleck kann durchaus um weitere Eckpunkte ergänzt werden. So könnte etwa die Bildung (z.B. Recht auf Bildung in einer Demokratie) ein eigenständiges Ziel und nicht nur Mittel für Innovation und Wirtschaftsentwicklung sein. Als „magisch“ wird das Vieleck deshalb bezeichnet, da mehrere Ziele in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen oder einander gar ausschließen (z.B.: Inflation und Beschäftigung). Meist bestimmen die Interessen die wirtschaftspolitische Denkweise, zwei große Denkrichtungen haben sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt, der Keynesianismus und der Neoliberalismus. Durch das Wählen und die daraus entstehenden politischen Machtverhältnisse bestimmen wir die Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele mit.

Welche Zielkonflikte können auftreten?

Jene Ziele, die im magischen Vieleck scheinbar gleich gewichtet und friedlich nebeneinander stehen, sind teilweise schwer vereinbar. So schließen sich eine niedrige → Inflation und eine gleichzeitig hohe Beschäftigung beinahe aus. Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit reduzieren, erhöhen gleichzeitig die Inflation und umgekehrt (vgl. Trittsteine 2 und 4). Auch das Wirtschaftswachstum (vgl. Trittstein 3) wird häufig gegen den Umweltschutz ausgespielt. Wirtschaftswachstum könne nur zu Lasten der Umwelt erwirtschaftet werden, Umweltschutz ginge auf Kosten des Wachstums (vgl. Trittstein 6).

Wer macht Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaft wird auf verschiedenen Maßstabsebenen beeinflusst (siehe Kasten S. 55 idB).

- ➔ Als WählerIn kann jeder einzelne Mensch Wirtschaft mitgestalten, ebenso durch bewusste Kauf- und Konsumententscheidungen.
- ➔ Auf der regionalen bis nationalen Ebene wird durch zahlreiche Entscheidungen von Unternehmen, BürgermeisterInnen, LandespolitikerInnen bis zum Parlament hinauf reale Wirtschaftspolitik gemacht.
- ➔ Bedeutende Player der österreichischen Wirtschaftspolitik sind auch die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer) sowie der ArbeitgeberInnen (Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer). Diese versuchen, den Interessenausgleich als sogenannte → Sozialpartner am Verhandlungstisch zu erreichen.
- ➔ Seit dem EU-Beitritt sind Teile der wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf eine andere Ebene gewandert, so werden etwa die Geldpolitik oder die Agrarpolitik europaweit geregelt.
- ➔ Darüber stehen noch internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die in die Weltwirtschaft eingreifen: Sie gestalten die Rahmenbedingungen des Freihandels, vergeben Kredite mit strengen Auflagen etc. Letztlich haben auch große multinationale Konzerne wie z.B. in der Automobilindustrie etc. die Macht, durch Firmenentscheidungen die Wirtschaft zu beeinflussen.

Welche Denkweisen dominieren die Wirtschaftspolitik?

In den letzten Jahrzehnten haben sich vor allem zwei wirtschaftspolitische Denkrichtungen durchgesetzt. Die nachfrageorientierte keynesianische Wirtschaftspolitik sieht den Markt selbst als Problem. Der Markt kann sich nicht selbst regulieren, zu wenig Nachfrage schafft Arbeitslosigkeit und reduziert das Wachstum. Staatliche Eingriffe sollen zur Rettung die Nachfrage ankurbeln und damit die als zentral angesehene Beschäftigung sichern. Dafür darf sich der Staat auch verschulden (*deficit spending*), eine gewisse → Inflation wird damit in Kauf genommen. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in Kombination mit einer gerechten Einkommensverteilung sind die zentralen Ziele dieser Denkweise.

Die Gegenposition der angebotsorientierten neoliberalen Sichtweise sieht die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft als eines der Hauptprobleme. Zu strenge Gesetze, zu hohe Löhne, zu hohe Steuern vermindern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein möglichst freies Wirtschaften, Lohn- und Steuersenkungen lösen aus neoliberaler Sicht das Problem, erzeugen Wirtschaftswachstum und sichern so indirekt die Beschäftigung. Geldwertstabilität ist zudem vor allem für die Finanzwirtschaft ein wichtiges Ziel.

B DAS BEISPIEL FINANZKRISE 2008–2010

Sichtweise A:

Kritische Stimmen sehen den Mangel an Kontrolle der Börsen und der Spekulationen als eine Ursache für den Crash des amerikanischen Immobilienmarktes und den dadurch ausgelösten Zusammenbruch von Versicherungen und Banken über die USA hinaus. Große Hilfspakete wurden sowohl von Einzelstaaten, aber auch von der EU geschnürt, um Banken in der Krise mit frischem Geld auszuheilen. Für die Zukunft wird eine verstärkte Kontrolle der Finanzmärkte gefordert. Zudem soll eine Spekulationssteuer (Tobin-Tax) oder Bankensteuer eingeführt werden, geringe Promillebeträge der Umsätze der Geldgeschäfte sollen die Kosten von ähnlichen Krisen finanzieren.

Sichtweise B:

Der Finanzmarkt reguliert sich mittelfristig von selbst. Krisen dienen in gewisser Weise dem freien Wettbewerb, konkurrenzfähige und innovative Unternehmen bzw. Ideen überleben und setzen sich durch. Staatliche Unterstützung für Banken und Versicherungen wird eingefordert, sofern dies nicht an Bedingungen oder Kontrolle gebunden ist. Strengere Kontrollmechanismen und staatliche Einflüsse auf den Bereich der Finanzwirtschaft werden abgelehnt. Eine Spekulations- oder Bankensteuer würde dazu führen, dass Geld und Geschäft an andere Börsenplätze und sogenannte Steueroasen (Staaten, die keine oder besonders niedrige Steuern auf Einkommen und Vermögen einheben) abfließt.

Arbeitsanregungen

- Überlegen Sie, welche Interessensgruppen von den einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen am meisten profitieren? Welche Ziele werden sie daher stärker unterstützen, welche weniger?
Tragen Sie die Ihrer Meinung nach passenden Wirtschaftsakteure in die Tabelle ein.
(Gewerkschaften, Wirtschaftskammer, NGO im Umweltschutzbereich (Bsp.: Greenpeace), NGO im Sozialbereich (Bsp.: Caritas), multinationale Konzerne, keynesianische Wirtschaftspolitikerin, neoliberaler Wirtschaftsforscher, Finanzwirtschaft etc.)

Wirtschaftspolitische Ziele	Starke Unterstützung	Skepsis oder Gegnerschaft
Wirtschaftswachstum		
Beschäftigung		
Inflation		
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht		
Gerechte Einkommensverteilung		
Umweltschutz		

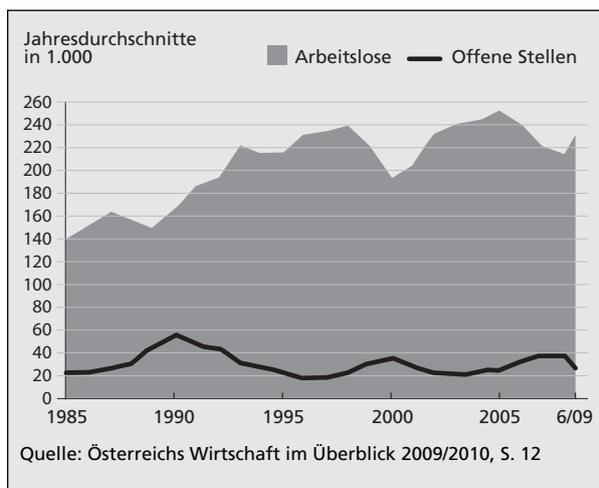
- Erklären Sie, welche Rolle Sie derzeit und zukünftig bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik spielen (können).
- Ordnen Sie die Sichtweisen A und B im Beispiel Finanzkrise 2008–2010 den beiden wirtschaftspolitischen Denkschulen zu und begründen Sie diese Zuordnung.



Bildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt

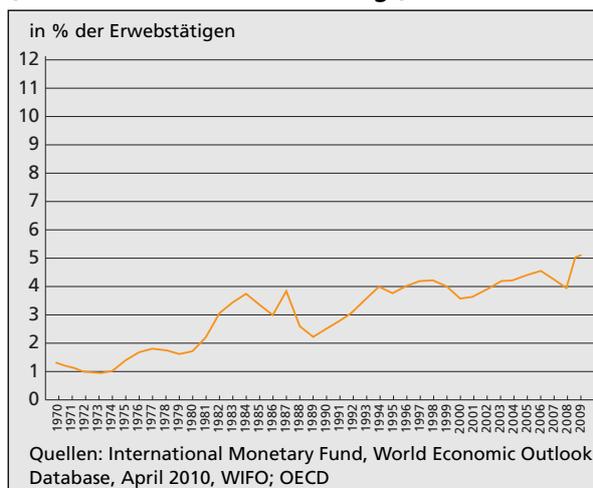
Alle Jugendstudien zeigen immer wieder ein Ergebnis: Keinen passenden Arbeitsplatz zu finden ist die größte Sorge der Jugendlichen. Die gute Nachricht ist aber, dass gute Ausbildung vor Arbeitslosigkeit schützt. Je höher der Bildungsabschluss, umso geringer ist das Risiko, in Österreich arbeitslos zu werden. Die Wirtschaftspolitik versucht, Anreize für Beschäftigung zu schaffen sowie die Nachfrage nach Arbeitskräften zu fördern. Zudem werden Arbeitslose versorgt und durch Umschulungen für nachgefragte Tätigkeiten qualifiziert.

Arbeitslose und offene Stellen in Österreich 1985–2009



Diese Grafik zeigt, dass es viel weniger offene Stellen gibt als Menschen, die arbeitslos sind.

Arbeitslosigkeit in Österreich 1970–2009 (Strukturbrüche nicht bereinigt)



In den 1970er-Jahren gab es in Österreich Vollbeschäftigung, die Zahl der Arbeitslosen stieg ab den 1980er-Jahren an.

Der Arbeitsmarkt: Angebot und Nachfrage klaffen auseinander

Landläufig ist oft die Meinung zu hören: Wer Arbeit will, kann welche finden. Der Blick auf die nackten Zahlen zeigt, dass seit den 1990er-Jahren durchschnittlich zwischen 200.000 und 250.000 Menschen in Österreich auf Arbeitssuche waren. Dem standen zwischen 20.000 und 40.000 offene Stellen gegenüber. In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit kann man die Wirtschaftsentwicklung (siehe: Konjunktur) ablesen. In den Jahren 1989, 2000 und 2008 war die Nachfrage nach Arbeitskräften relativ hoch: Niedrige Zahlen von arbeitslos Gemeldeten stehen in diesen Jahren einer relativ hohen Zahl freier Stellen gegenüber. Dennoch übertrifft auch in diesen Jahren die Zahl der Arbeitslosen jene der offenen Stellen.

Warum entsteht Arbeitslosigkeit?

Wir kennen vier Hauptursachen für das Entstehen von Arbeitslosigkeit:

- ➔ *Konjunkturelle Arbeitslosigkeit:* In der Wirtschaftskrise sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften, erst eine wachsende Wirtschaft (Konjunktur) lässt die Beschäftigung wieder wachsen (vgl. Trittstein 3).
- ➔ *Strukturelle Arbeitslosigkeit:* Der Wandel der Wirtschaft sowie der technische Fortschritt fordern neue Qualifikationen und Berufe. Manche Qualifikationen werden daher weniger nachgefragt.
- ➔ *Saisonale Arbeitslosigkeit:* Bestimmte Branchen wie der Tourismus sind saisonabhängig. Auch in der Baubranche werden viele im Winter „stempeln“ geschickt und im Frühjahr wieder eingestellt.
- ➔ *Friktionelle Arbeitslosigkeit:* Die Sucharbeitslosigkeit ist immer vorhanden, sie entsteht in der Übergangszeit zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen.

Für die einzelne Arbeitskraft bestimmt der Bildungsabschluss das Risiko der Arbeitslosigkeit mit: Fast die Hälfte der Arbeitslosen hat nur einen Pflichtschulabschluss, ein weiteres Drittel eine Lehre. Mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse reduzieren das Risiko deutlich. (Aus: Österreichs Wirtschaft im Überblick 2008/2009, S. 9)

Mythos: Wenn Unternehmen Gewinne machen, wächst die Beschäftigung?

Die Wirtschaftsnachrichten berichten immer häufiger, dass große Unternehmen Rekordgewinne verzeichnen und gleichzeitig als Maßnahme zur Steigerung der Produktivität weitere Angestellte entlassen. Alleine die Ankündigung der Schließung von Standorten, der Produktionsverlagerung in Billiglohnländer oder von Entlassungen kann den Börsenwert eines Konzerns in die Höhe schnellen lassen. Solange in der Finanzwirtschaft (u.a. durch Spekulation) größere Gewinne erzielbar sind als in der Realwirtschaft und arbeitsintensive Produktion in Billiglohnländer ausgelagert wird, bedeuten hohe Unternehmensgewinne nicht automatisch ein Mehr an Beschäftigung im Inland.

DIE MESSUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

ARBEITSWISSEN

Um den Beschäftigungsstand und die Arbeitslosigkeit international vergleichen zu können, wird die **Arbeitslosenquote** berechnet. Das österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) dividiert dabei die Arbeitslosen durch das Arbeitskräftepotenzial (Arbeitslose plus unselbstständig Beschäftigte). Kritisch ist anzumerken, dass Personen in Umschulungen, Präsenz- und Zivildienern, Personen in Karenz und kranke Arbeitslose nicht eingerechnet werden. Auch die Trends zur Frühpensionierung, mehr Teilzeitjobs und unsichere (prekäre) Arbeitsverhältnisse reduzieren die Arbeitslosenzahlen.

Die EU sieht Personen, die in der Befragungswoche mindestens eine Stunde gearbeitet haben, bereits als Beschäftigte, daher liegen die Ergebnisse der Arbeitslosenquoten nach der EU-Methode immer deutlich niedriger als jene des AMS. 2010 liegt die Arbeitslosenquote in Österreich laut AMS bei etwa 6,3 Prozent, die EU rechnet mit 4,9 Prozent. Damit liegt Österreich deutlich besser als der EU-Schnitt, der 9,7 Arbeitslosigkeit aufweist.

Quelle: AMS: Die Arbeitsmarktlage Ende Juni 2010, Monatsbericht, abrufbar unter http://www.ams.at/ueber_ams/14172.html (Zugriff 26.7.2010)

WIPO

Wie bekämpft WirtschaftSPOLITIK die Arbeitslosigkeit?

Je nach wirtschaftspolitischer Denkweise werden verschiedene Ursachen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht und entsprechend auch andere Maßnahmen zur Bekämpfung gefordert:

- ➔ Nach dem Ökonomen John Maynard Keynes sei das Problem die zu geringe Nachfrage nach produzierten Gütern (Konsum). Höhere Lohnabschlüsse, staatliche Investitionen etc. sollen die Nachfrage ankurbeln und damit die Beschäftigung erhöhen.
- ➔ Das neoliberale Gegenmodell hingegen meint, die Löhne seien zu hoch. Ein Senken der Löhne und Lohnnebenkosten würde Arbeitskräfte für Unternehmen attraktiv machen und Beschäftigung schaffen. Steuersenkungen, flexiblere Arbeitszeiten und flachere Einkommenskurven würden Wettbewerbsvorteile für österreichische Unternehmen bringen.
- ➔ Von Seiten der Gewerkschaften wird andererseits eine Arbeitszeitverkürzung (etwa die 35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich gefordert. Das würde die vorhandene Arbeit auf mehr Beschäftigte aufteilen.
- ➔ Durch das Wählen kann man bereits ab 16 mitentscheiden, welche Interessen gestärkt werden, damit kann man auch den wirtschaftspolitischen Kurs mitbestimmen.

Arbeitsanregungen

1. Nehmen Sie zu Ihren Jobchancen und zu Ihrem Risiko auf Arbeitslosigkeit Stellung, wenn Sie an Ihren Traumberuf und den eingeschlagenen Bildungsweg denken.
2. Was können Sie zu den beiden Berechnungsmethoden der Arbeitslosenquote jeweils kritisch anmerken? Welche Interessen können dahinterstecken, jeweils die österreichischen oder die EU-Zahlen zu verwenden?
3. Informieren Sie sich über die Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. über den Stand der Einführung der →bedarfsorientierten Mindestsicherung (www.help.gv.at).

4. Analysieren Sie die Folgewirkungen ausgewählter Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Überlegen Sie, welche Vor- und Nachteile die Maßnahmen bringen, wer jeweils die GewinnerInnen und die VerliererInnen sind.
 - Welche wirtschaftspolitische Denkweise steckt hinter jedem Vorschlag?
 - Ergänzen Sie weitere mögliche Maßnahmen und wägen Sie die Folgewirkungen ab.

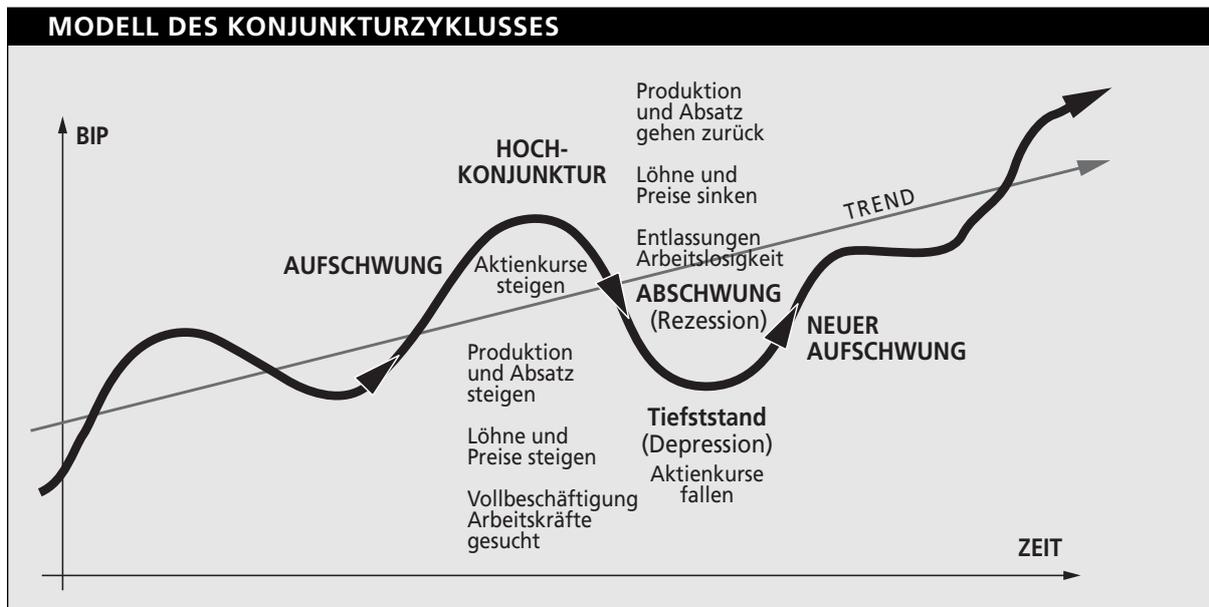
ARBEITSBLATT Beschäftigung und Arbeitslosigkeit				
	Vorteile	Nachteile	GewinnerInnen	VerliererInnen
Senkung des Arbeitslosengelds				
Senkung der Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich				
Höhere Steuern auf Energie, niedrigere Steuern auf Arbeit				
Lohnerhöhungen und staatliche Investitionen				
Löhne senken, flachere Einkommenskurven				
...				



TRITTSTEIN 3 WIRTSCHAFTSWACHSTUM – KONJUNKTUR

Ein ewiges Auf und Ab: Die Wirtschaft entwickelt sich in Wellen

Den Nachrichten kann man entnehmen, dass die Wirtschaft nicht gleichmäßig wächst, die Wirtschaftsentwicklung gleicht eher einer Wellenbewegung mit unterschiedlich hohen Ausschlägen. Die Politik versucht durch Eingriffe das Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung (= Konjunktur) so zu beeinflussen, dass ein möglichst gleichmäßiges Wirtschaftswachstum entsteht. Dies gelingt mit unterschiedlichem Erfolg



Der Konjunkturzyklus zeigt die Entwicklung der Wirtschaft: Er teilt sich in Phasen des Aufschwungs, in der die Wirtschaft wächst, bis hin zur Hochkonjunktur, das ist die Phase des größten Wirtschaftswachstums, und dann folgend die Phasen des Abschwungs bis hin zu dessen Tiefststand.

Der Konjunkturzyklus

In der Phase des Aufschwungs führt eine positive Grundstimmung zu vermehrten Investitionen und zu mehr Konsum. Die steigende Produktion bewirkt mehr Nachfrage nach Arbeitskräften, das Angebot an Arbeitskräften wird knapper und daher steigen auch die Löhne. Mit der Nachfrage steigen auch die Preise. In Wachstumsjahren entstehen häufig neue Branchen und Unternehmen. Der Zenit wird in der Phase der Hochkonjunktur erreicht, die Produktion ist voll ausgebaut, die Beschäftigung hoch. Der Markt beginnt sich nun zu sättigen, die Nachfrage sinkt, die positive Stimmung kippt. In der →Rezession sinkt die Produktion mit der Nachfrage, was eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Die Löhne geben nach, die Preise fallen und erreichen ihren gemeinsamen Tiefststand in der →Depression (Krise). Nach der Krise erholt sich die Wirtschaft in einem neuen Aufschwung. Der langjährige Trend des Wirtschaftswachstums ist in den westlichen Industrieländern trotz der Wellenbewegung stetig ansteigend.

Warum schwankt die Konjunktur?

Was die Konjunkturschwankungen verursacht, darüber gibt es verschiedene Erklärungsversuche. Äußere Einflüsse wie Missernten, Kriege, Terroranschläge und Naturkatastrophen wirken sich genauso aus wie die weltweite Entwicklung der Rohstoff- oder Energiepreise. Die aktuelle Finanzkrise hat das Wirtschaftswachstum weltweit gedämpft. Es spielt aber auch die Psychologie eine Rolle: Eine positive Grundstimmung veranlasst Menschen dazu, zu investieren und zu konsumieren, und umgekehrt. Die Höhe der Kreditzinsen, ob Geld billig oder teuer zu haben ist, beeinflusst die Konjunktur genauso wie das Konsumverhalten der Menschen. Weiters kann ein Durchbruch im technologischen Fortschritt (Bsp.: umweltfreundlicher Antrieb) neue Produkte und damit neue Unternehmen, Arbeitsplätze und somit Wirtschaftswachstum erzeugen.

B AM BEISPIEL VUVUZELA

Das fiktive Beispiel der Produktion von Vuvuzelas (südafrikanischen Blasinstrumenten) soll verdeutlichen, wie schwierig es ist, sich im Konjunkturverlauf richtig zu verhalten. Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika schafft eine hohe Nachfrage nach den lärmenden Tröten, dies verlockt Unternehmen, in die Produktion einzusteigen und zu investieren. Wenn viele UnternehmerInnen die gleiche Entscheidung treffen, kann in kürzester Zeit ein Überangebot erwachsen. Die Preise fallen dann in den Keller. Unternehmen schränken nun die Produktion ein, wenn das Produkt in diesem Ausmaß nicht mehr absetzbar ist. Dies führt zu einer Verknappung des Angebots und damit zu steigenden Preisen. Damit kann der nächste Zyklus (möglicherweise mit einem neuen Produkt) beginnen.

DAS BIP ALS KENNZAHL (INDIKATOR)**ARBEITSWISSEN**

Das →Bruttoinlandsprodukt (BIP) macht den Marktwert aller im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen aus, unabhängig davon, ob dies von InländerInnen oder AusländerInnen geleistet wurde. Im BIP nicht enthalten sind unbezahlt verrichtete Arbeiten sowie die sogenannte Schwarzarbeit (der „Pfuscher“).

WIPO Wie greift WirtschaftsPOLITIK ein?

Der Staat versucht den Konjunkturverlauf im Sinne einer keynesianischen Wirtschaftspolitik positiv zu beeinflussen. Nach dem Ökonomen John Maynard Keynes soll der Staat vor allem in der Krise aktiv werden: Steuersenkungen, die Senkung der Kreditzinsen (Politik des „billigen Geldes“) und staatliche Investitionen (große Infrastrukturprojekte wie Straßen-, Schienen-, Schulbau etc.) sollen die Wirtschaft ankurbeln. Dafür nimmt man ein Budgetdefizit (*deficit spending*) und eine höhere →Inflation in Kauf.

In der Hochkonjunktur sollte der Staat dann Ausgaben einsparen und durch höhere Zinsen und Steuern eine Überhitzung des Marktes verhindern. So soll möglichst lange die Konjunktur hinausgezögert werden, bis die Nachfrage einbricht und die Wirtschaft weniger wächst. Bei kritischer Betrachtung führen die zeitlichen Verzögerungen bei politischen Entscheidungen oft zu gegenteiligen Wirkungen. Außerdem bleibt der Zielkonflikt zwischen Inflation und Beschäftigung bestehen: Eine hohe Inflationsrate bedeutet eine geringere Arbeitslosigkeit und umgekehrt.

Arbeitsanregungen

1. Erklären Sie, was man unter dem Begriff Konjunktur versteht.
2. Formulieren Sie einen kurzen Text zu folgender Frage: Worin bestehen die Probleme, wenn man versucht, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Konjunktur zu beeinflussen? (Stichworte: Zeitverzögerung, Zielkonflikte, äußere Einflüsse etc.)
3. Welche Wirkungen und Nebenwirkungen haben die verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklusses? Ordnen Sie die im folgenden Arbeitsblatt angeführten Begriffe in der Tabelle richtig zu (Arbeitsblatt verändert nach: Dobler, Karin/Fassmann, Heinz/Pichler, Herbert (Hrsg.): Kompass 5/6. Geographie und Wirtschaftskunde für die 9. und 10. Schulstufe. Wien 2008, S.130)
4. Spezialfrage: Argumentieren Sie aus keynesianischer sowie aus neoliberaler Sicht, wie sich der Staat in der Wirtschaftskrise verhalten sollte. Verwenden Sie dazu das Beispiel „Finanzkrise 2008–2010“ auf S. 61 idB und den Kasten „Neoliberales versus keynesianisches Wirtschaftsmodell“ auf S. 12 idB.

ARBEITSBLATT Der Konjunkturzyklus

Wie wirkt sich der Konjunkturzyklus aus? Ordnen Sie die folgenden Begriffe den jeweiligen Kästchen zu.

1. Zeile: *Depression / Expansion / Rezession*

Stimmung: *gedrückt / Stimmung kippt – Pessimismus beginnt / Optimismus – Kauf und Investitionsfreude / Mutlosigkeit und Zurückhaltung*

Produktion: *wird zurückgeschraubt / Produktionsausbau – Produktionsengpässe wegen Nachfrage / erreicht Höhepunkt – Markt wird gesättigt / Tiefststand – Abbau von Standorten und Schließen von Betrieben*

Arbeitsmarkt: *hohes Beschäftigungsniveau – sinkende Arbeitslosigkeit / Nachfrage nach Arbeitskräften steigt / Massenarbeitslosigkeit / Arbeitskräfte werden entlassen*

Einkommen: *Einkommen gehen zurück / Einkommen steigen noch leicht / Einkommen wegen hoher Arbeitslosigkeit niedrig / Löhne steigen mit Mehrbeschäftigung*

Preise und Konsum: *Preise niedrig, aber sinkende Einkommen dämpfen Konsumnachfrage / Preise und Konsum sinken / Preisanstieg kommt infolge von Überproduktion zum Stillstand / Konsum nimmt zu – Preise steigen*

	Aufschwung	Hochkonjunktur	Abschwung	Krise
Stimmung				
Produktion				
Arbeitsmarkt				
Einkommen				
Preise und Konsum				



Wie viel kriegen wir für unser Geld?

Sind 100 Euro wirklich 100 Euro wert? Dies kann man erst überprüfen, wenn man sein Geld gegen bestimmte Waren eintauschen möchte. Wenn Geld im Zeitverlauf an Kaufkraft verliert, dann bezeichnet man dies als → Inflation (Teuerung, Preisniveauanstieg). Liegt die Inflation über den Sparbuchzinsen, lohnt es sich nicht, Geld auf diesem Sparbuch liegen zu lassen. Ernüchternd ist es auch, wenn die Inflation Lohnerhöhungen auffrisst. Wirtschaftspolitik versucht nun, die Inflation in Grenzen zu halten und einen stabilen Geldwert zu bekommen.

VERBRAUCHERPREISINDEX IN ÖSTERREICH

Durchschnitt 2005 = 100

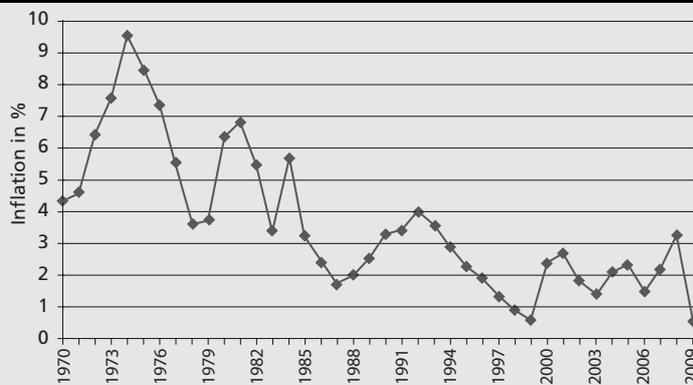
	2006	2007	2008	6/2009
Gesamtindex	101,5	103,7	107,0	107,7
Nachrichtenübermittlung	94,0	90,9	87,0	86,1
Erziehung und Unterricht	107,5	109,5	110,8	98,0
Freizeit und Kultur	97,8	97,8	98,7	99,3
Verkehr	102,7	103,1	108,6	104,8
Bekleidung und Schuhe	99,7	101,8	103,4	105,8
Gesundheitspflege	100,8	102,6	104,6	107,1
Alkoholische Getränke u. Tabak	100,3	102,5	107,6	109,0
Versch. Waren und Dienstleistungen	101,5	104,0	107,1	110,7
Nahrungsmittel und alk.freie Getränke	101,9	106,1	112,8	112,4
Wohnung, Wasser, Energie	104,3	109,1	112,1	114,3

Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.): Österreichs Wirtschaft im Überblick 2009/2010, S. 22



Der Verbraucherpreisindex zeigt die allgemeine Preisentwicklung an: Ausgehend vom Wert im Jahr 2005, sind beispielsweise die Preise für Nachrichtenübermittlung (Telefon, Handy etc.) gefallen, jene für Wohnung, Wasser und Energie gestiegen.

INFLATIONSRATE ÖSTERREICH 1970–2009



Quelle: OECD

Die Messung der Inflation

Die Veränderung des Geldwertes und der Preise erhebt die Statistik Austria monatlich mit einem Warenkorb. In diesem Warenkorb befinden sich 770 ausgewählte Güter und Dienstleistungen, die durchschnittliche Haushalte konsumieren. Der Verbraucherpreisindex (VPI) gibt nun an, um wie viel Prozent sich die Preise des Warenkorbs im Vergleich zum Vormonat verändert haben. Der Anstieg des VPI ist die Inflationsrate. In Österreich lag sie in den letzten Jahren meist zwischen 1 und 3 Prozent.

Im Vergleich zum Beginn der 1970er-Jahre ist die Inflationsrate in Österreich kontinuierlich gesunken.

Die Veränderung der Verbraucherpreise

Subjektiv haben die meisten Menschen das Gefühl: Das Leben wird immer teurer. Man spricht auch von „gefühlter Inflation“. Ein Blick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigt ein differenziertes Bild. So sind etwa die Kosten für Internet und Telefon in den letzten fünf Jahren um 14 Prozent gefallen. Die Preise für Freizeitaktivitäten sind durchschnittlich gleich geblieben. Empfindlich teurer geworden sind die Preise für Getränke und Nahrungsmittel, Wohnungen, Wasser- und Stromrechnungen: um durchschnittlich gar 14 Prozent. Auch im Verlauf der Inflationsrate ist die globale Finanzkrise 2008 deutlich abzulesen. Die einbrechende Nachfrage hat die Preise gedrückt und in Österreich 2009 kurzzeitig sogar zu einer → Deflation (vgl. Kasten „Ist Deflation besser als Inflation?“ auf S. 69) geführt.

Wie entsteht eine Inflation?

Warum Geld in einem bestimmten Zeitraum an Kaufkraft verliert, darüber gibt es verschiedene Erklärungen. Wenn etwa die Geldmenge in einer Volkswirtschaft schneller steigt als die → Gütermenge, dann gibt es verhältnismäßig zu viel Geld auf dem Markt und es verliert an Wert. Dies passiert, wenn eine Notenbank Geld druckt, etwa um Staatsschulden zu begleichen. → Inflation kann auch importiert werden, etwa durch steigende Preise bei Öl und Gas. Dies verteuert die Produktion und treibt damit die Preise in die Höhe. Aber die Inflation kann sich auch selbst fortpflanzen: Wenn die Kaufkraft sinkt, liegt die Forderung nach höheren Löhnen nahe. Höhere Lohnkosten verteuern aber die Produktion, was die Preise steigen lässt, und eine neue Schleife der Lohn-Preis-Spirale kann beginnen.

IST DEFLATION BESSER ALS INFLATION?

ARBEITSWISSEN

Die Inflation knabbert den Wert des Geldes an, das Geld verliert dabei an Wert. Demnach müsste das Gegenteil – eine Deflation – doch gut sein, könnte man denken. Deflation bedeutet, dass die Preise sinken und das Geld dabei kurzfristig an Wert gewinnt. Wenn die Preise sinken, ist dies nur für kurze Zeit von Vorteil. Unternehmen nehmen dadurch weniger ein, dies kann zu Lohnsenkungen und Entlassungen führen. Dadurch geht die Nachfrage zurück, was die Preise weiter drückt. Somit gibt es trotz niedriger Preise kaum GewinnerInnen am Ende der Deflationsspirale.

WIPO Wie bekämpft WirtschaftSPOLITIK die Inflation?

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union, genauer mit der Einführung der Währungsunion (gemeinsame Währung Euro), wird die Geldpolitik nicht mehr von jedem Land einzeln gemacht. Die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt wacht über die Geldmenge, die in Umlauf ist. Durch das Erhöhen oder Senken der Leitzinsen sowie durch andere Maßnahmen kann die Zentralbank die Geldmenge steuern mit dem Ziel, weder eine hohe → Inflation noch eine → Deflation zu haben.

Der Vorteil der Währungsunion ist, dass kleine Währungen und Volkswirtschaften nun nicht mehr großen Schwankungen ausgesetzt sind und die Inflation gering gehalten werden kann. Die gesamte Währungsunion kann in Krisenzeiten helfend einspringen, wie dies etwa bei der Bankenkrise seit 2008 und beim aktuell überschuldeten Griechenland der Fall ist. Dies bedeutet zugleich, dass sich Krisen in anderen Ländern auf alle Euroländer mit auswirken.

Preisstabilität versus Beschäftigung

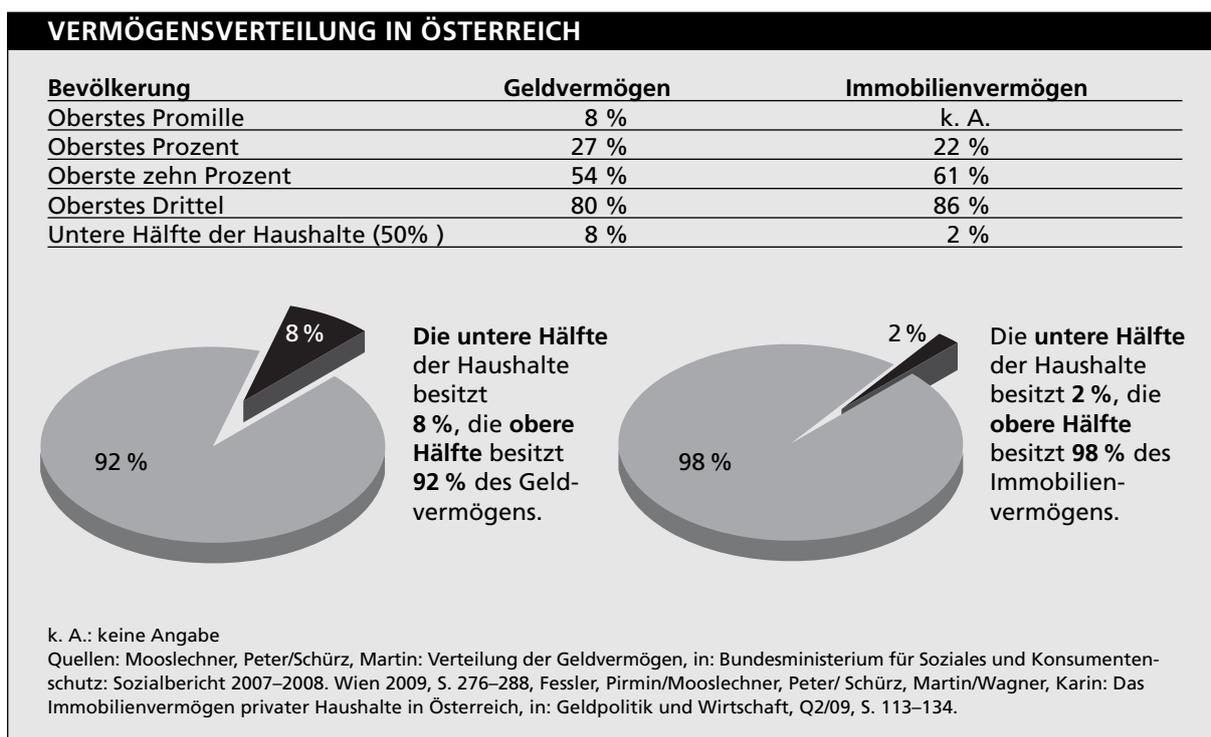
Die EZB hält sich an die Richtlinie, die Inflation nicht über 2 Prozent steigen zu lassen. Dies geschieht mit der Begründung, die Beschäftigung zu sichern. Wenn nun in Zeiten der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit steigt, wird auch der Ruf nach Beschäftigungsprogrammen (höhere Staatsausgaben) und nach „billigerem Geld“ (niedrigere Zinsen auf Kredite) laut. Dadurch würde sich die in Umlauf befindliche Geldmenge erhöhen, das Wirtschaftswachstum könnte steigen. Automatisch wird dadurch allerdings auch die Inflation verstärkt. Die wirtschaftspolitischen Ziele der Beschäftigung und der Geldwertstabilität stehen somit in einer gewissen Konkurrenz zueinander.

Arbeitsanregungen

1. Erklären Sie: Warum sind weder eine zu hohe → Inflation noch eine → Deflation für eine Volkswirtschaft gut? Warum versucht die EZB, die Inflation niedrig zu halten?
2. Wie kann man messen, ob und in welchem Ausmaß Geld an Kaufkraft verliert?
3. Diskutieren Sie: Wie entsteht Inflation und welche Möglichkeiten haben Notenbanken, darauf zu reagieren? Welche Vorteile und Nachteile entstehen daraus, dass die Geldpolitik in der Währungsunion von der Europäischen Zentralbank betrieben wird?
4. Spezialfrage: Welcher wirtschaftspolitischen Denkschule folgt die EZB, wenn sie stabile Preise über kurzfristige Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme stellt? Welche Folgen kann diese Politik der stabilen Preise in der Krise haben?


TRITTSTEIN 5 EINKOMMENSVERTEILUNG
Was ist eine gerechte Verteilung der Einkommen?

Wie groß wird einmal Ihr Stück vom Kuchen des Volkseinkommens sein? Die Frage nach einer gerechten Verteilung der Einkommen polarisiert die Gesellschaft. Was ist nun eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen? Ist es angemessen, dass SpitzensportlerInnen Millionen verdienen? Bildet sich die Leistung von ManagerInnen im hundert- bis tausendfachen Jahresgehalt von ArbeitnehmerInnen oder Angestellten des gleichen Unternehmens angemessen ab? Damit sind auch die Frage der Umverteilung sowie der Höhe der Besteuerung von Einkommen und Vermögen verknüpft.

Ungleiche Vermögensverteilung in Österreich – Wer bekommt wie viel vom Kuchen?


Vermögen ist in Österreich ungleich verteilt: An Geldvermögen, also Bargeld, Geldanlagen bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen sowie Aktien und anderen Wertpapieren, besitzt das oberste Tausendstel (Promille) aller Haushalte, das sind 3.500, etwa gleich viel wie die untere Hälfte, also 50 Prozent, aller Haushalte, das sind 1,75 Millionen. Die Immobilienvermögen (Wohnimmobilien inklusive Grundstückswert) sind fast doppelt so hoch wie die Geldvermögen.

Die Verteilung der Einkommen und Vermögen

Es ist leicht verständlich, dass das wirtschaftspolitische Ziel der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen gesellschaftlich umstritten ist. Die Interessen der Wohlhabenden und besser Verdienenden stehen etwa denen von sozial Schwächeren gegenüber. Das einkommensstärkste Fünftel der ÖsterreicherInnen konnte 2006 fast die Hälfte der gesamten Bruttobezüge (46,7 Prozent) beziehen. Die gleich große Gruppe des einkommensschwächsten Fünftels konnte nur 2,2 Prozent verbuchen (Quelle: http://www.bka.gv.at/site/infodate__02.02.2009/6630/default.aspx?id33632, 4.8.2010). Noch ungleicher fällt die Verteilung der Vermögen in Österreich im Jahr 2009 aus. An Geldvermögen besitzt die obere Hälfte der österreichischen Haushalte 92 Prozent, die untere Hälfte hingegen nur 8 Prozent. Im Vergleich dazu liegt in Österreich fast doppelt so viel Vermögen in Form von Immobilien vor: Hier besitzen die reichsten 50 Prozent fast das gesamte Immobilienvermögen, nämlich 98 Prozent. Auffallend dabei ist auch, dass die Zahlen der Frauen bei Einkommen und Vermögen deutlich unter jenen der Männer liegen.

Wie kommt es zur ungleichen Verteilung der Einkommen?

Nicht nur die in kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen und mit den ArbeitgeberInnen ausverhandelten Gehälter bestimmen das Bild der Verteilung der Löhne und Gehälter. So werden etwa beträchtliche Vermögenswerte an nachfolgende Generationen weitervererbt (die diese Vermögen nicht selbst erwirtschaftet haben), verschaffen diesen Personen erhebliche wirtschaftliche Startvorteile und verhindern damit auch Chancengleichheit in der Gesellschaft, da die Vermögen noch schneller anwachsen als die Einkommen und in Österreich teilweise steuerfrei sind. Darüber hinaus lässt sich in der Verteilung der Einkommen auch die Entwicklung des Arbeitsmarkts ablesen: Der Anstieg der Teilzeitarbeit, die Zunahme geringfügig Beschäftigter und der Anstieg der Arbeitslosigkeit drücken die niedrigen Einkommen. Dies erklärt auch zugleich einen Teil der geringeren Frauenlöhne. Rechnet man die unterschiedlichen Arbeitszeiten der Frauen (mehr Teilzeitarbeit) und Männer heraus, bleibt eine Benachteiligung der Fraueneinkommen (14 Prozent weniger Einkommen; Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update der WIFO Working Papers 307/2007). Die vom Staat betriebene Umverteilung durch Steuern (Steuerhöhe) und Transferleistungen (Kinderbeihilfe, Wohnbeihilfe etc.) wirkt dem Auseinanderklaffen von Arm und Reich ein wenig entgegen.

Leistung oder Bedarf?

Wer von gerechter Verteilung der Einkommen und Vermögen spricht, kann zweierlei Vorstellungen von Gerechtigkeit haben: *Leistungsgerechtigkeit* meint, dass das Einkommen sich vor allem an der Menge und Qualität der erbrachten Leistung orientieren soll. Der Markt verteilt die Einkommen, sozial Schwächere, Ältere und Kranke etwa zählen zu den VerliererInnen dieser Denkweise. Genau an diesem Punkt setzt die Argumentation für die *Bedarfsgerechtigkeit* an: Bedürftige brauchen Unterstützung, daher muss der Staat eingreifen und umverteilen. Sozialleistungen sollen nach Bedarf das Lohneinkommen (oder die Arbeitslosenunterstützung) ergänzen.

WIPO Wie reagiert WirtschaftsPOLITIK auf ungleiche Verteilung?

Das jeweilige politische Kräfteverhältnis, die Wahlergebnisse, bestimmen die Verteilungsdebatte in Österreich mit. Mit der Begründung, das Abfließen von großen Vermögen ins Ausland verhindern zu wollen, wurde in Österreich die Vermögensbesteuerung abgeschafft. Dies nutzte vor allem einer bestimmten Klientel. Kritische Stimmen aus dem keynesianischen Lager meinen, dass man versuchen sollte, die Kluft zwischen schwächeren und wohlhabenderen Gruppen nicht allzu weit auseinanderklaffen zu lassen. Dies sichert den sozialen Frieden einer Gesellschaft und unterstützt die Wirtschaftsentwicklung. Instrumente dieser Umverteilung von unten nach oben sind das Einheben von Steuern, Gebühren und Sozialabgaben, die dann beispielsweise als Sozialleistungen wieder an Bedürftige ausgezahlt werden. Kritische Stimmen beobachten in Österreich trotz aller Umverteilung unter dem Strich eine anwachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Auch das Verhältnis zwischen den Löhnen der unselbstständig Beschäftigten (→Lohnquote) und den Gewinneinkommen (Gewinnquote, besteht aus Einkommen aus Besitz, Vermögen und Unternehmensgewinnen) verschiebt sich stetig zugunsten der Gewinneinkommen.

Arbeitsanregungen

1. Diskutieren Sie in einer Rollendiskussion die Streitfrage: Welches Einkommen ist gerecht? Wodurch soll bestimmt werden, welches Einkommen angemessen ist? Soll sich das Einkommen an der Leistung und/oder am Bedarf orientieren?
2. Wie entwickeln sich in Österreich die Einkommen und Vermögen? Welche Ursachen können für diese Entwicklung genannt werden?
3. Informieren Sie sich über das Thema Armut in Österreich (z.B.: Statistik Austria, Caritas, Armutskonferenz etc.) und bereiten Sie eine Präsentation vor (siehe Text „ARMut in ÖsterREICH“ in der Onlineversion).
4. Spezialfrage: Welche Zusammenhänge lassen sich zwischen den beiden wirtschaftspolitischen Denkrichtungen und den beiden Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit sowie der Bedarfsgerechtigkeit herstellen?



Umweltschutz kann Arbeit schaffen

Vielfach wurde das Ziel des Umweltschutzes als der Wirtschaftsentwicklung abträglich eingeschätzt. Umweltauflagen würden die Produktion verteuern, die Wettbewerbsfähigkeit verringern und damit Arbeitsplätze vernichten. Viele haben jedoch längst erkannt, dass die Ressourcen endlich sind und die Belastbarkeit der Ökosysteme begrenzt ist. Das Missachten der Begrenztheit der Ressourcen und der Umweltbelastung kann der Wirtschaft den Boden unter den Füßen wegziehen und sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung wie auf die Lebensqualität auswirken. Ein Kurswechsel in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens schafft umgekehrt neue Berufsbilder und Arbeitsplätze. Und wer in umweltfreundliche Technologien investiert, der könnte im weltweiten Wettbewerb zukünftig die Nase vorne haben!

PRINZIPIEN ZUR FINANZIERUNG DES UMWELTSCHUTZES

VERURSACHERPRINZIP	NUTZNIESSERPRINZIP	GEMEINLASTPRINZIP
VerursacherInnen von Umweltschäden tragen deren Kosten	Belohnung umweltbewussten Verhaltens, Bestrafung umweltbelastenden Verhaltens	Umweltkosten werden von der öffentlichen Hand getragen

Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, pdf-Serie Wirtschaft und Wirtschaften – EINBLICKE, herunterladbar unter http://www.wirtschaftsmuseum.at/wmdown_einblicke_06.htm (letzter Zugriff 19.7.2010)

Die Grafik zeigt, auf welche verschiedene Arten man den Umweltschutz finanzieren kann: Beim ersten Modell tragen die VerursacherInnen von Umweltschäden die Kosten. Beim zweiten Modell werden jene, die mit ihrem Verhalten die Umwelt schonen, belohnt, und jene, die die Umwelt schädigen, bestraft. Beim dritten Modell werden alle Umweltkosten vom Staat übernommen.

Wer soll den Umweltschutz bezahlen?

Das lange Zeit praktizierte Prinzip des Abwälzens von Umweltkosten auf direkt oder indirekt Geschädigte oder die Allgemeinheit ist nur betriebswirtschaftlich gedacht, aber volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial bedenklich und schädlich. Zur Eindämmung der Umweltbelastung sowie zur Deckung der Kosten des Umweltschutzes werden verschiedene Prinzipien vorgeschlagen und angewandt.

- ➔ Das Verursacherprinzip stellt die direkten und indirekten Folgekosten durch Ressourcenverbrauch, Produktion und Transport den VerursacherInnen in Rechnung. Konsequenterweise würden dies höhere Preise für umweltschädigende Produkte bedeuten. Dies würde umweltfreundliche Produkte im Vergleich billiger machen.
- ➔ Das Nutznießerprinzip belohnt zusätzlich umweltbewusstes Verhalten (etwa durch eine staatliche Förderung beim Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten) und bestraft umgekehrt umweltbelastendes Verhalten (höhere Energiepreise statt Rabatte für Großabnehmer).
- ➔ Wenn der Staat die Kosten für eine Verbesserung der Lebensqualität aus Steuergeldern übernimmt, dann spricht man von Gemeinlastprinzip.

Warum sind Umweltschutz und Lebensqualität wirtschaftspolitische Ziele?

Die steigenden Preise der knappen Ressourcen legen einen schonenden Umgang mit Ressourcen auch aus wirtschaftlichen Gründen nahe. Die sogenannte Energiewende (mehr Energieeffizienz, weniger Energieverbrauch, Ausstieg aus fossilen Energieträgern, Einsatz umweltfreundlicher Technologien, Vermeidung von schädlichen Emissionen) rechnet sich langfristig und ist auch umwelt- und sozial verträglicher. Denn die Umweltkosten schlugen sich bislang als Belastungen und Kosten für die Allgemeinheit (z.B.: als Gesundheitsbelastungen und Kosten im Gesundheitssystem) nieder. Investitionen in die Forschung und Entwicklung dieser neuen Technologien schaffen → Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Eine gute Lebensqualität ist zudem ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor, der bei der Suche von Unternehmen nach neuen Standorten durchaus eine Rolle spielen kann.

B UMWELT(SCHUTZ) KENNT KEINE GRENZEN

Verantwortungsbewusster Umgang mit Umwelt und Lebensqualität darf nicht an nationalen Grenzen enden, die großen ökologischen Herausforderungen sind vor allem in transnationalen und globalen Kooperationen zu bewältigen. Dies braucht auch fairere Wettbewerbsbedingungen im Weltmarkt und das Achten auf globale Standards, denn ansonsten erkaufen wir uns eine bessere Umwelt- und Lebensqualität auf Kosten ärmerer Länder. Die Bilder von Kindern, die auf Müllhalden im giftigen, illegal nach Afrika exportierten europäischen Elektronikschrott wühlen, sowie die unmenschlichen Produktionsbedingungen in der Textilindustrie in Billiglohnländern durch Preisdumping sind zwei von zahllosen Beispielen, wie derzeit Umweltbelastungen „exportiert“ werden und die Lebensqualität durch ungleiche Machtpositionen im globalen Handel verschlechtert wird.

WIPO Wie kann WirtschaftsPOLITIK den Umweltschutz vorantreiben?

Wirtschaftspolitik kann Rahmenbedingungen schaffen, die Umweltschutz zu einem integralen Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung machen.

- ➔ Auf globaler Ebene: Im globalen Maßstab können hier etwa die Versuche genannt werden, mit Emissionshandel die Ziele des Klimaschutzes in der Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen.
- ➔ Auf EU-Ebene stehen die Interessen einer industriellen Landwirtschaft den vorhandenen Bemühungen um eine biologische Produktion entgegen. Der freie Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarkts als wirtschaftspolitisches Credo verhindert bisweilen ökologisch sinnvolles Lenken in wichtigen Politikfeldern. Die ökologisch sinnvolle Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs (Bsp.: Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene) musste etwa zugunsten der Freiheit der Wahl der Verkehrsmittel abgeschwächt werden.
- ➔ Nationale Wirtschaftspolitik kann aber auch in Programmen zur Ankurbelung der Konjunktur den Umweltschutz unterstützen. Die Förderung von Maßnahmen zur Wärmedämmung von Gebäuden beispielsweise senkt den Energieverbrauch und unterstützt die regionale Wirtschaft. Die „Schrottprämie“ beim Eintausch des Kfz mit einem Neuwagen wurde als Umweltschutzmaßnahme verkauft. Da diese aber unabhängig von Motorleistung und Kraftstoffverbrauch gewährt wurde, diente dies eher zur Ankurbelung im Automobilhandel als zur Reduktion der Schadstoffbelastung.

Arbeitsanregungen

1. Ordnen Sie folgende Maßnahmen den drei Prinzipien der Finanzierung des Umweltschutzes zu: *Globaler Emissionshandel, motorbezogene Kfz-Steuer (Höhe nach Leistung und Verbrauch des Fahrzeugs), Förderungen für Landschaftspflege an landwirtschaftliche Betriebe, Förderungen für biologische Landwirtschaft durch EU, Verschrottungsprämie, Förderung der Wärmedämmung durch Staat.* Finden Sie weitere Beispiele.

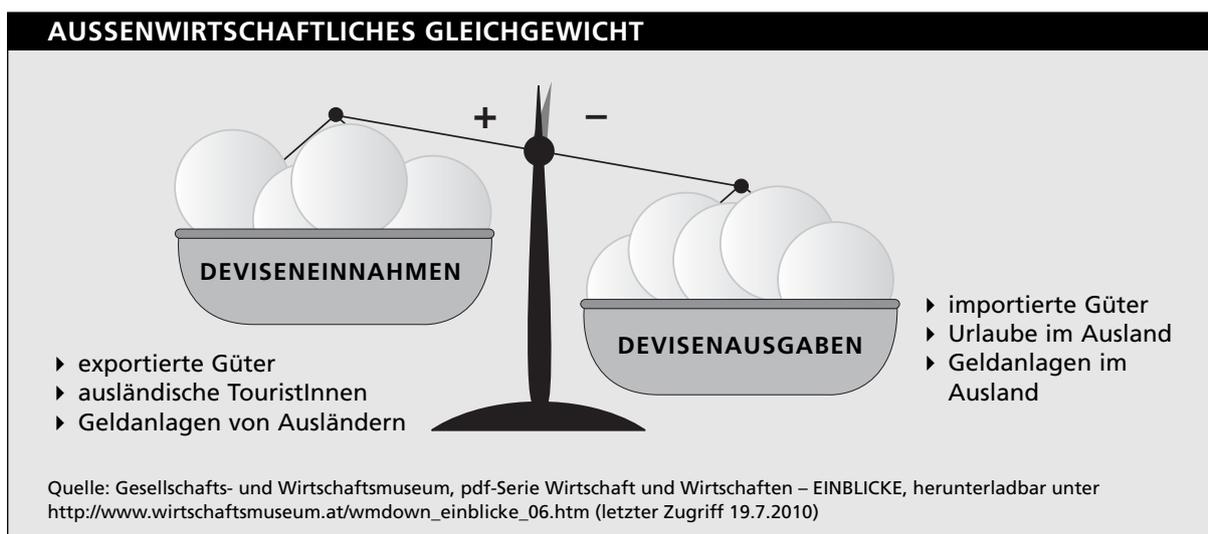
Verursacherprinzip	Nutznießerprinzip	Gemeinlastprinzip

2. Wirtschaftspolitik und Umweltschutz konkret: Unter welchen Bedingungen wäre eine Verschrottungsprämie beim Kauf eines Neuwagens auch ein Beitrag zur Steigerung der Umweltqualität?
3. Argumentieren Sie, wie Interessenkonflikte zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umweltschutz entstehen können. Umgekehrt: Wie kann ein Mangel an Umweltschutz das Wirtschaftswachstum und damit auch die Beschäftigung gefährden?
4. Umweltschutz ist in der keynesianischen wie in der neoliberalen Denkschule kein zentrales Thema. Formulieren Sie Forderungen und Positionen einer dritten wirtschaftspolitischen Denkschule, die Umweltschutz als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel ansieht.



Gleichgewicht statt schiefer Ebene

Österreich ist keine Insel. Auch aus Sicht der Ökonomie ist Österreich ein Binnenland, umgeben von Handelspartnern. Der Austausch von Waren, aber auch von Finanztransaktionen trägt zum Wohlstand Österreichs bei. Auch als TouristInnen im Ausland exportieren wir Wirtschaftskraft in unsere Urlaubsländer, umgekehrt können wir Ausgaben von BesucherInnen aus dem Ausland bei uns verbuchen. Es gilt als erstrebenswert, wenn sich die Einnahmen aus dem Außenhandel mit den Ausgaben etwa die Waage halten.



Eine Methode, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu messen, ist, die Zahlungseingänge und die Zahlungsausgänge gegenüberzustellen. In der sogenannten →Leistungsbilanz werden jene Felder der wirtschaftlichen Aktivitäten aufgelistet, die zu grenzüberschreitenden Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen führen. Vereinfacht dargestellt werden hier die Zahlungseingänge aus Exporten an Gütern und Dienstleistungen, von ausländischen Reisenden in Österreich sowie von Geldanlagen von AusländerInnen in Österreich im Vergleich zu den Zahlungsausgängen berechnet. Zahlungsausgänge entstehen durch Importe, durch Tourismusausgaben im Ausland sowie durch Investitionen im Ausland.

Der Außenhandel: Vom Defizit zum Überschuss

Traditionell wies die österreichische Wirtschaft ein leichtes Minus in der Außenwirtschaft aus. Das bedeutet, dass mehr Zahlungen von Österreich ins Ausland abgeflossen sind, als Zahlungen nach Österreich eingegangen sind. Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union konnten die Vorteile des Europäischen Wirtschaftsraums genutzt werden. Vor allem der EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer hat den Handelsverflechtungen noch einmal Impulse gegeben, seit 2004 weist die →Leistungsbilanz Österreichs einen anwachsenden Überschuss aus. Dazu trägt unter anderem auch der Tourismus bei: 2008 wurde beispielsweise im Tourismus in Österreich mit fast 15 Milliarden Euro beinahe doppelt so viel eingenommen, als österreichische Reisende im Ausland ausgegeben haben.

Warum wird ein Gleichgewicht im Außenhandel angestrebt?

Auf den ersten Blick scheint es doch verlockend zu sein, ein deutliches Plus im Außenhandel zu erwirtschaften. Eine große Außennachfrage kann jedoch die Konjunktur (das Wirtschaftswachstum) zu stark nach oben treiben, zudem kann das zusätzlich in die Volkswirtschaft fließende Geld die Inflation (Geldentwertung) verstärken. Weiters ist mit Geldschulden immer auch das Risiko des Ausfalls der Zahlung durch die Schuldnerländer verbunden.

Aber auch ein Minus im Außenhandel ist alles andere als erstrebenswert: Eine negative Leistungsbilanz trägt zur Verschuldung des eigenen Landes und zur Abhängigkeit des Landes von Gläubigerländern bei, bei denen es verschuldet ist. Eine hohe →Importquote schwächt zudem die regionale Wirtschaft, reduziert die Binnennachfrage nach Waren und Dienstleistungen und reduziert damit die Beschäftigung.

MIT WEM HANDELN WIR?

ARBEITSWISSEN

Durch den Beitritt Österreichs zur EU hat sich der österreichische Außenhandel mit den EU-Nachbarstaaten verstärkt. Die „vier Freiheiten“ im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – freier Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr – haben dies erleichtert und unterstützt. Der dadurch geschaffene europäische Binnenmarkt bedeutet einen größeren Absatzmarkt, einen Wegfall der Handelschranken und gleichzeitig mehr Konkurrenz. Österreich zählt zu den Gewinnern des EWR und der Osterweiterung der EU. Wir erwirtschaften beinahe drei Viertel der Exporterlöse aus dem EU-Raum. Die gemeinsame Währung fördert zusätzlich die Handelsbeziehungen in der Eurozone, weil →Wechselkursschwankungen wegfallen.

Wie erreicht man ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht?

Die Rahmenbedingungen des Europäischen Wirtschaftsraumes und der gemeinsamen Währung fördern den Austausch von Waren, Dienstleistung und Kapital innerhalb der Mitgliedsstaaten. Auf einen ausgeglichenen Außenhandel zu achten, ist weiterhin nationalstaatliche Aufgabe. Über Kapitalimporte bzw. Kapitalexporte haben Staaten die Möglichkeit, Ungleichgewichten entgegenzuwirken. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts kann durchaus in Konflikt zu anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen („Magisches Vieleck“) stehen, etwa zur Preisstabilität.

Arbeitsanregungen

1. Stellen Sie in einer Collage dar, durch welche wirtschaftlichen Aktivitäten Sie selbst zur Bilanz des österreichischen Außenhandels beitragen.
2. Argumentieren Sie, warum weder ein Plus noch ein Minus im Außenhandel erstrebenswerte Ziele sind.
3. Welche Folgen hatten die Erweiterungsschritte der EU in den letzten Jahren für die Entwicklung des österreichischen Außenhandels?

Herbert Pichler, Mag.

Studium Geographie und Wirtschaftskunde sowie Deutsche Philologie (beides Lehramt) an der Universität Wien. BHS-Lehrer am Schulzentrum Ungargasse, 1030 Wien, sowie Bundeslehrer im Schuldienst am Fachdidaktikzentrum des Instituts für Geographie der Universität Wien (<http://fdz-gw.univie.ac.at>). Schulbuchautor (Deutsch, Geographie und Wirtschaftskunde, Politische Bildung) und LehrerInnenbildner.



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende ergänzende Unterrichtsbeispiele und Arbeitsaufgaben:

- ▶ Pichler, Herbert: *Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?*, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Herrschaft und Macht* (= Informationen zur Politischen Bildung 31). Innsbruck–Wien–Bozen 2009
- ▶ Zu Trittstein 1: Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Zwei Seiten einer Medaille“
- ▶ Zu Trittstein 2: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Vergleich der Arbeitslosenquoten EU, USA und Japan 1990 bis 2009“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“
- ▶ Zu Trittstein 3: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Ankurbelung der Wirtschaft in Österreich 2009/2010“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Vorhersage der Konjunktur“
- ▶ Zu Trittstein 4: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Der Warenkorb – Der Verbraucherpreisindex“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Doch kein Konflikt zwischen Beschäftigung und Inflation?“
- ▶ Zu Trittstein 5: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Armut und Gleichstellung der Geschlechter“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Gehaltsunterschiede“; Text: ARMut in ÖSTERREICH
- ▶ Zu Trittstein 6: Arbeitsaufgabe zu Grafik „Energiesparen schont Umwelt und Geldbörse“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Was du heute kannst besorgen ...“
- ▶ Zu Trittstein 7: Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Stärkung des Binnenmarkts“
- ▶ Arbeitswissen: Arbeitslosenquote in ausgesuchten Ländern

Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Alfred Germ und Thomas Hellmuth

Politik und ihre wirtschafts- politischen Handlungsspielräume

Bezug zum Informationsteil	Kurt W. Rothschild: Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik Wilfried Altzinger, Margit Schratzenstaller: Krisenursachen, Krisendynamiken, Maßnahmen
Zielgruppe	Sekundarstufe I und II. Die einzelnen Unterrichtsbeispiele lassen sich zum Teil für beide Sekundarstufen verwenden, wobei freilich qualitativ unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten sind.
Lehrplanbezug	Die Lehrplanbezüge für die Anwendung der folgenden Unterrichtsbeispiele in den verschiedenen Schultypen (AHS, HS, BHMS) werden ausführlich in der Onlineversion des Bandes erläutert.
Kompetenzen	Methoden-, Urteils- und Sachkompetenz. Das Thema lässt eine klare Trennung der Kompetenzen nur bedingt zu; vielmehr überschneiden sich die Kompetenzen bei den angeführten Unterrichtsbeispielen. Durch die Beschäftigung mit ähnlichen Themen im Verlauf der Schullaufbahn ist auch – im Sinne kritischen Verhaltens als KonsumentIn und des Engagements für wirtschaftspolitische Entscheidungen – Handlungskompetenz zu erwarten.
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Welchen Handlungsspielraum besitzt Politik im wirtschaftlichen Bereich? Soll sie gestalten oder gestalten lassen? Gibt es einen Mittelweg?▶ Welche Interessen verfolgen einzelne Akteure im Feld der Wirtschaftspolitik?▶ Welchen Konfliktgehalt birgt Wirtschaftspolitik?▶ Wie sind SchülerInnen von Wirtschaftspolitik betroffen?
Wirtschaft und Politik miteinander verflochten	<p>Annäherung an das Thema</p> <p>Wirtschaft und Politik sind zwei verflochtene Sphären gesellschaftlicher Realität. Auf wissenschaftlicher Ebene werden primär im Rahmen der politischen Ökonomie die Zusammenhänge analysiert und reflektiert. Dabei fokussieren die zentralen Fragestellungen darauf, wie weit Politik in der Form staatlichen Handelns in den Bereich des Wirtschaftens intervenieren soll oder eben nicht. In letzterem Fall stellt sich auch die Frage, ob der Staat nicht als „Erfüllungsgehilfe“ dem wirtschaftlichen System dient und somit seiner zentralen Aufgabe in einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, nämlich individuelle und kollektive Interessen durch gemeinsame Regeln zu verbinden, widerspricht. Damit ergibt sich die Frage, wie weit die Methoden und Instrumente zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele nicht aus Ideologie(n) resultieren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die Gesamtgesellschaft prägen (siehe Kasten von Brigitte Unger auf S. 12 idB).</p>

Eine Aufgabe der politischen Bildung ist es, dies zu diskutieren, d.h. über Vor- und Nachteile wirtschaftspolitischer Modelle zu reflektieren und – im Sinne der Urteils- und Orientierungskompetenz – eventuell auch eine Präferenz für eines der Modelle zu entwickeln und begründen zu können. Im Folgenden wird dies am Beispiel der wirtschaftsliberalen bzw. neoliberalen Modelle sowie des Sozial- und Wohlfahrtsstaates diskutiert (siehe Kasten von Brigitte Unger auf S. 12 idB). Im Zentrum steht dabei der Mensch als gesellschaftliches Wesen, wie im Diagramm „Wirtschaftspolitische Akteure“ (siehe S. 55 idB) deutlich wird.

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Querschnittsmaterie Wirtschaft und Politik	Beide Themenfelder ziehen sich als Querschnittsmaterie vor allem durch die AHS-Lehrpläne der Fächer Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Geographie/Wirtschaftskunde. Der enorm hohe Anteil an politischer Bildung im Rahmen des Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts wird dabei gerade an dieser Thematik sehr deutlich. ¹ In Anlehnung an das Kompetenzmodell der politischen Bildung werden daher Unterrichtssequenzen geboten, aus denen für die jeweilige Jahrgangsstufe ausgewählt werden kann.
Arbeitswissen	Im Rahmen des <i>Arbeitswissens</i> werden der Begriff der Wirtschaftspolitik, die verschiedenen wirtschaftspolitischen Modelle und der Begriff der „ökonomischen Ethik“ geklärt, wobei im Sinne des didaktischen Prinzips der SchülerInnen- und Lebensweltorientierung ² an die unmittelbare Lebenswelt der SchülerInnen angeknüpft werden soll. Das Lernfeld der Wirtschaftspolitik soll nicht als fern und abstrakt empfunden werden, sondern als unmittelbar erfahrbar. ³
Sachkompetenz	<i>Sachkompetenz</i> wird durch das Anwenden bereits bekannter Begriffe und Modelle aus dem Lernfeld Wirtschaft geübt. In diesem Zusammenhang muss auch vermittelt werden, dass hinter all diesen Begriffen und Modellen stets menschliches Handeln steht und Wirtschaft keinesfalls auf das Alltagsverständnis von Unternehmertum und damit oftmals auf Betriebswirtschaft verkürzt werden darf, sondern die volkswirtschaftliche Perspektive von viel größerer Bedeutsamkeit ist.
Methodenkompetenz	Im Rahmen der <i>Methodenkompetenz</i> sollen die SchülerInnen – in Verbindung mit der Herausbildung von Sachkompetenz – lernen, Begriffe wie Liberalismus, Neoliberalismus sowie Sozial- und Wohlfahrtsstaat bei der Analyse politischer Standpunkte anzuwenden.
Urteilskompetenz	<i>Urteilskompetenz</i> wird schließlich trainiert, indem die SchülerInnen die Auswirkungen von Wirtschaftspolitik einschätzen, sich über die Sinnhaftigkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft eine Meinung bilden sowie das Verhältnis von wirtschaftlichem Handeln und Moral im Sinne ökonomischer Ethik einschätzen. Zudem sollen die SchülerInnen verschiedene Aussagen und Urteile von wirtschaftspolitischen Akteuren in Hinblick auf wirtschaftspolitische Modelle und auf Interessenbezogenheit nachvollziehen können.

UNTERRICHTSBEISPIELE

1. Wirtschaftspolitik

(Sekundarstufe I, 8. Schulstufe, oder Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

Klärung des Begriffs „Wirtschaftspolitik“	Zur Klärung des Begriffs „Wirtschaftspolitik“ sammeln die SchülerInnen Wortkombinationen, in denen die Wörter „Wirtschaft“ und „Politik“ vorkommen. Mit den gefundenen Begriffen wird verdeutlicht, dass auch das Leben der SchülerInnen bereits in beide Sphären eingebettet ist. Als Arbeitswissen, zugleich aber auch zur Herausbildung der Urteilskompetenz wird der Begriff der Wirtschaftspolitik schließlich anhand verschiedener Politikfelder erklärt und zugleich auf die Lebensweltorientierung der SchülerInnen Bezug genommen (M ₁).
--	---

2. „Steuercheck“ – Welche Steuern gibt es?

(Sekundarstufe I, 8. Schulstufe, oder Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

Prinzipien der Wirtschaftsmodelle vermitteln	Für die SchülerInnen der Hauptschule und der AHS-Unterstufe stellen wirtschaftspolitische Modelle ohne Zweifel eine zu abstrakte Materie dar, um sie im Unterricht detailliert zu behandeln. Möglich ist allerdings eine partielle Annäherung, wenn im Sinne einer „vertikalen didaktischen Reduktion“ ⁴ kein Anspruch auf exakte Begriffsdefinitionen gestellt, sondern lediglich Prinzipien der unterschiedlichen Modelle vermittelt werden. Am Beispiel von Steuern, die auch Jugendliche etwa beim Kauf von Konsumprodukten betreffen, kann die Frage des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft auf einem altersgemäßen Niveau diskutiert und letztlich eine Basis geschaffen werden, auf welcher der Unterricht in der
---	--

Sekundarstufe II aufbauen kann. Folgender Unterrichtsvorschlag lässt sich aber auch in der 11. oder 12. Schulstufe sehr gut verwirklichen.

„Steuercheck“ Zur Schaffung von „Arbeitswissen“ muss zunächst geklärt werden, wozu Steuern bezahlt werden und welche Steuern es gibt. Dazu eignet sich ein „Steuercheck“, wobei folgende Überlegungen zentral sind: Im Alltagsdiskurs ist oftmals davon die Rede, dass niemand gerne Steuern zahle. Was würde es aber bedeuten, wenn keine Steuern zu bezahlen sind? Wie könnte man dann eine Gemeinschaft organisieren? Welche Bedeutung hat es für einen Staat, wenn Korruption und Schwarzarbeit Politik und Wirtschaft prägen?

Zur Beantwortung dieser Fragen beschäftigen sich die SchülerInnen in Einzel-, Partner- und Gruppenarbeit mit folgenden Themen:

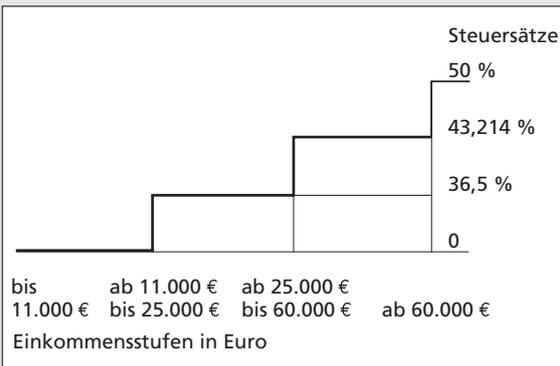
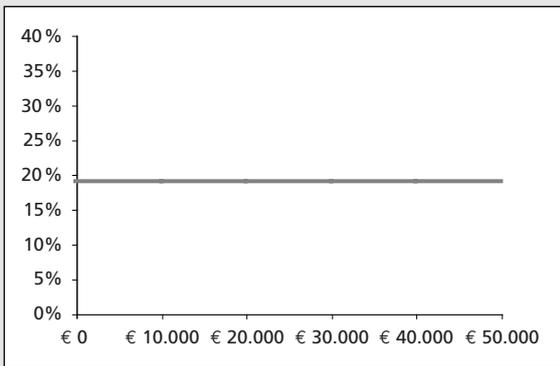
- ▶ Warum muss man Steuern zahlen?
- ▶ Welche Steuern kenne ich?
- ▶ Welche Steuern bezahle ich bereits als SchülerIn?
- ▶ Ich weiß, was man unter Schwarzarbeit versteht. Das bedeutet nämlich, dass ...
- ▶ Ich darf zur Schule gehen! Wer bezahlt eigentlich die Schulräume, die LehrerInnen?
- ▶ Was ist der Unterschied zwischen „brutto“ und „netto“?
- ▶ Ist eine Steueroase ein Ferienparadies?
- ▶ Was versteht man unter FinanzministerIn, Finanzamt und Steuerhinterziehung?

Einzel- und Gruppenarbeit Die Beschäftigung mit den Fragen und Aufgaben erfolgt zunächst in Einzelarbeit. In einem zweiten Schritt vergleichen und ergänzen die SchülerInnen ihre Antworten in Partnerarbeit. In einer Gruppenarbeit soll ferner neben weiteren Vergleichen und Ergänzungen auch über die verschiedenen Ergebnisse diskutiert werden. Unter Anleitung der Lehrerin/des Lehrers erfolgt schließlich eine allgemeine Reflexion im Klassenforum, die zur

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IN ÖSTERREICH		A	R	B	E	I	T	S	W	I	S	S	E	N
Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)	Sie ist in den Preisen von Produkten und Dienstleistungen enthalten und beträgt grundsätzlich 20 %. Ausnahmen bilden Nahrungsmittel oder Bücher.													
Einkommensteuer (Lohnsteuer)	Besteuert die Einkünfte der selbstständig und unselbstständig Erwerbstätigen und richtet sich nach der Höhe des Einkommens. Höchststeuersatz liegt bei 50 %.													
Mineralölsteuer (MÖST)	Damit werden Mineralöle wie Diesel und Benzin besteuert. Je nach Mineralöl liegt die Steuer etwa bei 60 % pro Liter.													
Körperschaftssteuer (KÖST)	Große Unternehmen wie etwa Aktiengesellschaften oder GmbH werden mit 25 % auf den jährlichen Gewinn besteuert.													
Tabaksteuer	Wird auf Tabakwaren eingehoben und beträgt mindestens 83 Cent auf eine 20er-Packung.													
Stiftungen	Beim Einbringen von Kapital (auch Sachgüter) fallen 2,5 % Stiftungseingangssteuer an („kleiner Steuervorteil“). Die Zinserträge, die jährlich aus Stiftungen erwachsen, werden mit 12,5%, das ist die Hälfte der KESt, besteuert („großer Steuervorteil“), wobei gewisse Vermögensveräußerungen sogar steuerfrei sind.													
Gruppenbesteuerung	Verluste österreichischer Tochterunternehmen können mit den Gewinnen des Unternehmens im Inland gegengerechnet werden. Das reduziert die Bemessungsgrundlage bei der Berechnung der Gewinnsteuern.													
Vermögenssteuern	Ehemalige Erbschafts- und Schenkungssteuer; in Österreich ist Vermögen kaum besteuert.													

Am Ende Reflexion im Klassenforum Klärung von noch offenen Fragen dienen soll. Im Anschluss daran stellt der/die LehrerIn in einem Lehrervortrag die beiden idealtypischen Steuermodelle, das „Progressive Steuermodell“ und das „Flat-Tax-Modell“ vor (siehe Arbeitswissen S. 79 idB).

„Amerikanische Debatte“ In der Folge wird eines der Modelle mithilfe einer „Amerikanischen Debatte“ diskutiert: Die Klasse teilt sich in zwei Gruppen, wobei eine Gruppe Pro-Argumente und die andere Gegenargumente sammelt. Im Gegensatz zur Pro-und-Kontra-Diskussion erfolgt die Debatte nach festen Regeln: Jede Gruppe bestimmt für die Debatte drei bis vier DiskutantInnen, die sich an einem Tisch gegenüber sitzen. Der Diskussionsleiter bzw. die Diskussionsleiterin beginnt die Debatte, indem er/sie den Sachverhalt kurz erklärt und einem ersten Diskutanten bzw. einer ersten Diskutantin das Wort erteilt. Jede/r DiskutantIn hat eine bestimmte Zeit, zwischen 30 und 60 Sekunden, zur Verfügung. Der Rede folgt eine Gegenrede; ist die Runde zu Ende, geht es wieder rückwärts bis zum Ausgangspunkt. ProtokollführerInnen können die vorgebrachten Argumente mitschreiben und nach der Diskussion zusammenfassen.

IDEALTYPISCHE STEUERMODELLE	ARBEITSWISSEN										
<p>Progressives Steuermodell Dieses Modell geht davon aus, dass mit zunehmendem Einkommen und Vermögen auch der Steuersatz steigt. „Wer mehr verdient, zahlt daher grundsätzlich mehr Steuern.“ Damit soll eine Umverteilung von den besser Verdienenden zu den schlechter Verdienenden erreicht werden. Bei einem linearen Steuertarif mit konstantem Steuersatz steigt die Steuer proportional an. Bei einem linear →progressiven Steuertarif steigt die Steuer proportional zum Einkommen. Bei einem stufigen progressiven Steuertarif gibt es mehrere Zonen, in denen der Steuersatz jeweils gleich bleibt. Durch Freibeträge werden meistens gewisse Teile des Bruttojahreseinkommens von der Steuer befreit, sodass nicht das gesamte Einkommen der progressiven Besteuerung unterliegt.</p>	<p>Flat-Tax-Modell Dieses Modell sieht eine einheitliche Besteuerung vor, egal wie hoch das Einkommen oder Vermögen ist. „Wer mehr verdient, zahlt daher grundsätzlich weniger Steuern.“ Die besser Verdienenden profitieren von derartigen Modellen daher viel umfangreicher. Verteilungspolitisch gilt dieses Modell als problematisch. Durch den einheitlichen Steuertarif ergibt sich eventuell eine vereinfachte Berechnung der zu zahlenden Steuersumme und weniger administrativer Aufwand. Seit der Transformation vieler osteuropäischer Staaten von der Plan- zur Marktwirtschaft haben viele dieser Staaten dieses Modell eingeführt. In der Slowakei gibt es mit 19 % eine einheitliche Mehrwertsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftssteuer.</p>										
 <table border="1" style="margin-top: 10px; border-collapse: collapse; width: 100%;"> <thead> <tr> <th>Einkommensstufen in Euro</th> <th>Steuersätze</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>bis 11.000 €</td> <td>0</td> </tr> <tr> <td>ab 11.000 € bis 25.000 €</td> <td>36,5 %</td> </tr> <tr> <td>ab 25.000 € bis 60.000 €</td> <td>43,214 %</td> </tr> <tr> <td>ab 60.000 €</td> <td>50 %</td> </tr> </tbody> </table> <p>Quelle: http://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Steuerreform_09_20.3-3.pdf, S. 5 (letzter Zugriff 15.7.2010)</p> <p>Die Grafik zeigt ein stufig progressives Steuermodell anhand des österreichischen Lohn- und Einkommensteuertarifs: Je höher das Jahreseinkommen ist, desto höher ist der Steuersatz.</p>	Einkommensstufen in Euro	Steuersätze	bis 11.000 €	0	ab 11.000 € bis 25.000 €	36,5 %	ab 25.000 € bis 60.000 €	43,214 %	ab 60.000 €	50 %	 <p>Quelle: Eigene Darstellung Alfred Germ</p> <p>Beim Flat-Tax-Modell zahlen alle Erwerbstätigen gleich viel Prozent ihres Einkommens an Steuern. Die Grafik zeigt das Beispiel der Slowakei, hier liegt der Steuersatz bei 19 Prozent.</p>
Einkommensstufen in Euro	Steuersätze										
bis 11.000 €	0										
ab 11.000 € bis 25.000 €	36,5 %										
ab 25.000 € bis 60.000 €	43,214 %										
ab 60.000 €	50 %										

Danach entscheiden die BeobachterInnen durch eine Abstimmung über die ihrer Meinung nach besseren Argumente. Auch eine Plenumsrunde ist als Abschluss möglich. Am Ende der Unterrichtssequenz werden schließlich die wichtigsten Steuern als „Arbeitswissen“ in einem LehrerInnen-SchülerInnen-Gespräch kurz zusammengefasst.

3. Wirtschaftspolitische Modelle (Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

Arbeitswissen schaffen In der Sekundarstufe II lässt sich auf das noch recht rudimentäre Wissen über die Frage des staatlichen Einflusses aufbauen: Die SchülerInnen haben eine erste Vorstellung von den verschiedenen Positionen zum Thema erhalten, die nun detaillierter behandelt werden können. In einem ersten Schritt erhalten sie dafür eine Übersicht der verschiedenen wirtschaftspolitischen Modelle (Kasten auf S. 12 idB), die sie zunächst – im Sinne eines ergebnisorientierten Unterrichts bzw. erarbeitender Lernverfahren⁵ – bearbeiten. Damit wird „Arbeitswissen“ geschaffen, das zur Herausbildung von Sach- und Urteilskompetenz notwendig ist. In einem weiteren Schritt versuchen die SchülerInnen Passagen aus den Partei- bzw. Grundsatzprogrammen (siehe M₄ in der Onlineversion) den jeweiligen wirtschaftspolitischen Modellen zuzuordnen (Sachkompetenz). Möglich ist freilich auch, die SchülerInnen in Gruppen gesamte Partei- oder Grundsatzprogramme auf die darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchsuchen zu lassen.⁶ Dabei werden die in M₄ gestellten Fragen beantwortet.

„Sandwich-Feedback“ Dazu werden Gruppen gebildet, die schließlich ihre Ergebnisse vorstellen und begründen. Im Rahmen eines sogenannten „Sandwich-Feedbacks“⁷ werden die Präsentationen sowohl von den SchülerInnen als auch von dem/der LehrerIn kommentiert. Zusätzlich könnten Plakate gestaltet werden, auf denen Konterfeis von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien bestimmte Aussagen zur Wirtschaftspolitik in Sprechblasen zugeordnet werden. Als Abschluss der Unterrichtssequenz wird – unter zusätzlicher Hilfe von M₅ (in der Onlineversion) – die Urteilskompetenz trainiert.

4. Politik und Wirtschaft in der EU: Zuständigkeiten und Kompetenzaufteilung (Sekundarstufe II, 10. bis 12. Schulstufe)

Die EU regelt immer stärker die Lebensbereiche der EU-BürgerInnen, auch wenn dies oftmals nicht bewusst sein mag. Dies betrifft vor allem den Bereich der Wirtschaftspolitik, der ja auch am stärksten vergemeinschaftet ist. Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses haben sich dabei zwischen den EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Ministerrat, EU-Parlament) und den Nationalstaaten folgende Zuständigkeiten herausgebildet, die das Leben der EU-BürgerInnen beeinflussen.

- ➔ Die Gemeinsame Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik sowie die Außenhandelspolitik fallen dabei unter die ausschließliche Zuständigkeit der EU. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist für die Währungs- und Geldpolitik und damit für die Stabilität des Euro zuständig.
- ➔ Andere Politikfelder wie zum Beispiel die Gemeinsame Agrar-, Sozial-, Verkehrs-, Energie-, Forschungs- und Umweltpolitik fallen dabei unter die gemischte Zuständigkeit von EU und Mitgliedsstaaten.
- ➔ Im ausschließlichen Einflussbereich der Nationalstaaten liegen weiterhin etwa Fragen des Sports, der Bildung oder der Kultur (siehe dazu Arbeitsblatt M₂ bzw. die Mengengrafik „Zuständigkeiten in der Europäischen Union“ auf <http://www.bpb.de/files/LF1XME.pdf>).

VERORDNUNGEN UND RICHTLINIEN		ARBEITSWISSEN
Verordnungen <ul style="list-style-type: none"> ▶ Richten sich unmittelbar an die EU-BürgerInnen, ▶ begründen für EU-BürgerInnen subjektive Rechte und Pflichten, ▶ nationale Umsetzung ist nicht mehr erforderlich. 	Richtlinien <ul style="list-style-type: none"> ▶ Richten sich an die Mitgliedsstaaten und nicht direkt an die EU-BürgerInnen, ▶ geben den Mitgliedsstaaten einheitliche Ziele vor, ▶ müssen durch nationale Gesetze umgesetzt werden. 	

Dabei nehmen der EU-Ministerrat (die jeweiligen nationalen MinisterInnen) und das Europäische Parlament mittels Verordnungen und Richtlinien auf die nationale Gesetzgebung Einfluss. Verordnungen und Richtlinien betreffen daher die EU-BürgerInnen in jedem Fall.

Simulationsspiel EU-Konvent Infolge der jüngsten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch eine Vielzahl europäischer Staaten sehr stark betrifft, ist die Forderung nach Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung⁹ lanciert worden. Die SchülerInnen bilden dazu in der Klasse einen EU-Konvent (Ablauf des Spiels siehe Onlineversion).

5. World Café zu internationalen Akteuren der Wirtschaftspolitik (Sekundarstufe II, 12. Schulstufe)

Stationenbetrieb Um dieses umfangreiche Stoffgebiet internationaler Akteure der Weltwirtschaft zu bewältigen, bietet sich die Methode des World Cafés an. Dazu benötigt man einen Unterrichtssaal (EDV-Saal) mit mehreren Möglichkeiten, einen PC zu nutzen. Dabei richtet man die Klasse als kleines Kaffeehaus ein. An jeweils 5 bis 6 Tischen arbeiten 3 bis 5 SchülerInnen im Internet auf den Homepages der jeweiligen Institutionen und Organisationen (für die genauen Internetadressen siehe die Webtipps am Ende dieses Beitrags). Fortgeschrittene Englischkenntnisse dürfen erwartet werden. Auf einem Flipchart-Papier, das anschließend als „Tischpapier“ an den jeweiligen Kaffeetischen Verwendung findet, werden einige Punkte zu den verschiedenen Institutionen und Organisationen festgehalten. Jetzt beginnt die Rotation der einzelnen Gruppen. Ein/e GastgeberIn bleibt am jeweiligen Tisch und empfängt seine/ihre Gäste, erklärt die Institution oder Organisation, ergänzt Bemerkungen und Kommentare aus dem Gespräch am Papier. Diese Rotation findet so lange statt, bis alle SchülerInnen jedes Thema gehört haben. An eine allgemeine Reflexionsrunde schließt die Ertragssicherung mittels einer Tabelle an (M₃)



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende weiterführende Materialien und Unterrichtsbeispiele:

- ▶ Text: Lehrplanbezug
- ▶ M2: Auflösung für die Tabelle der Zuständigkeiten zwischen EU und EU-Mitgliedsstaaten
- ▶ M4: Partei- und Grundsatzprogramme
- ▶ M5: Definition Demokratie
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Talkshow: Soll der Staat Steuern einheben? Inkl. der dazugehörigen Rollenkarten
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Ökonomische Ethik inkl. Arbeitswissen zur ökonomischen Ethik
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Simulation EU-Konvent

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ Wirtschaftspolitik			
Beispiele für Wirtschaftspolitik	Wie betrifft mich das bereits jetzt?	Wie betrifft mich das in Zukunft?	Wie sind meine Eltern davon betroffen?
Arbeitsmarkt-politik			
Landwirtschafts-politik			
Konsumenten-schutzpolitik			
Budgetpolitik			
Verkehrspolitik			
Bildungspolitik			
Sozialpolitik			
Umweltpolitik			
<p>Wirtschaftspolitik umfasst unterschiedliche Teilbereiche wie Arbeitsmarktpolitik, Budgetpolitik etc.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Wie bist du/seid ihr von diesen Teilbereichen in deinem/eurem Leben betroffen? ▶ Wie werdet ihr in der Zukunft davon betroffen sein? Wie wirken sich diese Bereiche auf eure Eltern aus? ▶ Überlegt gemeinsam und tragt die Ergebnisse im Arbeitsblatt ein. 			

M₂ Tabelle der Zuständigkeiten zwischen EU und EU-Mitgliedsstaaten

	EU	EU/Mitgliedsstaat	Mitgliedsstaat
AHS-Lehrplan			
Fischereifangquoten			
Zölle			
Fusion von großen Handelsketten			
Gentechnikfragen in der Landwirtschaft			
Gesamtschule			
Jugendschutz			
Brenner-Basistunnel			
Neue Einheit von Euromünzen			
Errichtung eines Opernhauses			
Lebensmittelkennzeichnung			
Bananenimport aus Mittelamerika			
Steuerpolitik			
Handelsabkommen mit Russland			
Neutralität eines Landes			
Errichtung eines Technologieparks			

- ▶ Wer ist zuständig? Suche die richtige Zuständigkeit und kreuze diese an (Partnerarbeit)
- ▶ Welche Zuständigkeiten gehören zum Feld der Wirtschaftspolitik? Markiere diese!

M₃ Tabelle internationaler Akteure

	IWF	WTO	G-8/G-20	EZB	ATTAC
Aufgaben					
Ziele					
Bedeutung					
Kritik					
Sonstiges					

Du hast auf dieser Liste eine Aufstellung von Organisationen und Institutionen erhalten. Sammle Informationen über eine dieser Gruppen im Web und bearbeite folgende Fragen:

- ▶ Um welche Organisation und Institution handelt es sich hier?
- ▶ Welche wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt die Organisation (IWF, WTO, OECD, G-8/→G-20, EZB)?
- ▶ Was sagen globalisierungskritische Organisationen wie ATTAC, das Weltsozialforum oder Greenpeace über die jeweiligen anderen Institutionen?
- ▶ Welche Kritikpunkte und Alternativen dieser NGOs findest du gut, welche schlecht? Begründe dies!
- ▶ Kann ich mir ein aktives Engagement bei globalisierungskritischen Organisationen vorstellen?
- ▶ Was habe ich beim Recherchieren nicht verstanden?
- ▶ Auf welche Weise und in welcher Form betreffen mich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Entscheidungen dieser Organisationen?



WEBTIPP

www.imf.org/external/index.htm – Internationaler Währungsfonds

Die mehrsprachige Homepage des Internationalen Währungsfonds bietet neben den Tätigkeiten der Organisation wissenschaftliche Berichte, Daten und Statistiken, Länderprofile und Videos an.

www.wto.org – Welthandelsorganisation

Die mehrsprachige Website der Welthandelsorganisation (WTO) informiert über ihre Tätigkeitsbereiche und Publikationen.

www.g8.utoronto.ca – Gruppe der Acht

Publikationen, Basisinformationen über die Gruppe der Acht (G-8), der die größten Industrienationen der Welt angehören, und die beschlossenen Dokumente der G-8-Gipfeltreffen finden sich auf dieser Homepage.

www.g20.org – Gruppe der Zwanzig

Auf der Website der →G-20 werden Informationen zur G-20 sowie Publikationen und Linksammlungen zu den wichtigsten wirtschaftlichen Akteuren angeboten.

www.ecb.int/ecb/html/index.de.html – Europäische Zentralbank

Das Webportal der Europäischen Zentralbank informiert unter anderem über das Eurosystem, gibt einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und beinhaltet Lehrmaterialien und einen Zeichentrickfilm für den Gebrauch in Schulen.

www.attac.at – Attac

Hier finden sich Infos über Ziele, Themen und Kampagnen von Attac Austria, Teil des internationalen globalisierungskritischen Netzwerks Attac.

www.weltsozialforum.org – Weltsozialforum

Auf dem deutschsprachigen Informationsportal zur weltweiten Sozialforum-Bewegung werden Informationen zu den Themen des Weltsozialforums und zu vergangenen Weltsozialforen angeboten.

www.bpb.de/files/LF1XME.pdf – Grafik „Zuständigkeiten in der Europäischen Union“

Die Grafik zeigt, wie die Kompetenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und der EU in verschiedenen Politikfeldern verteilt sind.

Alfred Germ, MMag.

Siehe Seite 57 idB.

Thomas Hellmuth, Dr.

Senior Scientist am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU), Initiator und wissenschaftlicher Leiter des Masterstudiums „Politische Bildung“ an der JKU, teilzeitbeschäftigter AHS-Lehrer (derzeit beurlaubt), Lektor an den Universitäten Salzburg und Wien sowie der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich.

- 1 Germ, Alfred: Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht. Alltagsverständnis, Disziplinselbstverständnis, Bildungsauftrag und Ökonomisierung – Unterrichten im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis. Saarbrücken 2009, S. 104–120.
- 2 Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München–Wien 2007, S. 330–333; Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele. Wien–Köln–Weimar 2010, S. 145f.
- 3 Zum Einstieg in diese Thematik bieten sich die methodisch-didaktischen Überlegungen von Herbert Pichler an: Pichler, Herbert: Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Herrschaft und Macht (= Informationen zur Politischen Bildung 31). Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 78f.
- 4 Eine „vertikale didaktische Reduktion“ vereinfacht komplexe Sachverhalte, womit ein geringerer Gültigkeitsgrad verbunden ist. Eine „horizontale didaktische Reduktion“ übersetzt dagegen Fachsprache in einfache Sprache, ohne aber inhaltlich zu vereinfachen. Gagel, Walter: Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Opladen 2000 (2. Aufl.), S. 110–119.
- 5 Grundlegend wird zwischen darbietenden, erarbeitenden und entdeckenden Lernverfahren unterschieden: Darbietende Lernverfahren dienen der direkten Wissensvermittlung und sind hochgradig lehrergesteuert. Erarbeitende Lernverfahren umgehen zwar die direkte Wissensvermittlung, sind aber auf ein vom Lehrer bzw. von der Lehrerin bestimmtes Ziel ausgerichtet. Entdeckende Lernverfahren verzichten auf Lernhilfen und Anleitungen. Die Lernsituation soll vielmehr so gestaltet werden, dass die Lernenden eigenständig Erkenntnisse und Wissen gewinnen können (Detjen, Politische Bildung, S. 346).
- 6 Anlässlich von Wahlkämpfen ließe sich auch eine Medienbeobachtung durchführen, welche die Inhalte der Parteiprogramme und Grundsatzpapiere ergänzen kann bzw. auch einen Vergleich mit der politischen Praxis der jeweiligen Partei ermöglicht.
- 7 <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/KOMMUNIKATION/Feedback-Kritik.shtml> (letzter Zugriff 8.7.2010).
- 8 Vgl. die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (<http://derstandard.at/1267132261024/EU-Wirtschaftsregierung-gesucht> [letzter Zugriff 10.7.2010]).

Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Irene Ecker

Die Macht der KonsumentInnen – Chancen für ein wirtschaftspolitisches Handlungsfeld

Bezug zum Informationsteil	Kurt W. Rothschild: Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik
Zielgruppe	Sekundarstufe I, 8. Schulstufe; Sekundarstufe II, 11. Schulstufe
Lehrplanbezug	Die Lehrplanbezüge für die Anwendung der folgenden Unterrichtsbeispiele in den verschiedenen Schultypen (AHS, HS, BHMS) werden ausführlich in der Onlineversion erläutert.
Kompetenzen	Sachkompetenz, Methodenkompetenz, Handlungskompetenz, Urteilskompetenz
Erziehung zum kritischen Konsum	Vorbemerkung Beim Thema Wirtschaft spielt auch der Konsum eine entscheidende Rolle. Immerhin leben wir seit den 1950er-Jahren in immer steigendem Maß in einem Konsumzeitalter, Shopping wird von US-amerikanischen Jugendlichen schon als Hobby Nummer eins genannt und das abgewandelte Descartes-Zitat „Ich konsumiere, also bin ich“ gilt als Motto der Internetgeneration. Aber stimmt das wirklich so? Beziehungsweise zeigt sich nicht gerade daraus, dass Erziehung zum kritischen Konsumieren ein ganz wichtiges Bildungsziel in den Lehrplänen sein sollte?
Orientierung an emotionalen Bedürfnissen	Spätestens in den 1960er-Jahren stellte sich die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern von einer Nachfrage- zu einer Angebotsorientierung um. Das Überangebot an Waren, das auf dem Markt ist, erfordert nun Werbestrategien, die mit ausgeklügelten psychologischen Mitteln arbeiten. Die Konsumenten und Konsumentinnen müssen wählen und entscheiden. Welche emotionalen Bedürfnisse spielen da eine Rolle beziehungsweise sollen geweckt werden? Aber auch der Schutz vor Manipulation ist schon seit den 1960er-Jahren Aufgabe von Konsumentenschutzverbänden, so wurde in Österreich bereits 1961 von den Sozialpartnern der „Verein für Konsumenteninformation“ ins Leben gerufen. Etwas später setzte die Marktforschung ein, die die Wirksamkeit von Werbemaßnahmen untersucht.
Statussymbole	Kaufentscheidungen können mit dem durch das Produkt vermittelten Status und Prestige zusammenhängen. Die Insignien der Macht sind heute Luxusprodukte, seien es nun Markenkleidung, Auto, Schmuck oder technische Artikel. Hier werden auch bestimmte Codes verwendet, die relativ rasch wechseln können. Wenn das Zurschaustellen von gewissen Statussymbolen nicht mehr sozial differenzbildend ist, wenn also viele sich das Gleiche leisten können, dann haben diese Symbole ihren Sinn verloren. ¹ In der Massengesellschaft steht dann nicht mehr das Produkt im Mittelpunkt, sondern die Phantasie, das Image, das durch das Produkt vermittelt wird.
Kompensatorischer Konsum	„Kompensatorischer Konsum“ heißt, dass aufgrund des Symbolwerts einer Ware konsumiert wird, nicht aufgrund ihres tatsächlichen Werts. ² Innere Leere und mangelndes Selbstwertgefühl können durch das „kompensatorische“ Kaufen überbrückt werden. Aber nur bis zum nächsten Einkauf. Daraus ergibt sich die Suchtgefahr beim Einkaufen und die drohende Verschuldung durch „Kaufrauschattacken“.

Finanzkraft der Jugendlichen	Für Jugendliche, die heute im Durchschnitt über sehr viel Geld verfügen und bei Kaufentscheidungen der Eltern sehr oft eingebunden werden, ist die Gefahr der Manipulation beim Konsumieren besonders groß. Allerdings zeigen aktuelle Studien auch auf, dass Jugendliche in den letzten Jahren im Schnitt an Finanzkraft gegenüber den 1990er-Jahren verloren haben. „Jugendliche haben im Wesentlichen vier Einnahmequellen, die alle samt rückläufig sind: Regelmäßiges Taschengeld, unregelmäßige Geldgeschenke sowie Geld aus Nebentätigkeiten und regelmäßiges Gehalt.“ ³ Aus der in Deutschland vom Institut für Jugendforschung 2005 erstellten Studie über die Finanzkraft der 13- bis 17-Jährigen geht hervor, dass vor allem unregelmäßige Geldgeschenke deutlich niedriger ausfielen als im Jahr zuvor. Aktuell in Zeiten der Wirtschaftskrise ist anzunehmen, dass sich dieser Trend, auch auf Österreich bezogen, verstärkt hat. Daher ist eine aktive Konsumentenerziehung in der Schule besonders wichtig und in den Zielparagraphen der meisten Schultypen auch angesprochen.
KonsumentInnen haben Macht	Es geht darum, Konsum zu entmystifizieren, zu analysieren, mit welchen Strategien Werbung speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen arbeitet, unter welchen Bedingungen Produkte weltweit entstehen und wie KonsumentInnen auf unfaire Produktionsbedingungen reagieren können. Kritisches, bewusstes Konsumieren sollte angestrebt werden beziehungsweise dem/der Jugendlichen auch die Macht des Konsumenten/der Konsumentin als „schlafender Riese“ bzw. „schlafende Riesin“ klargemacht werden. Kein leichtes Unterfangen, denn die erwünschte Haltung von Jugendlichen als passive Konsumierende wird von mächtigen Interessengruppen gefördert. Die Wirtschaft soll ja schließlich belebt werden und wachsen. Umso wichtiger ist es, dass sich die Schule als Non-Profit-Organisation dieses Themas annimmt.
Beziehungsmarketing	Annäherung an das Thema Werbung strömt in den Industriestaaten ständig auf die jugendlichen KonsumentInnen ein, Leitbilder und <i>Role Models</i> werden oft von der Werbung und den Medien geprägt. Markenmode kann das Image in der Gleichaltrigengruppe stärken. Marken machen Szenen, Szenen machen Marken. Der Trend geht zum Beziehungsmarketing: „Individuen agieren nicht immer gleich – dieselbe Marke hat zu unterschiedlicher Zeit, in unterschiedlicher Location, bei unterschiedlicher Gelegenheit unterschiedliche Bedeutung. Deshalb ist der Kontext und die Relevanz der Markenpositionierung schwieriger geworden.“ ⁴
Abhängigkeit	Unreflektierter Konsum kann aber schnell zur Abhängigkeit führen und in Suchtverhalten enden. Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass das Konsumverhalten von Jugendlichen sein Vorbild bei der Erwachsenengeneration sucht und findet. Jugendliche imitieren den verschwenderischen Lebensstil der vorhergehenden Generation oder sie tendieren in deutlicher Ablehnung dieser hedonistischen Lebensweise zu Sparsamkeit und Konsumverzicht. Hier ergibt sich auch die Frage, wie sich die Folgen der Wirtschaftskrise generell auf das Konsumverhalten auswirken. Hat die Werbung in den letzten Jahren zuvor hauptsächlich auf Image und Status gesetzt, ist es also in den Kampagnen um den Wunsch nach Befriedigung von Geltungsstreben, Anerkennung und Selbstverwirklichung gegangen, so könnten Menschen in Zeiten der finanziellen Krise auf niedrigere Stufen der Bedürfnisbefriedigung (soziale Bedürfnisse, Sicherheitsbedürfnisse bis zu den physiologischen Grundbedürfnissen) hin orientiert sein. ⁵ Marketing, speziell für die Zielgruppe Jugendliche, kann sich also stark ändern und ganz neue Mittel und Strategien einsetzen.
Welche Folgen hat die Wirtschaftskrise?	
Das mündige Konsumieren	Der Weg zum mündigen Konsumieren ist ein längerer Prozess. Zunächst müssen sich Jugendliche darüber klar werden, wie Werbung wirkt und welche subtilen Mittel eingesetzt werden, zum Beispiel →Product-Placement, das hauptsächlich über das Unbewusste wirkt. Viele Jugendliche sind überzeugt, dass sie resistent gegen Werbung seien. Bei Ver-

suchen, welche Sprüche und Bilder der Werbung sie sich gemerkt haben, wird ihnen oft erst die intensive Beeinflussung durch Werbung bewusst.

Faktoren für Kaufentscheidung Für Jugendliche ist es wichtig, dass sie sich darüber klar werden, wie und warum sie Kaufentscheidungen treffen. Die Entscheidung, ein Produkt zu kaufen oder nicht, ist an folgende Faktoren geknüpft:⁶

- ▶ Biographie – Prägung der Herkunftsfamilie
- ▶ Erwünschte Gruppenidentität
- ▶ Person/Ego: Bedürfnisse, Wünsche, Interessen, Selbstwert (Wer will ich sein und wie stelle ich das dar?)
- ▶ Ressourcen: Welche Mittel habe ich?
- ▶ Rechtlich: Welche Verträge darf ich abschließen?

Reflexion über Macht der KonsumentInnen Die Kaufentscheidung kann auch schon Jugendlichen die Macht des Konsumenten/der Konsumentin klarmachen: Kaufe ich immer nur das Billigste, spiele ich meine Macht in Bezug auf den Preis aus oder geht es mir um Qualität? Bin ich bereit, für fair gehandelte Produkte mehr Geld auszugeben und damit ein Zeichen zu setzen, dass umweltschonende Wirtschaftsweise, arbeitsrechtliche Mindeststandards, Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit und Zwangsarbeit belohnt werden?

Jugendliche sollen darüber reflektieren, dass durch bewusstes Einkaufen ein politisches Zeichen gesetzt werden kann, wenn sie das wollen. Allerdings müssen sie das politische Ziel auch wirklich als ihr eigenes ansehen, und daher sind möglichst anschauliche Beispiele von ausbeuterischen Arbeitsmethoden, in denen in armen Ländern unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen Produkte billigst erzeugt werden, die bei uns mit riesigen Geldbeträgen als Luxusmarken beworben werden, eine gute Grundlage für weitere Schritte im Unterricht.

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Interdisziplinärer Zugang Konsumgeschichte und gegenwärtiges Konsumverhalten von Jugendlichen eignet sich gut als Thema für den neuen kompetenzorientierten Lehrplan. Diese Thematik kann fächerübergreifend und projektorientiert in Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung sowie Geographie und Wirtschaftskunde behandelt werden.

Sach- und Methodenkompetenz Begriffe wie *Fair Trade* und *Marketing* sollten definiert werden (*Sachkompetenz*), Strategien von Werbungen speziell für Jugendliche sollten analysiert und auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden (*Methodenkompetenz*).

Durch Kaufentscheidungen können Jugendliche bewusst Einfluss nehmen, welche Produkte auf unseren Märkten verkauft werden. Produkte von Firmen, die nicht sozialen Standards entsprechend produzieren, könnten boykottiert werden. Der Umgang mit dem Taschengeld wird bewusst gemacht, überprüft und möglicherweise in Hinkunft reflektierter sein (*Handlungskompetenz*).

Urteilskompetenz Erarbeiten von Arbeitswissen zu den Themen „Kinderarbeit“ und „Markenprodukte“ kann zu Diskussionen führen beziehungsweise in Rollenspielen dargestellt werden (*Urteilskompetenz*).

Wichtig ist, dass bei diesem Thema nicht das Moralisieren im Vordergrund steht, sondern die Jugendlichen erkennen lernen, dass die Rolle als mündige/r KonsumentIn ihnen in ihrer weiteren Lebensführung viele Vorteile und einen allgemeinen Nutzen bringen kann. Die Vorzüge eines nachhaltigen Lebensstils gegenüber einer rein konsumorientierten Lebensweise sollten diskutiert und bewertet werden. Der Einsatz der folgenden Unterrichtssequenzen in der jeweiligen Sekundarstufe soll gemäß dem Kenntnisstand der SchülerInnen erfolgen.

UNTERRICHTSSEQUENZEN

Der Konsument als schlafender Riese/Die Konsumentin als schlafende Riesin – KonsumManiac und Markenmode oder Fair Trade und sozial verantwortliches Einkaufen: Du triffst die Entscheidung.

1. Diskussion: Welche Bedürfnisse stecken hinter meiner Konsumhaltung?

Ziel ist es, die Bedeutung von Konsum innerhalb der Marktwirtschaft klarzumachen. Gerade in Bezug auf die ökologischen Probleme, die immer drängender werden, ist das Bewusstmachen einer nie zu sättigenden Konsumhaltung wichtig.

- Diskussion** Folgende Fragen stehen unter Bezugnahme des Impulszitats M₁ in der Klasse zur Diskussion:
- ▶ Wann bist du zufrieden, mit dem was du hast?
 - ▶ Wie werden bei dir Bedürfnisse geweckt?
 - ▶ Was brauchen wir wirklich, um zufrieden zu sein?

M₁ Konsumverhalten

„Man kann also nicht nur dem Unternehmer vorwerfen, dass er mit stets neuem Angebot eine (künstliche) Nachfrage schafft – man weiß heute aus den Forschungsergebnissen der Konsumpsychologie, dass der Mensch selbst, also der potenzielle Konsument, einen statischen Zustand à la ‚Jetzt habe ich alles, was ich brauche‘ ablehnt.“

Quelle: Bürger, Hans/Rothschild, Kurt W.: Wie Wirtschaft die Welt bewegt. Wien 2009, S. 50.

Lies das Zitat und beantworte folgende Frage:

- ▶ Wie stehst du zu obigem Zitat?
- ▶ Versuche, Gründe für diese Haltung zu finden.

2. Online-Game „KonsumManiac – Check’ deinen Einkauf!‘: Wie sieht dein Konsumverhalten aus? Wie sieht ein nachhaltiger Lebensstil aus?

Computerspiel Die SchülerInnen spielen im Computerraum das Online-Spiel „KonsumManiac“ (<http://www.umweltbildung.at/konsumaniac/>)

Einzelarbeit Sie gehen zu „Check’ deinen Einkauf“ und überprüfen anhand der dort aufgelisteten Information und der gezeigten Interviews und Filme die möglichen Begründungen für Kaufentscheidungen. Jedes Produkt ist in drei Varianten erhältlich. „Bio“, „Fair“ und „Regional“. „Bio“ bedeutet, dass es umweltverträglich produziert wurde, die entsprechenden Gütesiegel werden auf KonsumManiac auch vorgestellt; „Fair“ wurde nach Fair-Trade-Kriterien hergestellt, auch diese Zertifizierung wird vorgestellt und erklärt; und „Regional“ kommt natürlich aus der Nähe.



Quelle: FORUM Umweltbildung

Partnerarbeit Dann geht es an das Einkaufen und Bezahlen, in Paararbeit wird ein Warenkorb zusammengestellt. Bezahlt wird in Euros, deren Farben (Grün, Rot, Blau) den vorher genannten Kriterien entsprechen. Schwarze Euros deuten auf Produkte hin, die immer noch ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt hergestellt wurden.

An der Kassa erhalten die Zweier-Teams eine Endbewertung ihres Einkaufskorbs. Hier kann man erkennen, welchen Kriterien man beim Einkaufen gefolgt ist. Zum Beispiel im Fall von Modeeinkauf: Haben die SchülerInnen die Informationen über Herstellungsbedingungen von Materialien und Kleidungsstücken kritisch aufgenommen, waren ihnen zum Beispiel faire Arbeitsbedingungen wichtiger als Markenmode?

3. Arbeitsbedingungen in der Textilbranche: Online-Game „Sweatshop-Spiel“

Die Clean-Clothes-Kampagne der entwicklungspolitischen NGO Südwind untersucht die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie. Sie will diese Bedingungen transparent machen und Firmen anprangern, die sich nicht an faire Bedingungen halten.



© Clean-Clothes-Kampagne
Die Grafik zeigt, wie sich der Verkaufspreis für ein Paar Sportschuhe zusammensetzt.

Fächerübergreifende Vorbereitung

Auf der Website zur Kampagne www.cleanclothes.at wird in der Rubrik „Die CCK“ in der rechten Navigation auf das „Sweatshop-Spiel“ verwiesen. Das Spiel ist in Englisch beschrieben, die Vorentlastung (Vokabel, Phrasen) müsste im Sinne eines fächerübergreifenden Unterrichts in Englisch erfolgen.

Es geht darum, als FabrikarbeiterIn Schuhe herzustellen, und zwar mindestens drei pro Tag. Der Lohn für 12 Stunden harter Arbeit pro Tag liegt bei 6,05 Dollar. Während man schnell arbeitet, muss man auch darauf achten, die nötige Energie zu behalten, also hin und wieder Pausen zu machen, sonst bleibt man schnell hinter dem Plansoll zurück und bekommt Lohnabzüge. Beim Spiel zeigt sich der Mangel an Energie auch darin, dass der Fokus immer mehr eingeschränkt wird, der zu bearbeitende Schuh „verschwimmt vor den Augen“, also muss man trinken und diese Getränke kosten wieder viel Geld. Das Spiel zeigt eindrucksvoll die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Sweatshops und bringt Jugendlichen nahe, dass sie auch – oder oft gerade – mit Markenartikeln solche Arbeitsbedingungen mit „einkaufen“. Können so hergestellte Produkte wirklich ein positives Image haben?

Diskussion

4. Fish-Bowl-Diskussion: Die Macht der KonsumentInnen

Auf www.cleanclothes.at unter der Rubrik „Firmenprofile“ können Profile von Fashion- und Outdoorfirmen (Hersteller von Funktionsbekleidung für Sportarten), viele Global Player sind dabei, überprüft werden. Es gibt sehr viele Beanstandungen, was die Herstellungsbedingun-

gen der Produkte betrifft. Man ersieht aus den Firmenprofilen aber auch, dass die Unternehmen auf Druck reagieren. Nicht umsonst ist Corporate Social Responsibility (CSR), das ist die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung in Bezug auf soziale und Umweltbelange, heute auch ein entscheidender kompetitiver Faktor. Nike und Adidas zum Beispiel haben aufgrund von Enthüllungen einige arbeitsrechtliche Belange in ihren Produktionsstätten verbessert, wenn auch noch lange nicht ausreichend. Clean Clothes überprüft laufend die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards und ob die Löhne den Lebensunterhalt decken können.

Millionen von KonsumentInnen könnten einen enormen Druck auf Unternehmen ausüben. Das Internet gibt Verbraucherschutzorganisationen und anderen NGOs wesentlich mehr Mittel, um Kampagnen zu starten, und den KonsumentInnen die Möglichkeit, gemeinsam zu agieren.

Die SchülerInnen sollen ihre bevorzugten Marken auf www.cleanclothes.at suchen und sich die Firmenprofile ansehen. Danach folgt eine Fish-Bowl-Diskussion (siehe Kasten „Onlineversion“ unten) mit folgenden Fragestellungen:

- ▶ Wie könnte man als KonsumentIn auf die unterschiedlichen Produktionsbedingungen reagieren?
- ▶ Was kann getan werden? – Protestbrief an Medien, Internetforum einrichten, Flugblatt entwerfen, ...
- ▶ Warum gibt es so selten gemeinsame Boykottmaßnahmen gegen unfair agierende Unternehmen, was die Arbeitsbedingungen betrifft?

Ziel ist das Bewusstmachen der Macht des kritischen Konsumenten bzw. der kritischen Konsumentin.

Irene Ecker, Mag. M.Ed MSc

Lehramtsstudium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. BHS-Lehrerin an der HTL Wien 10, Eitenreichgasse 54, Betreuungslehrerin für Deutsch und Geschichte für die fachdidaktische und schulpraktische Ausbildung, Universitätslektorin im Bereich Fachdidaktik Geschichte an der Universität Wien. Eingetragene Mediatorin; ARGE-Leiterin für Geschichte und Politische Bildung im HTL-Bereich österreichweit.

1 Eder, Franz X.: Konsum/ieren, in: „Historische Sozialkunde – Konsumieren im 20. Jahrhundert“ 2/2004, S. 4–12, hier S. 6.

2 Ebd., S. 7.

3 <http://www.lehrerfreund.de/in/schule/1s/finanzkraft-jugendliche-studie/> (letzter Zugriff 5.7.2010)

4 Heinzlmaier, Bernhard/Großegger, Beate/Zentner, Manfred: Jugendmarketing. Wien 2001, S. 74

5 Maslow'sche Bedürfnispyramide zitiert nach Bürger, Hans/ Rothschild, Kurt W.: Wie Wirtschaft die Welt bewegt. Wien 2009, S. 178.

6 Verkürzt wiedergegeben nach: Zentrum polis, Polis aktuell/3, S. 27.



WEBTIPP

www.umweltbildung.at

Begleitend zum Online-Game „Konsumaniac – Check' deinen Einkauf!“ bietet das Forum Umweltbildung didaktische Materialien „Konsumaniac ... wirf einen Blick hinter die Kulissen deines Lebensstils“ zum Download an.

- ▶ Pfadangabe: www.umweltbildung.at → Publikationen → Publikationen FORUM



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende weiterführende Materialien zu dieser Unterrichtssequenz:

- ▶ Text: Lehrplanbezug
- ▶ Kühberger, Christoph: Werben für eine Sache. Mit Printwerbung arbeiten, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung (= Informationen zur Politischen Bildung 29). Innsbruck–Bozen–Wien 2008

Glossar

Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsziele

Ziele der öffentlichen Finanzpolitik, ein Instrument der Wirtschaftspolitik. Allokationsziele dienen der Veränderung der Ressourcenverteilung zwischen Staat und Privaten sowie innerhalb des Staates (z.B.: Finanzausgleich). Distributionsziele sollen die Einkommensverteilung unter sozialen Gesichtspunkten ausgleichen (z.B. Sozialhilfe etc.). Anhand von Stabilisierungszielen soll die öffentliche Hand das Wirtschaftswachstum fördern (z.B. Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht etc.).

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Sozialleistung, die in Österreich die Sozialhilfe 2010 ablöst. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung orientiert sich am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung und wird zwölfmal pro Jahr ausbezahlt. Anspruchsberechtigt sind Personen, die trotz Arbeitsbereitschaft nicht über angemessene eigene Mittel verfügen, um den Eigenbedarf bzw. den ihrer Angehörigen decken zu können.

Bretton-Woods-System

Bezeichnung für das weltweite Währungssystem mit festen → Wechselkursen, das von 1944 bis 1973 galt. In diesem System war der US-Dollar Leitwährung, die USA verpflichteten sich, ihre Währung jederzeit in Gold einzutauschen. Am Bretton-Woods-System nahmen mit Ausnahme der staatssozialistischen Länder in Osteuropa nach und nach fast alle Staaten der Welt teil. Wegen mehrerer Faktoren, besonders der hohen Inflation des Dollars und der Kündigung der Goldeinlösepflicht seitens der USA, wurde 1973 das System außer Kraft gesetzt. Seitdem gilt das System der freien Wechselkurse.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt stellt den Marktwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die in einem Land in einem bestimmten Zeitabschnitt produziert wurden, dar.

Bruttosozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt umfasst den Wert aller in einer Periode produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen) abzüglich der Güter, die als Vorleistungen bei der Produktion verbraucht wurden,

zuzüglich der netto empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland. Der Unterschied zum → Bruttoinlandsprodukt (BIP) besteht darin, dass das Bruttosozialprodukt keine Erwerbs- und Vermögenseinkommen von AusländerInnen im Inland umfasst, wohl aber jene von InländerInnen im Ausland.

Brutto-Staatsschuld

Staatsschulden sind Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden sowie den Sozialversicherungsträgern. Staatsschulden werden zumeist als Brutto-Staatsschuld angegeben, die Forderungen des Staates gegenüber Dritten werden nicht den Verbindlichkeiten des Staates gegenüber Dritten aufgerechnet.

Deflation, deflationistische Maßnahmen

Deflation ist ein Prozess ständiger Preisniveausenkungen, die entstehen, wenn bei einem herrschenden Preisniveau die Gesamtnachfrage geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Der Geldwert steigt (Gegenteil: → Inflation) Als deflationistische Maßnahmen werden wirtschaftspolitische Maßnahmen definiert, die einen Rückgang des Preisniveaus bewirken.

Depression

Konjunkturtief: Phase des Konjunkturzyklusses, die den Tiefstand nach einem Wirtschaftsabschwung (→ Rezession) bezeichnet. Eine Depression wirkt sich unter anderem mit einem Fallen der Börsenkurse und steigender Arbeitslosigkeit aus.

Deregulierung

Als Deregulierung bezeichnet man Maßnahmen zur Verringerung staatlicher Eingriffe (Regulierung) in das Marktgeschehen. Ziel ist die Liberalisierung der Märkte. Kennzeichen von Deregulierung ist unter anderem die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, der Abbau von Marktzutrittsbeschränkungen wie staatlichen Auflagen und Genehmigungen oder die Auflösung von Monopolen.

Derivate, Derivatmärkte

Auf Derivatmärkten werden Derivate gehandelt. Derivate sind Verträge, die das Recht garantieren, zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Anfangs gab es Derivate auf Rohstoff- und Aktienpreise, seit den 1980er-Jahren hat der Handel mit Derivaten stark zugenommen und wurde

auch auf Zinsänderungsrisiken und Wechselkurskriterien übertragen. Derivate kommen in →Hedgefonds zum Einsatz.

Devisen, Devisenströme

Als Devisen werden Zahlungsmittel in ausländischer Währung bezeichnet, die von InländerInnen als Buchgeld (Kontoguthaben, Wertpapiere etc.) gehalten werden. Die Bewegungen von Devisen werden als Devisenströme bezeichnet.

Diskretionäre Konjunkturprogramme

Konjunkturprogramme sind Bestandteil staatlicher Konjunkturpolitik und beinhalten ein zeitlich befristetes Paket an Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft (z.B. öffentliche Aufträge, steuerliche Vergünstigungen etc.) und vor allem zur Steigerung der Beschäftigung in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs. Als diskretionäre Konjunkturprogramme werden antizyklische Programme bezeichnet, wobei der Staat eine aktive Finanzrolle und eine Rolle zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums einnimmt.

Giftpapiere →siehe toxische Wertpapiere

Gütermenge

Menge an Gütern. Güter umfassen Sachgüter, Dienstleistungen und Rechte.

G-20

Die „Gruppe der Zwanzig“ wurde 1999 gegründet und bezeichnet eine Gruppe von 20 führenden Industrie- und Schwellenländern: Argentinien, Australien, Brasilien, die Volksrepublik China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Republik Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, USA sowie die EU, vertreten durch die Rat-Präsidenschaft und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB). Außerdem nehmen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank an den Sitzungen teil.

Hedgefonds

Hedgefonds stellen eine spezielle Art von Investmentfonds dar: mit einer spekulativen Anlagestrategie mit der Chance auf sehr hohe Renditen (Gesamterfolg einer Kapitalanlage) bei sehr hohem Risiko. Hedgefonds basieren auf →Leerverkäufen und dem Einsatz von →Derivaten und Fremdkapital. Rund die Hälfte des weltweiten Hedgefonds-Vermögens ist in Offshore-Finanzplätzen, also Standorten mit geringer Finanzmarktaufsicht und -regulierung, angesiedelt.

Importquote

Importe stellen im Ausland produzierte Waren und Dienstleistungen dar, die im Inland verkauft werden. Die Importquote ist eine Begrenzung der zulässigen Importmengen eines Guts, um Importe zu reduzieren.

Inflation

Geldentwertung. Dies bewirkt eine Störung des Gleichgewichts zwischen dem Güter- und Leistungsangebot in einer Volkswirtschaft und der gesamten, in Geld ausgedrückten Nachfrage, die sich in einer Steigerung des Preisniveaus auswirkt. (Gegenteil: →Deflation)

Leerverkauf

Als Leerverkauf gilt ein Verkauf an der Börse, bei dem der Verkäufer/die Verkäuferin beispielsweise Wertpapiere verkauft, diese aber zum Zeitpunkt des Abschlusses des Verkaufs nicht besitzt und sie erst zu einem fixierten späteren Zeitpunkt tatsächlich liefert, d.h., er/sie spekuliert darauf, dass die Kurse bis zum Erfüllungstermin sinken. Die Differenz zwischen Verkaufs- und Einkaufskurs stellt seinen/ihren Gewinn bzw. Verlust dar.

Leistungsbilanz

Zusammenfassung von Handel- und Dienstleistungsbilanz (Bilanz aller Bewegungen von Waren und Dienstleistungen) sowie Erwerbs- und Vermögenseinkommen (z.B. Arbeitsentgelte, Kapitalerträge) und der Bilanz der laufenden Übertragungen (z.B. Heimatüberweisungen ausländischer ArbeitnehmerInnen etc.).

Lohnquote

Die Lohnquote gibt den prozentuellen Anteil am Volkseinkommen an, der durch Einkommen aus nicht-selbstständiger Arbeit erzielt wird. Es gibt eine Bruttolohnquote (vor Abzug von Steuern und Abgaben) und eine Nettolohnquote (nach Abzug von Steuern und Abgaben).

Ministerratsvortrag

Der Ministerrat stellt eine Versammlung der Bundesregierung unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt dar. Für diese Ministerratssitzungen übermitteln die einzelnen Ministerien Ministerratsvorträge, auf deren Basis die Tagesordnung für den Ministerrat erstellt wird. Die Ministerratsvorträge samt Tagesordnung werden noch vor dem Ministerrat allen Ministerien elektronisch zugesandt.

Nettolohnquote →siehe Lohnquote

Pensionssystem

Unter Pension wird ein regelmäßig ausbezahltes Einkommen verstanden, das zumeist als Altersversorgung dient. Es gibt zwei Arten von Pensionssystemen: Bei einem kapitalgedeckten Alterssicherungssystem werden die eingehenden Beitragszahlungen des/der Versicherten für eine private oder betriebliche Altersvorsorge zu einem individuellen Kapitalstock angespart und im Alter mit den Erträgen an den/die Versicherte/n ausgezahlt. Dieser Kapitalstock wird meist von den Versicherungen in Finanzanlagen investiert, daher können Verluste am Kapitalmarkt wie beispielsweise im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise den Kapitalstock und damit die Pension gefährden. Beim Umlageverfahren sind Einzahlung und Erträge an die Erwerbstätigkeit gebunden: Die aktuellen Pensionen werden durch die von den DienstnehmerInnen und DienstgeberInnen bezahlten aktuellen Sozialversicherungsbeiträge sowie durch Steuerzuschüsse finanziert. Je länger man erwerbstätig ist, desto mehr Beitragsjahre und damit Anspruch auf eine höhere Pension erwirbt man. Diese Art der Absicherung der aktuellen Pensionen wird auch Generationenvertrag genannt, die heute Erwerbstätigen finanzieren die Pensionen der heutigen PensionistInnen, die nachfolgende Generation zahlt dann durch ihre Erwerbstätigkeit die Pensionen der heute Erwerbstätigen.

Privatisierung

Als Privatisierung wird die Umwandlung öffentlichen Vermögens und der Beteiligung der öffentlichen Hand an Betrieben in Privateigentum bezeichnet. Privatisierung geht meistens einher mit Maßnahmen der Entstaatlichung in der Wirtschaftspolitik wie beispielsweise →Deregulierung.

Product-Placement

Dieser Begriff bezeichnet das Einbinden eines Markenprodukts oder Markenerkennungszeichens (z.B. Logo etc.) gegen Bezahlung in ein Programm (TV, Radio) oder einen Film etc. Die Werbebotschaft wird dabei in den Programminhalt integriert.

Progressive Einkommensteuer

Das Einkommen, das innerhalb eines Kalenderjahres bezogen wurde, wird dann progressiv besteuert, wenn der durchschnittliche Steuersatz, d.h. die Steuerbelastung im Verhältnis zur Bemessungsgrundlage, mit zunehmender Bemessungsgrundlage steigt. Dies ist beispielsweise beim österreichischen Steuersystem

der Fall. Bei einer progressiven Einkommensteuer zahlen BezieherInnen mit hohem Einkommen einen größeren Bruchteil ihres Einkommens an Steuern als BezieherInnen eines geringeren Einkommens.

Regressive Verbrauchssteuer

Eine Verbrauchssteuer wird beim Erwerb von Endprodukten und Dienstleistungen (z.B. Mineralölsteuer beim Benzin, Mehrwertsteuer, Tabaksteuer etc.) eingehoben. Die Höhe der Verbrauchssteuer ist für alle gleich, damit wirkt die Verbrauchssteuer regressiv: Höhere Einkommen werden durch diese Steuer verhältnismäßig weniger belastet als niedrige Einkommen.

Restriktive Budgetpolitik

Die Budgetpolitik bestimmt, welche Ausgaben die öffentliche Hand tätigt und wie diese finanziert werden. Ziel einer restriktiven Budgetpolitik ist das Kürzen von Ausgaben.

Rezession

Phase im Konjunkturzyklus, die den wirtschaftlichen Abschwung bezeichnet. Sie drückt sich in einer geringeren Nachfrage nach Produkten und einer Abnahme der Aufträge an Unternehmen, der Produktion und der Investitionen aus und führt zu steigender Arbeitslosigkeit und wiederum zu geringerer Nachfrage.

Schuldenquote

Als Schuldenquote wird das Verhältnis der öffentlichen Schulden (von Gebietskörperschaften, also Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen) zum Bruttoinlandsprodukt bezeichnet.

Sozialpartnerschaft

Als Sozialpartnerschaft wird die Zusammenarbeit von ArbeitnehmerInnen- und Arbeitgeberorganisationen definiert. In Österreich arbeiten Wirtschaftskammern, Landwirtschaftskammern, Arbeiterkammern und Gewerkschaften als Sozialpartner, die mit der Regierung kooperieren (z.B. im Wirtschaftsbeirat etc.), zusammen. Die Zusammenarbeit ist informell, also nicht durch Gesetze geregelt. Die VertreterInnen der Sozialpartner verhandeln die Kollektivverträge und sind bei Wirtschafts- und Sozialthemen in Form einer außerparlamentarischen Interessenabstimmung eingebunden.

Staatsanleihe

Eine Anleihe ist eine Schuldverschreibung, die nach einer bestimmten Laufzeit inklusive Zinsen zurückge-

zahlt wird. Anleihen, die der Staat ausgibt und dann verzinst zurückzahlt, sind Staatsanleihen, die ebenfalls von Ratingagenturen bewertet werden.

Swap

Abmachung zweier Vertragsparteien in der Wirtschaft, gegenseitig vertragliche Rechte und Pflichten für einen bestimmten Zeitraum und nach einem vorher festgelegten Ablaufplan zu übernehmen, um Zahlungsströme auszutauschen.

Toxische Wertpapiere

Als toxische Wertpapiere oder „Giftpapiere“ werden Wertpapiere bezeichnet, die unverkäuflich sind, da ihr Börsenwert um ein Vielfaches unter ihrem Nennwert liegt.

Wechselkurs

Preis einer Währung ausgedrückt in einer anderen Währung

Wertschöpfung

Als Wertschöpfung wird die Summe der in einem bestimmten Zeitraum in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Volkswirtschaft hergestellten Güter und Leistungen bezeichnet.

Quellen:

Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard: Makroökonomie. München u.a. 2009, 5. Aufl.

Bürger, Hans/Rothschild, Kurt W.: Wie Wirtschaft die Welt bewegt. Wien 2009

Der Fischer Weltalmanach. © Fischer Taschenbuch Verlag in der S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2010, unter <http://www.bpb.de/wissen/XBHUP3,0,0,G20.html>;

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Mannheim 2009, 4. Aufl., Lizenzausgabe Bonn 2009

Gabler Wirtschaftslexikon: Stichwort: Finanzpolitik, unter

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2335/finanzpolitik-v8.html>

Gabler Wirtschaftslexikon: Stichwort: Leistungsbilanz, unter

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/469/leistungsbilanz-v8.html>

Gabler Wirtschaftslexikon: Stichwort: Staatsschulden, unter

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/8058/staatsschulden-v6.html>

Mankiw, Gregory N./Taylor, Mark P.: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Stuttgart 2008, 4. Aufl.

Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. Bonn 2006, 4., aktual. Aufl.

Schuhmacher, Pascal: Effektivität von Ausgestaltungsformen des Product-Placement. Wiesbaden 2007

<http://www.bmask.gv.at>, www.help.gv.at

<http://www.bka.gv.at/site/3484/default.aspx>

<http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=1203>

<http://www.fma.gv.at/cms/site/DE/detail.html?channel=CH0087&doc=CMS1140180843370>

http://www.oenb.at/de/ueber_die_oenb/wirtschaft/das_handbuch_der_oenb/geld/devisen_und_valuten/was_sind_devisen_und_valuten_.jsp

http://www.oenb.at/dictionary/termini.jsp?EINTRAG_ID=11331&page=1&was=terminus&search_string=Pension

http://www.oenb.at/dictionary/termini.jsp?EINTRAG_ID=2265&page=1&was=terminus&search_string=Swap

http://www.oenb.at/dictionary/termini.jsp?EINTRAG_ID=3940

http://www.oenb.at/dictionary/termini.jsp?EINTRAG_ID=4278&page=1&was=terminus&search_string=Bruttosozialprodukt

<http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Generationenvertrag>

<http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Pension&bl=y>

<http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Sozialpartnerschaft>

<http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Sozialpartner>

Weiterführende Hinweise

Bundesministerium für Finanzen

Die Webseite des Finanzministeriums bietet Informationen über die Tätigkeit des Finanzministeriums sowie ein Glossar zum Thema, Infobroschüren zum Budget etc. an.

Web: <https://www.bmf.gv.at/>

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Der Internetauftritt des Ministeriums bietet Informationen zu dessen Tätigkeitsfeld sowie Studien, statistische Daten und die Sozialberichte zum Download. Das Ministerium fungiert außerdem als Herausgeber für die Webseite www.verbraucherbildung.at mit Unterrichtsmaterialien und -materialien zur schulischen Verbraucherbildung für die 8. Schulstufe.

Web: <http://www.bmask.gv.at/>;

<http://www.verbraucherbildung.at/>

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Auf der Homepage des Ministeriums gibt es unter anderem in der Rubrik zur österreichischen Wirtschaftspolitik den Wirtschaftsbericht Österreich ab dem Jahr 2002 zum Download sowie das aktuelle wirtschaftspolitische Datenblatt, das laufend wichtige nationale und internationale Prognosen, Wirtschaftsindikatoren und Berichte präsentiert.

Web: <http://www.bmwfj.gv.at/>

Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming/Budgeting

Die IMAG GMB soll eine Grundlage für die Implementierung der Gender-Mainstreaming-Strategie auf Bundesebene bilden und die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Österreichs gewährleisten. Ihre Aufgaben umfassen die Begleitung und Evaluierung laufender Projekte, Maßnahmen und Gesetze hinsichtlich der Anwendung der Gender-Mainstreaming-Zielsetzungen, die Unterstützung und Begleitung des Implementierungsprozesses von Gender Mainstreaming in allen Ressorts und auf allen politischen Ebenen sowie Informationsaustausch und Analyse in- und ausländischer Best-Practice-Beispiele.

Web: <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0561>

Arbeiterkammern

Die Arbeiterkammern Österreichs bieten Informationen zum Arbeitsrecht, Konsumentenschutz etc., zur Tätigkeit und zu den wirtschaftspolitischen Po-

sitionen der Arbeiterkammern sowie Studien. Die Webseite www.arbeitsweltundschule.at der Arbeiterkammer Wien richtet sich an den Bildungsbereich (Unterrichtsmaterialien, Workshops und Planspiele für Schulklassen etc.).

Web: <http://www.arbeiterkammer.at/>

Wirtschaftskammer Österreich (WKO)

Der Internetauftritt der WKO informiert über ihre Tätigkeitsbereiche und wirtschaftspolitischen Positionen und beinhaltet weiters Informationen zum Arbeits-, Wirtschafts- und Gewerberecht, Datenmaterial in der Rubrik „Zahlen und Fakten“, das Wirtschaftsbarometer Austria, Studien und Wirtschaftsgrafiken.

Web: <http://portal.wko.at/>

Oesterreichische Nationalbank (OeNB)

Informationen zur Tätigkeit der OeNB, aktuelles Datenmaterial, aktuelle Publikationen, ein Glossar und ein Wörterbuch wirtschaftspolitischer Begriffe finden sich auf diesem Webauftritt.

Web: <http://www.oenb.at/>

Europäische Zentralbank (EZB)

Die Webseite der EZB bietet neben Infos zu ihrer Arbeitsweise Lehrmaterial, Videos und einen Zeichentrickfilm über Preisstabilität für den Gebrauch in Schulen an.

Web: www.ecb.int

Verein für Konsumenteninformation (VKI)

Der unabhängige VKI vertritt die Interessen der österreichischen KonsumentInnen, informiert sie über ihre Rechte, unterstützt sie bei deren Durchsetzung und führt laufend Produkt- und Dienstleistungstests durch. Die Ergebnisse werden auf der VKI-Homepage sowie im Monatsmagazin „Konsument“ und weiteren Publikationen veröffentlicht.

Web: www.konsument.at

Statistik Austria

Auf der Webseite der Statistik Austria wird laufend aktuelles Zahlenmaterial zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage Österreichs angeboten.

Web: <http://www.statistik.at/>

Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Das WIFO analysiert die österreichische und internationale Wirtschaftsentwicklung und bietet auf

seiner Webseite viele Forschungsberichte und Publikationen zum Download sowie die kostenpflichtige WIFO-Datenbank zu Wirtschaftsdaten für das In- und Ausland an.

Web: <http://www.wifo.ac.at/>

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Ziel des Museums ist die einfache und verständliche Darstellung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fakten. Weiters werden Veranstaltungen, Wanderausstellungen an Schulen und auf der Homepage Publikationen sowie eine umfangreiche Foliothek zum Download angeboten.

Vogelsanggasse 36, 1050 Wien

Tel.: 0043/1/5452551

Web: www.wirtschaftsmuseum.at:

Gegenstandportal Politische Bildung

Auf dem Online-Portal gibt es Dossiers mit vielfältigen Informationen, Hinweisen auf relevante Unterrichtsmaterialien und Tipps für die Umsetzung der Thematik im Unterricht zu folgenden Themen: wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Konsum und Lebensstil, Wirtschaft und Politik, Arbeit, Geld und Konsum, Jugendarbeitslosigkeit, Globalisierung.

Web: <http://www.politische-bildung.at/>

DOLCETA

Dolecta ist ein Projekt für Online-Verbraucherbildung der EU mit verschiedenen benutzerfreundlich aufbereiteten Online-Lerneinheiten für Sekundarstufen I und II zu verbraucherrelevanten Themen inklusive Fächerbezug und Quiz.

Web: <http://www.dolceta.eu/>

BAOBAB

Diese entwicklungspolitische Bildungs- und Schulstelle bietet Materialien und Filme für Globales Lernen im Unterricht an und veröffentlicht die Zeitschrift „Globales Lernen im Unterricht“. Eine Bibliothek verleiht Unterrichtsmaterialien, Hintergrundinformationen, Zeitschriften, Kinder- und Jugendbücher für alle Altersstufen und bietet entwicklungspolitische Filme und andere audiovisuelle Medien für den Unterricht an. Das Angebot ist

via Online-Bibliothekskatalog recherchierbar bzw. sind downloadfähige Unterrichtsbeispiele und didaktische Tipps, eine Referentendatenbank und Beiträge zur Theorie des Globalen Lernens verfügbar.

Web: www.baobab.at

Weitere interessante Link- und Literaturtipps

www.steuermymthen.at

Homepage von Ökonominen, die österreichische „Steuermythen“ kritisch reflektiert.

Broschüre „Märchen aus Österreich – übers Steuerzahlen“

Die Broschüre des Forums Arbeit, Wirtschaft & Soziales der Katholischen Aktion Österreich analysiert das Steuersystem. Sie ist erhältlich unter der Adresse

Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien

Tel.: 0043/1/51552-3660

E-Mail: office@kaoe.at

Web: <http://www.kaboe.at/content/site/oesterreich/aktivitaeten/aktuelles/article/365.html>

Hans Bürger, Kurt W. Rothschild:

Wie Wirtschaft die Welt bewegt

In diesem Buch skizzieren der Ökonom Kurt W. Rothschild und der ORF-Journalist Hans Bürger die wichtigsten Wirtschaftstheorien der letzten 250 Jahre sowie Begriffe, Zusammenhänge und Strömungen der Welt der Ökonomie.

Bürger, Hans/Rothschild, Kurt W.: *Wie Wirtschaft die Welt bewegt*. Die großen ökonomischen Modelle auf dem Prüfstand. Wien 2009

www.worldmapper.org

Auf dieser Webseite werden soziale und wirtschaftliche Entwicklungen und Ungleichheiten auf „verzerrten Weltkarten“ dargestellt: Die Fläche der Staaten der Erde ist in jener Größe abgebildet, die den Daten ihrer jeweiligen Bezugsgröße entspricht.

www.cleanclothes.at

Die Webseite der Clean-Clothes-Kampagne informiert über Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie.



ONLINEVERSION

Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com



Ergänzend zu den Beiträgen der Hefte sind in der Onlineversion weitere informative Materialien für eine vertiefende thematische Auseinandersetzung kostenlos zugänglich:

- ▶ Ergänzung der Beiträge durch Arbeitsmaterialien und themenverwandte Informationen
- ▶ Zusätzliche Arbeitsaufgaben und Unterrichtssequenzen
- ▶ Kopierfähige Vorlagen von Arbeitsaufgaben und Materialien als Download
- ▶ Vollständige Printausgaben als Download

www.politischebildung.com → Informationen zur Politischen Bildung → Onlineversion

forum**politischebildung**

Hefte der *Informationen zur Politischen Bildung*

Forum Politische Bildung (Hrsg.)

Die Schriftenreihe **Informationen zur Politischen Bildung** erscheint halbjährlich und bietet LehrerInnen thematische Basisartikel, vertiefende Informationen, Unterrichtsbeispiele und Materialien rund um aktuelle Themen der Politischen Bildung. Die Unterrichtsvorschläge sind auf die aktuellen Lehrpläne für Geschichte, Sozialkunde/Politische Bildung bzw. das Unterrichtsprinzip Politische Bildung abgestimmt. Die Informationen zur Politischen Bildung werden von WissenschaftlerInnen und LehrerInnen gemeinsam erarbeitet.



Bestellmöglichkeit:

LehrerInnen und Schulbibliotheken können die Hefte der Reihe auf der Webseite www.politischebildung.com unter der Rubrik „Bestellungen“ anfordern sowie unter service@politik-lernen.at. Die Publikationen sind kostenlos, lediglich das Porto wird in Rechnung gestellt.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie unter www.politischebildung.com, Tel.: 01/5123737–11, Fax: 01/5123737–20, E-Mail: office@politischebildung.com

Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt:

Wissensangebot auf der Wiki-Plattform www.polipedia.at



Wie ist die betriebliche Interessensvertretung in Österreich geregelt? Wie können junge Menschen in der Arbeitswelt mitbestimmen?

Der Themenschwerpunkt „Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt“ auf www.polipedia.at bietet viele interaktive Informationen für Jugendliche zum Thema und ist online zugänglich.

Prägnante Texte und Fact Sheets zum Thema wurden in Zusammenarbeit mit ExpertInnen der Arbeiterkammer Wien und des Demokratiezentrum Wien erarbeitet. Im Bereich „FAQ's“ können junge Menschen ihre Fragen zur Arbeitswelt artikulieren.

Dieses Online-Angebot kann im Unterricht in Politischer Bildung bzw. für die Berufsorientierung ab der 8. Schulstufe eingesetzt werden. Das Arbeiten mit dieser Wiki-Plattform trainiert auch die Internetkompetenz.

Pfad: www.polipedia.at → Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt

Informationen zur Politischen Bildung

forumpolitischebildung (Hg.)

- Nr. 1 Osteuropa im Wandel** 1991
- Nr. 2 Flucht und Migration** 1991
- Nr. 3 Wir und die anderen** 1992
- Nr. 4 EG-Europa**
Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge
1993
- Nr. 5 Mehr Europa?**
Zwischen Integration und
Renationalisierung, 1993
- Nr. 6 Veränderung im Osten**
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
1993
- Nr. 7 Demokratie in der Krise?**
Zum politischen System Österreichs,
1994
- Nr. 8 ARBEITS-LOS**
Veränderungen und Probleme in der
Arbeitswelt, 1994
- Nr. 9 Jugend heute**
Politikverständnis, Werthaltungen,
Lebensrealitäten, 1995
- Nr. 10 Politische Macht und Kontrolle**
1995/96
- Nr. 11 Politik und Ökonomie**
Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume
Österreichs, 1996
- Nr. 12 Bildung – ein Wert?**
Österreich im internationalen
Vergleich, 1997
- Nr. 13 Institutionen im Wandel** 1997
- Nr. 14 Sozialpolitik**
im internationalen Vergleich, 1998
- Nr. 15 EU wird Europa?**
Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, 1999
- Nr. 16 Neue Medien und Politik** 1999
- Nr. 17 Zum politischen System Österreich**
Zwischen Modernisierung und
Konservatismus, 2000
- Nr. 18 Regionalismus – Föderalismus –
Supranationalismus** 2001
- Nr. 19 EU 25 – Die Erweiterung der
Europäischen Union** 2003
- Nr. 20 Gedächtnis und Gegenwart**
HistorikerInnenkommissionen, Politik
und Gesellschaft, 2004
- Nr. 21 Von Wahl zu Wahl** 2004
- Nr. 22 Frei–Souverän–Neutral–Europäisch**
1945 1955 1995 2005, 2004
- Nr. 23 Globales Lernen – Politische Bildung**
Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung,
2005
- Nr. 24 Wie viel Europa?**
Österreich, Europäische Union, Europa, 2005
- Nr. 25 Sicherheitspolitik**
Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung,
Datenschutz, 2006
- Nr. 26 Geschlechtergeschichte – Gleichstellungs-
politik – Gender Mainstreaming** 2006
- Nr. 27 Der WählerInnenwille** 2007
- Nr. 28 Jugend – Demokratie – Politik** 2008
- Nr. 29 Kompetenzorientierte
Politische Bildung** 2008
- Nr. 30 Politische Kultur. Mit einem
Schwerpunkt zu den Europawahlen** 2009
- Nr. 31 Herrschaft und Macht** 2009
- Nr. 32 Erinnerungskulturen** 2010

ISBN 978-3-7065-4993-6



9 783706 549936